



Gemeinde Merklingen . Hauptstraße 31 . 89188 Merklingen

Landratsamt Alb-Donau-Kreis
Schillerstraße 30
89077 Ulm

Gemeinde Merklingen

Hauptstraße 31
89188 Merklingen
Tel.: 0 73 37 / 96 20 - 0
Fax: 0 73 37 / 96 20 - 90
Web: www.merklingen.de
E-Mail: info@merklingen.de

Sachbearbeitung:
Waltraud Sonntag DW - 16

**Bebauungsplanverfahren "Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)"
-Satzungsbeschluss-**

Unser AZ:
797.11 - 058843 / so

E-Mail:
waltraud.sonntag@merklingen.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

Datum:
18.11.2020

der Gemeinderat der Gemeinde Merklingen hat in seiner öffentlichen Sitzung
am 13.10.2020 den Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)
in Merklingen nach § 10 Abs. 1 des BauGB als Satzung beschlossen.

Sprechzeiten:
Mo. ganztags, Di.- Fr. vormittags

Aus diesem Grund möchten wir den Bebauungsplan hiermit zur Anzeige
bringen (Planfassung Stand 23.02.2016 / 23.06.2020 / 13.10.2020, rechtskräftig
seit 22.10.2020.

In der Anlage übersenden wir Ihnen deshalb

- 1 Verfahrensordner, drei Ausfertigungen in Papier und eine CD.
- 1 Protokollauszug der Sitzung vom 13.10.2020
- 1 Mitteilungsblatt vom 22.10.2020 mit der Veröffentlichung des
Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen
(Schwäbische Alb)“

Öffnungszeiten:

Mo. – Fr.	8 Uhr – 12 Uhr
Mittwoch	8 Uhr – 14 Uhr
Mo., Di.	14 Uhr – 16 Uhr
Donnerstag	14 Uhr – 18 Uhr

Bitte senden Sie uns eine Bestätigung der Anzeige gem. Gemo zu.

Mit freundlichen Grüßen

Waltraud Sonntag
Hauptamt / Standesamt



Volksbank Laichinger Alb eG

BLZ 630 913 00, Kto. 80 288 006
IBAN DE56 6309 1300 0080 2880 06
BIC GENODES1LAI

Sparkasse Laichingen

BLZ 630 500 00, Kto. 8 600 402
IBAN DE04 6305 0000 0008 6004 02
BIC SOLADES1ULM

Gläubiger-IdNr.:
DE24ZZZ00000050947

Ust. - IdNr.: DE 147039836
Steuernr.: 88007/14000
i. R. d. BgA

Erstellt am/durch: 21.12.20
Korrektur am/durch:
Abgesandt am/durch: 21.12.20

Vom Bearbeiter auszufüllen:

☐ nicht löschen vor:
☐ nicht löschen

Landratsamt Alb-Donau-Kreis • Postfach 28 20 • 89018 Ulm

Per Post

Gemeinde Merklingen
z.Hd. Frau Sonntag
Hauptstraße 31
89188 Merklingen

Bearbeiterin/Bearbeiter:

Thomas Langenbacher

Ländlicher Raum, Kreisentwicklung
Zimmer 3D-02

Telefon: 0731 185-1293

Telefax: 0731 185221293

E-Mail:

thomas.langenbacher@alb-donau-
kreis.de

Unser Aktenzeichen:

21.P/621.41

21. Dezember 2020

Bestätigung der Anzeige gem. GemO

Anzeige des Bebauungsplanes „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“, Gemeinde Merklingen

Ihr Schreiben vom 18.11.2020, Az. 797.11 058843/so

Sehr geehrte Frau Sonntag,

hiermit bestätigt das Landratsamt Alb-Donau-Kreis, dass die Satzung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „**Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)**“ (Planfassung Stand 13.10.2020) der Gemeinde Merklingen am 18. November 2020 angezeigt wurde.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Bebauungsplan mit der öffentlichen Bekanntmachung vom 22. Oktober 2020 rechtskräftig wurde.

Mit freundlichen Grüßen


Thomas Langenbacher

Anlage(n):

Verfahrensordner mit 2 Planfertigungen

Verteiler:

FD 20 mit Planfertigung



Dienstgebäude

Landratsamt
Alb-Donau-Kreis
Schillerstraße 30
89077 Ulm



0731 185-0

Direktanschluss siehe oben
Internet: www.alb-donau-kreis.de



Besuchszeiten

Mo-Fr 08:00 - 12:30 Uhr
Do 08:00 - 17:30 Uhr
und nach Vereinbarung

Zahlungsempfänger:
Kreiskasse Alb-Donau-Kreis 
IBAN: DE67 6305 0000 0000 0000 24
BIC: SOLADES1ULM



Hauptbahnhof,
Busbahnhof
und Haltestelle
Ehinger Tor

Z:\ZEN\BAULEITPLANVERFAHREN\BEBAUUNGSPÄNE\MERKLINGEN\BAHNHOF MERKLINGEN\MUSTER BESTÄTIGUNG DER

GEMEINDE: MERKLINGEN
GEMARKUNG: MERKLINGEN
KREIS: ALB-DONAU-KREIS



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

DES BEBAUUNGSPLANES

„Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“

Satzung vom 13.10.2020

1 Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)

Planzeichenverordnung (PlanzV90) vom 18.12.1990, zuletzt geändert am 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) vom 24.07.2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.05.2020 (GBl. S. 259)

Sämtliche, innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Bebauungsplanes bisher bestehenden planungsrechtlichen Festsetzungen der Gemeinde werden aufgehoben.

2 Planungsrechtliche Festsetzungen

2.1 Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

2.1.1 Böschungen/Stützbauwerke

Böschungen und Stützbeton für Randeinfassungen, die zur Herstellung der Erschließungsstraße erforderlich sind, sind auf den Grundstücken zu dulden.

2.1.2 Straßenausstattung

Masten für die Straßenbeleuchtung und Schaltschränke, sowie Verkehrszeichen sind bis zu einer Tiefe von 1,50 m ab Randsteinhinterkante zu dulden.

2.1.3 Parkflächen, Anlage für den öffentlichen Personennahverkehr

2.1.3.1 Auf den als Park- und ÖPNV-Flächen gekennzeichneten Flächen sind die mit der wesensmäßig verbundenen und für die Nutzung notwendigen oder nützlichen baulichen Anlagen zulässig (z. B. Abschränkungen, Beleuchtungseinrichtungen, Fahrkartenautomaten, etc.)

2.1.3.2 Nebenanlagen, bei denen es sich um Gebäude handelt, (z. B. Wartehalle bzw. Fahrgastunterstand, Stellplatzüberdachungen, Fahrradabstellanlage, WC-Anlage, etc.) sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche bis zu einer Gesamthöhe von maximal 6,5 m über angrenzendem Parkplatzniveau zulässig.

2.1.3.3 Nebenanlagen die der Ver-/Entsorgung des Gebiets dienen (Trafostation, Pumpwerk, PV-Speicher etc) sind prinzipiell zulässig.

2.1.3.4 Auf der mit „PB“ gekennzeichneten Fläche sind Parkbauten bis zu einer Gesamthöhe von maximal 13,5 m über angrenzendem Parkplatzniveau zulässig.

2.2 Sichtfelder / Von der Bebauung freizuhaltende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

Die im Plan eingetragenen Sichtfelder sind von Sichthindernissen aller Art, parkenden Fahrzeugen und sichtbehinderndem Bewuchs über 0,80 m Höhe freizumachen und auf Dauer freizuhalten.

2.3 Leitungsrecht (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 BauGB)

2.3.1 Die im Plan gekennzeichneten Flächen sind durch Leitungsrecht zu Gunsten des Albwerks GmbH & Co KG belastet. Innerhalb des Schutzstreifens sind keine baulichen Anlagen zulässig.

2.4 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

2.4.1 Maßnahme 1: Versickerung des Niederschlagswassers der Straßenflächen

2.4.1.1 Das Niederschlagswasser der Kreisstraße und der Zufahrtsstraßen muss breitflächig in den angrenzenden Grundstücken zur Versickerung gebracht werden.

2.4.2 Maßnahme 2: Versickerung des Niederschlagswassers der Park- und Dachflächen

2.4.2.1 Das Niederschlagswasser der Park- und Dachflächen ist zu fassen und in offenen Mulden der zentralen Versickerungsanlage zuzuführen und dort über die belebte Bodenzone zu versickern.

2.4.2.2 Sickerschächte und Rigolen zur unmittelbaren Einleitung in den Untergrund sind nicht zulässig.

2.4.3 Maßnahme 3: Neuanlage Feldgehölz

Auf den mit M3 gekennzeichneten Flächen ist eine Feldhecke und ein Feldgehölz als Ersatzmaßnahme für die Beseitigung des Biotops Nr. 174244251888 gemäß pfg 3 + pfg 4 anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

2.4.4 Maßnahme 4: Oberbodenauftrag

Ersatzmaßnahme Oberbodenauftrag auf dem Flurstück 5529, Gemarkung Merklingen

Der überschüssige Oberboden aus dem Plangebiet ist ordnungsgemäß abzutragen und auf dem im Plan gekennzeichneten Flurstück 5529, Gemarkung Merklingen aufzutragen.

2.4.5 Maßnahme 5: Aufforstungsmaßnahmen

Die Aufforstung erfolgt gemäß der zeichnerischen Darstellung sowie der Beschreibung im Umweltbericht.

2.4.6 Maßnahme 6: Vermeidungsmaßnahmen gem. Artenschutzgutachten vom Bio-Büro Schreiber vom März 2020

Offenlandbrüter:

Der Oberboden darf nur zwischen Anfang September und Mitte März abgeschoben werden. Dadurch können individuenbezogene Beeinträchtigungen am Boden brütender Vogel-Arten ausgeschlossen werden. Auch beim Aufbringen auf Ackerflächen in der Nähe ist darauf zu achten, dass dies nicht während der Brutzeit erfolgt.

Gehölzvögel und Baumfledermäuse:

Individuenbezogene Beeinträchtigungen der (möglicherweise) betroffenen Fledermaus- und Vogel-Arten können dadurch ausgeschlossen werden, dass die Gehölze außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeiten entfernt wird, also von September bis Februar, sodass Individuen ausweichen oder abwandern können.

Speziell für Fledermäuse bzw. entsprechende Quartierbäume wird empfohlen, die Rodung bereits im September durchzuführen, da dann die Außentemperaturen noch so hoch sind, dass evtl. in Höhlen oder Spalten vorhandene Fledermäuse selbstständig flüchten könnten. Die Naturschutzbehörde sollte dazu eine Ausnahme vom Verbot des § 39 (5) 2 BNatSchG erteilen. Kurz vor der Baufeldfreimachung müssen die Höhlen nochmals kontrolliert werden.

Wenn sie von außen bzw. mit einem Endoskop nicht eindeutig auf eine Besiedlung mit Fledermäusen geprüft werden können, sind die Äste bzw. Stammstücke entweder sukzessiv von oben her abzutragen oder mit einem Bagger o. ä. mehr oder weniger aufrecht zu entnehmen bzw. langsam um- und abzulegen; der Baum darf nach dem Absägen auf alle Fälle nicht einfach umfallen, da dadurch Tiere in den Höhlen verletzt oder getötet werden können.

Die Stammabschnitte mit den Höhlen sind unmittelbar nach der Entnahme durch eine fach- bzw. artenkundige Person (Förster, Biologe o. ä.) auf Fledermäuse, Vögel oder Totholzkäfer zu inspizieren (ggf. unter Zuhilfenahme eines Endoskops). Eventuell vorhandene Fledermäuse müssen dann vorübergehend umquartiert werden; hierzu sind umgehend untere und höhere Naturschutzbehörde zu informieren. Zuvor sind die Höhleneingänge im September / Oktober mit einer Folie so zu verschließen, dass Fledermäuse (oder Vögel) die Höhle verlassen, aber nicht wieder besiedeln können. Stammstücke mit besiedelten Höhlen sollten anschließend wieder an anderen Bäume verkehrssicher befestigt werden, sodass die Höhlen weiter genutzt werden können.

Eremit:

Die Linde kann nach einer Umplanung stehen bleiben. Nichtsdestotrotz ist darauf zu achten, dass sie bei den Baumaßnahmen nicht beschädigt wird, d. h. um den Traufbereich der Krone +1,5 m ist ein massiver Bauzaun aufzustellen.

- 2.4.7 Maßnahme 7: CEF-Maßnahmen gem. Artenschutzgutachten vom Bio-Büro Schreiber vom März 2020

Offenlandbrüter:

Nach Vorgaben des LRA Alb-Donau-Kreis ist je verloren gehendem Feldlerchen-Revier eines der folgenden drei („Maßnahmen-Pakete“ [MP] nach SCHLUMPRECHT (2017) nötig:

- MP 1: 10 Lerchenfenster + 0,2 ha Blüh- und Brachestreifen
- MP 2: 0,5 ha Blüh- und Brachestreifen
- MP 3: 1 ha erweiterter Saatreihenabstand und Verzicht auf Dünger oder Pflanzenschutzmittel

Im vorliegenden Fall – zwei Feldlerchen-Reviere gehen verloren – ergeben sich folgende Größenordnungen:

	Lerchenfenster	Blüh-/Brachestreifen	erweit. Saatreihenabstand, keine Dünger, keine PSM	Fläche gesamt	Kosten geschätzt
MP 1	20	0,4 ha	-	0,44 ha	gering
MP 2	-	1,0 ha	-	1,0 ha	mittel
MP 3	-	-	2,0 ha	2,0 ha	hoch

Jedes Lerchenfenster sollte ca. 20-30 m² groß sein, bei einer Sämaschinen-Breite von 3 m beispielsweise ca. 7-10 m lang. Die Lerchenfenster dürfen nicht an oder in Fahrgassen liegen und sollten auf einer Fläche von ca. 10 ha (am besten in mind. drei verschiedenen Schlägen) gut verteilt sein. Sie müssen mindestens 100 m von aufragenden "Kulissen" (Bäume, Gebäude o. ä.) entfernt sein; zu kleineren Einzelbäumen oder niedrigeren, dauerhaft nur wenige Meter hohen Hecken oder Büschen kann ein etwas geringerer Abstand (bis ca. 50 m) eingehalten werden.

Da Feldfrüchte normalerweise jährlich wechseln, sollten auch Brachestreifen und Lerchenfenster jedes Jahr in einem andere Schlag bzw. Feldstück liegen. Geeignete Grundstücke sind in einer Gebietskulisse innerhalb der „lokalen Population“ – d. h. auf den zusammenhängenden Offenlandflächen im Umkreis von 2-3 km um den Eingriffsort – festzulegen. Diese Kulisse muss im Plan explizit für Artenschutz Zwecke dargestellt und die Nutzung nach § 15 (4) BNatSchG dauerhaft (also so lange, wie der Eingriff besteht) gesichert werden. Insofern wird empfohlen, mit einem Landwirt einen langfristigen Vertrag oder eine Grunddienstbarkeit abzuschließen, damit er regelmäßig diese Lerchenfenster anlegt. Als konkreter Flächenbezug („Pfand“ zur rechtlichen Sicherung) sind entsprechende Flächen eines landwirtschaftlich genutzten Flurstücks zu benennen und beispielsweise mit einer Grunddienstbarkeit zu belegen.

Gehölzvögel und Baumfledermäuse:

Sofern die Kontrolle beim Fällen von Höhlenbäumen ergibt, dass regelmäßig genutzte Fledermaus-Quartiere vorhanden sind, sind diese Stammabschnitte zu erhalten, eventuell oben abzudecken und wieder an stehen bleibenden Bäumen der Umgebung (bzw. am Waldrand im Süden) anzubringen.

Als Ersatz für alle entfallenden Höhlen, die tatsächlich Vogel-Nester enthalten, ist kurz nach der Rodung im Herbst/Winter, auf alle Fälle aber rechtzeitig vor der

neuen Brutsaison, die doppelte Anzahl an Nistkästen in der näheren Umgebung (wiederum im Wald im Süden) oder im neu anzulegenden Feldgehölz (dann erst einmal auf Stangen) aufzuhängen. Die endgültige Zahl ergibt sich wiederum erst durch die Kontrolle vor bzw. bei der Fällung der Bäume. Alternativ könnten – analog den Fledermäusen – auch ganze Stammstücke mit Höhlen an geeigneten verbleibenden Bäumen befestigt werden. Die Nistkästen müssen ebenfalls regelmäßig gereinigt und gewartet werden, die Besiedlung ist ebenfalls zu dokumentieren (vgl. Monitoring).

2.4.8 Maßnahme 8: Ökologische Begleitung und Monitoring gem. Artenschutzgutachten vom Bio-Büro Schreiber vom März 2020

Zur Umsetzung der Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen ist eine ökologische Baubegleitung (ÖBB) durch jeweilige Artkenner erforderlich.

Der Erfolg der CEF-Maßnahmen ist gemäß EU-Leitfaden (KOM 2007) im Rahmen eines Monitorings nachzuweisen, u. a. auch damit bei Bedarf rasch nachgesteuert und z. B. Reparaturen bzw. Korrekturen durchgeführt oder die Nutzungsbedingungen geändert werden können, eben- so die FCS-Maßnahme für den Eremiten. Die entsprechenden Begehungen sind zu dokumentieren.

Folgender ÖBB- und Monitoring-Umfang wird vorgeschlagen:

- Koordination und Kontrolle der Vermeidungs- und der CEF-Maßnahmen.
- Monitoring der gesicherten Stammstücke und der Ersatzbäume: jährliche Kontrolle bis zum Nachweise der Besiedlung.
- Ggf. Monitoring der Kästen: jährliche Kontrolle (am besten in Verbindung mit der Reinigung), bis eine Besiedlung nachgewiesen ist.
- Monitoring der PIK-Maßnahmen in der landwirtschaftlichen Flur: jährliche Kontrolle.
- Großräumige Erfassung der Feldlerchen mind. 100 m um die PIK-Fläche(n) herum im Frühjahr des 1., 2., 4., 6. und 10. Jahres nach Beginn der Bebauung.
- Jeweils am Ende des Jahres ist der Unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert ein Ergebnisbericht (Kurzdokumentation) vorzulegen.

2.5 Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

2.5.1 PfG 1 Magerrasen

Flächen mit verringertem Oberbodenauftrag von 5 cm (Saatbett) mit Ausnahme der in PfG 5 beschriebenen Baumstandorte.

Auf mindestens 25% der Fläche sind Kalkschotterlinsen aus mindestens 30 cm dicken Kalksteinbruch mit weniger als 5% Feinteilgehalt (<0,06 mm) herzustellen.

Einsaat mit Magerrasenmischung RSM Regio 13 aus dem Ursprungsgebiet -

„Schwäbische Alb“ gemäß ErMiV (Verordnung des BMELV über das Inverkehrbringen von Saatgut von Erhaltungsmischungen aus dem Jahr 2011). Für erosionsgefährdete Standorte ist die Beimischung der schnellkeimenden Arten

Leindotter (*Camelina allyssum*) und Buchweizen (*Fagopyrum esculentum*) zulässig.

Die Flächen sind als artenreiche Mähwiesen bzw. Randstreifen dauerhaft zu bewirtschaften. Mähgut ist grundsätzlich abzuräumen. Jede Düngung der Fläche ist unzulässig.

2.5.2 PfG 2 Ruderalflächen

Grasreiche Ruderalflächen als Übergangsflächen, fahrbahnnahen Grünstreifen, Sickermulden und Trepp-/Erdwege.

Mit Ausnahme der Versickerungsanlagen sind die Flächen als Ansaaten über skelettreichen basischen Böden aus dem Landschaftsraum mit geringer Oberbodenauftrag (10-15 cm) als Landschaftsrassen für trockene Lagen mit mindestens 30% Kräuteranteil herzustellen RSM Regio 13 aus dem Ursprungsgebiet „Schwäbische Alb“.

Versickerungsflächen sind in Erdbauweise als Rasen/Wiesenfläche mit mindestens 30 cm Oberbodenauftrag herzustellen. Einsaat mit Landschaftsrassen für feuchte Lagen mit mindestens 30% Kräuteranteil herzustellen RSM Regio 13 aus dem Ursprungsgebiet „Schwäbische Alb“. Die Flächen sind als Rasen-/Wiesenfläche dauerhaft zu erhalten. Düngung ist nur zur Ansaat zulässig.

2.5.3 PfG 3 Feldhecke

Auf der im Lageplan gekennzeichneten Fläche ist eine Feldhecke aus Sträuchern der Artenliste 1, Pflanzdichte mind. 1 Strauch je 2,5 m² anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

2.5.4 PfG 4 Gehölz

Auf der im Lageplan gekennzeichneten Fläche ist ein Feldgehölz aus Sträuchern und Bäumen der Artenliste 1 und 2, Pflanzdichte mind. 1 Strauch je 2,5 m², Anteil der Baumarten mind. 10% anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

2.5.5 PfG 5: Baumreihe entlang der Zufahrtsstraße

Die im Plan als Pflanzgebot festgesetzten Bäume sind als Reihe einer Baumart in regelmäßigem Abstand zu pflanzen. Verschiebungen sind nur bei gleichbleibender Anzahl und einheitlichem Abstand der Bäume untereinander zulässig. Zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung sind auf den gemäß PfG 1 humusarm zu begrünenden Flächen je Baum 20 m² Oberboden in einer Breite von 4,00 m und einer Stärke 30 cm aufzubringen. Baumart gemäß Artenliste 3.

2.5.6 PfG 6 Sonstige Bäume

Sonstige Bäume

Die im Plan als Pflanzgebot festgesetzten Bäume können bei gleichbleibender Anzahl um bis zu 5,0 gegenüber dem eingetragenen Standort verschoben werden. Je Baum sind mindestens 20 m² und 3,0 m breite störungsfreie Vegetationsfläche mit mindestens 30 cm dicker Oberbodenschicht oder mindestens 15 m³ durchwurzelter staunässefreies Baumgrubenvolumen herzustellen.

Baumart gemäß Artenliste 3

2.5.7 Artenlisten

2.5.7.1 Artenliste 1- Sträucher

<i>Cornus sanguinea</i>	Hartriegel
<i>Corylus avellana</i>	Haselnuss
<i>Crataegus monogyna</i>	Weißdorn
<i>Euonymus europaeus</i>	Pfaffenhütchen
<i>Ligustrum vulgare</i>	Liguster
<i>Lonicera xylosteum</i>	Heckenkirsche
<i>Malus sylvestris</i>	Wildapfel
<i>Prunus spinosa</i>	Schlehdorn
<i>Rhamnus cathartica</i>	Kreuzdorn
<i>Rosa arvensis</i>	Feldrose
<i>Rosa canina</i>	Hundsrose
<i>Viburnum lantana</i>	Wolliger Schneeball

Pflanzqualität verpflanzt. Es sind ausschließlich autochthone Bäume aus dem Herkunftsgebiet 8 „Schwäbische und Fränkische Alb“ zulässig.

2.5.7.2 Artenliste 2 - Bäume für Feldgehölze

<i>Acer campestre</i>	Feldahorn
<i>Carpinus betulus</i>	Hainbuche
<i>Prunus avium</i>	Vogelkirsche
<i>Quercus petraea</i>	Steineiche
<i>Sorbus aucuparia</i>	Eberesche

Pflanzqualität Heister mind. verpflanzt und 150 cm. Es sind ausschließlich autochthone Bäume aus dem Herkunftsgebiet 8 „Schwäbische und Fränkische Alb“ zulässig.

2.5.7.3 Artenliste 3 - Solitärbäume

<i>Acer platanoides</i>	Spitzahorn
<i>Acer pseudoplatanus</i>	Bergahorn
<i>Quercus robur</i>	Stieleiche
<i>Sorbus torminalis</i>	Elsbeere
<i>Tilia cordata</i>	Winterlinde (nicht an Stellplätzen und Wartebereichen wegen Honigtauabsonderung)

Pflanzqualität Hochstamm mindestens 3xv, StU mind. 18 cm. Es sind ausschließlich autochthone Bäume aus dem Herkunftsgebiet 8 „Schwäbische und Fränkische Alb“ zulässig.

3 Hinweise

3.1 Grundwasserschutz

Das Plangebiet befindet sich in der Schutzzone III des rechtskräftigen Wasserschutzgebietes „Lautern“ des Zweckverbandes Wasserversorgung Ulmer Alb. Die Bestimmungen der Schutzzonenverordnung vom 15.01.1993 sind einzuhalten.

3.2 Bodenschutz

In Zusammenhang mit der Vermeidung und Verminderung von Eingriffen in den Boden sind die Regelungen der DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben (DIN September 2019) durch eine Bodenkundliche Baubegleitung (BBB) sowie Maßnahmen des baubegleitenden Bodenschutzes zu berücksichtigen. Diese sind mit der zuständigen Bodenschutzbehörde ab-zustimmen.

3.3 Archäologische Funde

3.3.1 Etwaige Funde (Scherben, Knochen, Mauerreste, Metallgegenstände, Gräber, auffälligen Bodenverfärbungen, Torf- und Humusschichten, Hölzer, etc.) sind umgehend dem Landesamt für Denkmalpflege zu melden und bis zur sachgerechten Dokumentation im Boden zu belassen. Mit Unterbrechung der Bauarbeiten ist gegebenenfalls zu rechnen und Zeit zur Fundbergung einzuräumen.

Sinngemäß gelten die oben getroffenen Feststellungen auch für alle in Zusammenhang mit den Planungen vorgesehenen etwaigen Ausgleichsmaßnahmen, die Anlage von Baustraßen, die Einrichtung von Lagerplätzen und vergleichbare Vorhaben sofern dafür Bodeneingriffe einschließlich des Oberbodenabtrags notwendig werden.

3.3.2 Auf § 20 DschG wird hingewiesen.

3.4 Gründung

3.4.1 Im Plangebiet besteht der Untergrund aus Gesteinen der Unteren-Felsenkalk-Formation, welche teilweise von Verwitterungs- und Umlagerungsbildungen überlagert wird.

Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.

Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Doinen) sind nicht auszuschließen.

- 3.4.2 Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

4 **Verfahrensvermerke**

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 23.02.2016 beschlossen, den Bebauungsplan und „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ aufzustellen. Der Aufstellungsbeschluss ist am 03.03.2016 im Mitteilungsblatt der Gemeinde Merklingen ortsüblich bekannt gemacht worden.

Die Beteiligung Öffentlichkeit gemäß § 3 Nr. 1 BauGB hat in Form einer öffentlichen Planauslegung im Rathaus Merklingen vom 14.03.2016 - 31.03.2016 stattgefunden.

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit dem Schreiben vom 08.03.2016 frühzeitig beteiligt worden.

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 23.06.2020 beschlossen, den Entwurf des gemeinsamen Bebauungsplanes „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ und seine Begründung vom 07.08.2020 bis 18.09.2020 öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind am 30.07.2020 im Mitteilungsblatt Merklingen mit dem Hinweis darauf ortsüblich bekanntgemacht worden, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Die nach § 4 Abs. 1 BauGB Beteiligten sind von der Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 31.07.2020 benachrichtigt worden.

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit der Begründung hat in der Zeit vom 07.08.2020 bis 18.09.2020 im Foyer des Rathauses Merklingen, Hauptstr. 31, Merklingen öffentlich ausgelegen.

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 13.10.2020 die während der Auslegungsfrist eingegangenen Bedenken und Anregungen geprüft.

Das Prüfergebnis ist den Betroffenen mit Schreiben vom 03.11.2020 mitgeteilt worden.

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 13.10.2020 den Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ als Satzung beschlossen.

Der Satzungsbeschluss des Gemeinderats von Merklingen wurde am 22.10.2020 im Mitteilungsblatt der Gemeinde Merklingen ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan wurde dadurch rechtskräftig.

Das Anzeigeverfahren gemäß § 4 Abs.3 GemO wurde am 2020 durchgeführt.

Das Verfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt:


Sven Kneipp, Bürgermeister

5 Ausfertigungsvermerk

Der textliche und zeichnerische Inhalt dieses Bebauungsplanes stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Gemeinderats vom 13.10.2020 überein.

Ausgefertigt: 14.10.2020

Bürgermeisteramt Merklingen


Sven Kneipp, Bürgermeister



Gefertigt:

**WASSERMÜLLER ULM GMBH
INGENIEURBÜRO**
Hörvelsinger Weg 44, 89081 Ulm


Datum: 23.06.2020/13.10.2020

Umweltbericht zum Bebauungsplan

1. Scoping

Im ersten Verfahrensschritt, der vorgezogenen Behörden- und Bürgerbeteiligung, wird der Vorentwurf des Bebauungsplanes vorgestellt. Die daraufhin eingegangenen Informationen und Anregungen fließen in die Fortschreibung des Umweltberichts und die Bewertung der Eingriffe ein.

2. Einleitung

2.1 Kurzdarstellung Inhalt und Ziele des Bebauungsplanes

Auf dem Gebiet der Gemeinde Merklingen soll im Zuge der Neubaustrecke Stuttgart – Ulm ein Bahnhof eingerichtet werden. Zur Verknüpfung der Bahnstrecke mit dem Individualverkehr und Regionalverkehr ist der Bau einer Zufahrtsstraße von der Kreisstraße K 7487 und die Errichtung eines park & ride Parkplatzes erforderlich.

Teile der beanspruchten Fläche sind derzeit durch die Baustelleneinrichtung und sonstige Nebenflächen der Bahnbaustelle belegt. Grundlage der Bewertung sind die Planungsziele der dortigen Planung, bzw. der ursprüngliche Bestand, sofern keine abweichenden Planungsziele formuliert sind.

Neben der Bereitstellung der erforderlichen Bauflächen verfolgt die Planung die

- Vermeidung von Umweltgefahren
- Vermeidung, Minimierung und Ausgleich von unvermeidbaren Eingriffen in Naturhaushalt und Landschaftsbild
- Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes

Die Untersuchungstiefe und der Untersuchungsraum im Rahmen der Umweltprüfung wird der Bedeutung der zu erwartenden Umweltauswirkungen angepasst.

2.2 Vorgaben von Fachgesetzen

Der Umweltbericht ist aufzustellen gemäß § 2a BauGB und beschreibt die in der Umweltprüfung ermittelten Belange des Umweltschutzes gemäß § 2 Absatz 4 BauGB. Gemäß § 1a Absatz 3 BauGB ist die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in der Abwägung gemäß § 1 Absatz 7 BauGB zu berücksichtigen. Grundlage hierzu ist die Eingriffsregelung der Naturschutzgesetzgebung.

2.3 Übergeordnete und tangierte Fachplanungen

- Regionalplan Donau – Iller

Das Gebiet beidseits der A8 und damit auch das Plangebiet ist als „Landschaftliche Vorbehaltsgebiet Nr. 14“ dargestellt, in dem den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege besonderes Gewicht zukommt. „Landschaftliche Vorbehaltsgebiete“ sind keine Schutzgebiete im naturschutzrechtlichen Sinne, stellen jedoch „Vorschläge aus regionalplanerischer Sicht für die Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete dar.“ (Quelle: Reg. Plan B I.2 S.44). Die derzeit im Verfahren befindliche Fortschreibung des Regionalplanes weist den Bereich um den geplanten Anschluss an die Kreisstraße als Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft aus. Für die übrigen Flächen des Plangebiets werden keine räumlich abgegrenzten Aussagen getroffen

- Flächennutzungsplan

Der gültige Flächennutzungsplan der Gemeinde Merklingen stellt die Fläche als Fläche für Landwirtschaft dar. Parallel zum Bebauungsplanverfahren erfolgt die Anpassung des Flächennutzungsplanes mit Darstellung der Fläche als Sondergebiet für Parkplatznutzung.

3. Methode, technische Verfahren und Ablauf der Umweltprüfung und der Ermittlung des Ausgleichsbedarfs

Alle Schutzgüter des Landschaftsraumes werden getrennt beschrieben und hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild erfasst.

In der Umweltprognose werden die Auswirkungen, getrennt nach Schutzgütern, qualitativ beschrieben und bewertet. Planerische Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung und zum Ausgleich fließen in diese Bewertung ein. Zusammenfassend wird zunächst die Eingriffsrelevanz auf das jeweilige Schutzgut festgestellt.

Grundlage der Bewertung innerhalb des rechtskräftigen Bebauungsplangebietes sind die dort zulässigen Nutzungen und nicht der reale Bestand.

Sofern Eingriffe unvermeidbar und innerhalb des Plangebietes nicht ausgleichbar sind oder durch Aufwertung einzelner Schutzgüter im Plangebiet nicht kompensierbar sind, wird der zu erwartende Eingriff quantitativ bemessen, um den Umfang der notwendigen Ausgleichsflächen außerhalb des Plangebietes ermitteln zu können.

Grundlage der quantitativen Bewertung ist die Ökokontoverordnung des Landes Baden-Württemberg vom 19. Dezember 2010.

4. Bestandsaufnahme und Bewertung der Umweltfaktoren

4.0 Allgemeine Beschreibung des Planungsgebietes:

Das Plangebiet liegt auf der Albhochfläche (naturräumliche Einheit „Mittlere Kuppen-alb“) nordwestlich der Ortslage von Merklingen auf der Südseite der Schnellbahnstrecke Stuttgart – Ulm, deren Neubau in diesem Abschnitt weitgehend abgeschlossen ist.

Die Höhenlage der nach Osten und Süden sanft geneigten Fläche beträgt ca. 717 bis ca. 705 m üNN. Abgesehen von der Schnellbahnbaustelle am nördlichen Plangebietsrand sind die Flächen, ebenso wie die Umgebung, fast ausschließlich landwirtschaftlich bewirtschaftet. Lediglich im westlichen Drittel durchschneidet eine Feldhecke entlang eines kleinen Höhenversprungs das Plangebiet von Südwesten nach Nordosten.

4.1 Schutzgut Boden

4.1.1 Beschreibung

Der Untergrund im Planungsraum besteht aus Kalkstein und Massenkalk. Die im Landschaftsraum weit verbreitete Überdeckung mit quartären Lehmschichten (Alblehm) ist im Planungsgebiet und dessen Umfeld unterschiedlich ausgeprägt.

Die geologische Karte des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau beim Regierungspräsidium Freiburg weist im Plangebiet folgende Kartiereinheiten aus:

- 87 joFU / Untere-Felsenkalke-Formation bestehend Kalkstein, gebankt, hellgrau bis hellbeige, im oberen Drittel verstärkt Kieselknollen und
- 26 qum Verwitterungs-/Umlagerungsbildung bestehend aus Ton, Schluff, Sand, Kies und Steingeröll/Steingrus (meist Fließerden und Hangschutt, auch Verschwemmungssedimente)



Die z.T. flachgründigen Bodenverhältnisse der Felsenkalkformation zeigen sich auch an einem kleinen Felsanschluss auf der Südböschung der ehemaligen Autobahntrasse auf dieser Höhe.

Geotope sind im Plangebiet nicht vorhanden

4.1.2 Bewertung

Bodenpunkte werden ausgehend von der Bodenzahl durch Zu- und Abschläge auf Grund von Faktoren wie Klima oder ausgewählter Landschaftsmerkmale wie z.B. Hangneigung und Waldschatten ermittelt. Die Skala möglicher Werte reicht von 1 (sehr schlecht) bis 120 (sehr gut). Dabei werden Werte von mehr als 74 Punkten im Raum der mittleren Kuppenalb kaum erreicht.

Überwiegend sind die Böden von mittlerer Bedeutung für das Schutzgut. Den Böden im Bereich der Flurstücke 2564, 2587, 2588 und 2589 ist insgesamt eine geringe Bedeutung zuzuordnen. Auf dem Flurstück 2586 ist die obere Bodenschicht aufgrund ihrer Wertigkeit als Standort für besondere Vegetationsgesellschaften von besonderer Bedeutung.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kennwerte der ökologischen Bodenfunktionen „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf (AKWAS)“, „Filter- und Pufferfunktion gegenüber Stoffeinträgen (FIPU)“, „Natürliche Bodenfruchtbarkeit (NATBOD)“ und die „Bedeutung für besondere natürliche Vegetationsgesellschaften (NATVEG)“ auf den vom Vorhaben betroffenen Flurstücken. Alle genannten Bodenfunktionen werden in 4 mögliche Wertstufen eingeteilt, die in die Wertermittlung der Ökokontoverordnung einfließen. Die letzte Spalte zeigt die dem genannten Flurstück zugeordneten Bodenpunkte BP (auch Ackerwertzahl genannt) lt. Bodenschätzung.

Flst. Nr.	AKWAS	FIPU	NATBOD	NATVEG	BP
2569	2	3	2	-	35-59
2564	1	3	2	-	25-34
2583	2	3	3	-	35-59
2584	1	3	2	-	35-59
2586	1	2	1	4	<25
2587	1	2	2	3	25-34
2588	1	3	2	-	25-34
2589	1	2	2	3	25-34
2595	2	3	2	-	35-59
2598	1	3	2	-	35-59
2599	1	3	2	-	35-59
2600	2	3	2	-	35-59
2601	2	3	3	-	35-59
2602	2	3	3	-	35-59
2612	2	3	2	-	35-59
2613	2	3	2	-	35-59
2614	1	3	2	-	35-59
2615	1	3	2	-	35-59
2616/1	2	3	3	-	35-59
2616/2	2	3	3	-	35-59
2617	2	3	3	-	35-59
2618	1	3	2	-	35-59
2619	1	3	2	-	35-59

Die Bewertung der Bodenfunktionen fließt in die Eingriffs- Ausgleichsbilanz in Abschnitt 11 des Umweltberichtes ein.

4.2 Schutzgut Wasser

4.2.1 Beschreibung Oberflächengewässer

Die mittlere jährliche Regenspende im Planungsraum liegt mit ca. 900 mm. (Station Merklingen/Laichingen) über dem Durchschnittswert der Albhochfläche (ca. 800 mm). Bedingt durch die hohe Durchlässigkeit sind dauerhafte, natürliche Oberflächengewässer innerhalb des Plangebietes und auch in dessen Umgebung nicht vorhanden. Aufgrund der Bodenverhältnisse und der Topografie ist mit nur sehr selten mit natürlichem Oberflächenabfluss aus dem Plangebiet zu rechnen.

4.2.2 Beschreibung Grundwasser

Die gesamte Plangebietsfläche liegt in der Wasserschutzgebiet WSG 101 „Lautern“ Zone III der Wasserversorgungsgruppe „Ulmer Alb“. Der Karstgrundwasserleiter befindet sich in etwa 100 m Tiefe. Aufgrund der geringen Filter- und Pufferkapazität der überlagernden Bodenschichten besteht im Plangebiet eine besondere Empfindlichkeit gegenüber Schadstoffeinträgen (Stickstoffdünger, Tausalz, Treibstoffe, Schmierstoffe etc.). Hydrogeologische Einheit ist der Grundwasserleiter der schwäbischen Fazies des Oberjura

4.2.3 Bewertung

Für den Schutz von Oberflächengewässern ist das Vorhaben ohne Bedeutung, für den Grundwasserschutz von hoher Bedeutung

4.3 Schutzgut Klima und Luft

4.3.1 Beschreibung

Das Klima der mittleren Kuppenalb ist bereits überwiegend kontinental geprägt. Die mittlere Jahrestemperatur der Albhochfläche liegt um 2 bis 3°C unter den Werten des Großraums Stuttgart. Hauptwindrichtung ist West/Südwest.

Der Planungsraum ist Teil eines ausgedehnten Kaltluftstehungsgebietes auf der Albhochfläche, das durch die im 6-streifigen Ausbau befindliche Autobahn A8 mit begleitender Schnellbahntrasse am nördlichen Plangebietsrand durchschnitten wird.

Aufgrund der geringen Geländeneigungen können ausgeprägte Kaltluftbahnen mit klimaausgleichender Wirkung für die Ortslage Merklingen ausgeschlossen werden.

4.3.2 Bewertung

Das Schutzgut Klima ist Planungsgebiet von geringer Bedeutung

4.4 Schutzgut Arten und Biotope

4.4.1 Beschreibung

Soweit nicht vorübergehend durch das Baufeld der Schnellbahntrasse (am nördlichen Plangebietsrand) beansprucht, wird das Plangebiet mit Ausnahme des Feldgehölzes ackerbaulich intensiv bewirtschaftet. Ackerrandstreifen sind nur sehr marginal ausgeprägt. Im seinem südlichen Teil wird das Feldgehölz im Plangebiet dominiert von Schlehen, begleitet von Weißdorn, Hasel, Holunder, Feldahorn und Spitzahorn. Im nördlichen Teil sind nur noch vereinzelt Schlehen zu finden. An den Rändern zeigen sich nitrophile Gras/Krautsäume mit hohem Brennesselanteil. Im Inneren befinden sich (vollständig beschattet) Lesesteinhaufen, an den Rändern kleiner Erd- und Kompostmieten. Die umfassenden Wege sind überwiegend Graswege, im Norden schließt sich an das Feldgehölz bis zum Baufeld der Schnellbahn eine kleine Wiesenfläche an. Entlang des Baufeldes der Schnellbahntrasse am nördlichen Plangebietsrand finden sich Aufschüttungen unterschiedlicher Ausprägung wie Oberbodenmieten und vorübergehenden Rohbodenaufschüttungen für Baustraßen ohne nennenswerten Bewuchs.

Das genannte Feldgehölz ist als besonders geschütztes Biotop Nr. 174244251888 mit 2 Teilflächen kartiert. In der oben beschriebenen, südwestlichen Teilfläche wurden bei einer ersten Begehung durch das Bio-Büro Schreiber vom Dezember 2015 zwei Nester (Krähe oder Elster) gesichtet sowie einzelne Großbäume mit Totholz und Höhlungen.

Der nordöstliche Teil ist inzwischen vollständig abgeholzt und durch Baustraßen und Bodenlager überformt.

Schutzgebiete

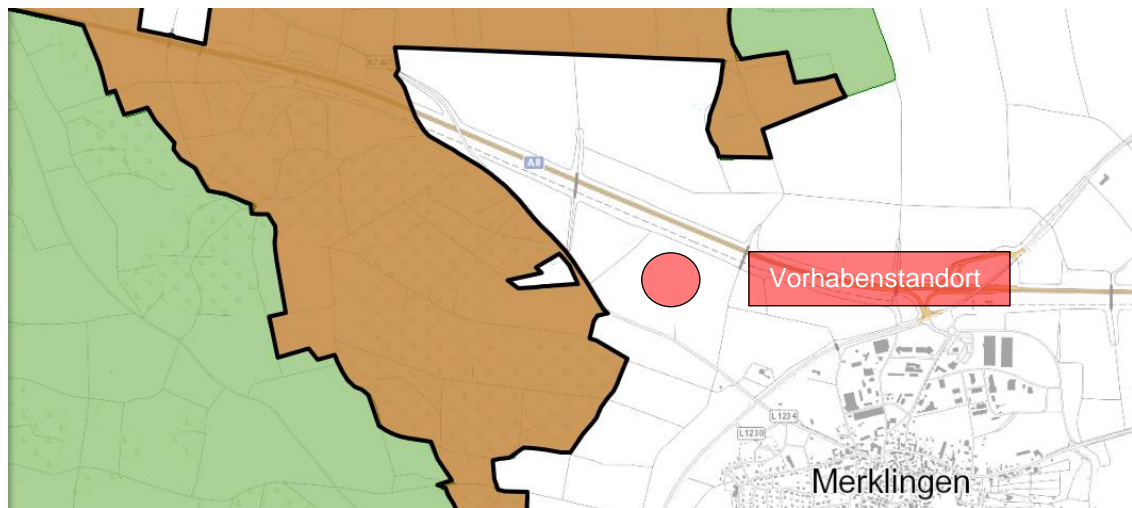
Nächstliegendes FFH Gebiete sind in 2,5 km Entfernung (südöstlich von Merklingen) und 3,5 km Entfernung (südwestlich bei Laichingen) Teilflächen des Schutzgebiets 7425311 „Kuppenalb bei Laichingen und Lonetal“, beschrieben als *„Floristisch und faunistisch wertvolle Offenlandbereiche mit Weidbäumen und Gebüsch als Relikte der historischen Kulturlandschaft; großflächige naturnahe Wälder; Laichinger Tiefenhöhle mit Wintervorkommen unterschiedl. Fledermausarten.“*

Aufgrund mangelnder räumlicher und funktionaler Verknüpfung und aufgrund des abweichenden Schutzgebietscharakters können störende Vorhabenauswirkungen auf diese Teilfläche in der durch das Vorhaben beeinflussten Umgebung ausgeschlossen werden.

Vogelschutzgebiete sind im Einflussbereich des Vorhabens (< 5km) nicht ausgewiesen.

FFH – Mähwiesen sind im vorhabenrelevanten Umfeld nicht nachgewiesen.

In der Nachbarschaft befindet sich das Landschaftsschutzgebiet 4.25.122 „Merklingen“ nachfolgend ocker dargestellt im Verbund mit den Landschaftsschutzgebieten 4.25.119 „Laichingen“ südlich anschließend, 4.25.116 „Nellingen“ und 1.17.070 „Albhochflächen um Hohenstadt und Drackenstein mit oberem Gosbachtal“ (grün dargestellt), die zusammen eine Fläche von ca. 62 km² einnehmen



Der Schutzzweck des nächstgelegenen Landschaftsteiles Nr. I im LSG „Merklingen“, Kuppenalblandschaft bei Widderstall ist:

- Der Erhalt der markante Oberflächengestalt der Kuppen und Senken sowie die abwechslungsreiche und kleinräumige Landnutzung bedingte Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Kuppenalblandschaft.
- Der Erhalt des Teiles eines gemeindeübergreifenden charakteristischen Ausschnitts der Kuppenalb mit besonders markant ausgeprägten Landschaftsformen und Nutzungsverteilungen.
- Die Bewahrung der für die Kuppenalb typischen Landschaftsformen und der Erhalt der charakteristischen landschaftsbildprägenden und ökologisch wertvollen Kulturlandschaftselemente wie Feldhecken, Feldgehölze, Steinriegel, Feldraine, Wacholderheiden, Magerrasen, Einzelbäume, Baumgruppen und Streuobstwiesen.
- Der Erhalt der unverbauten und landschaftsästhetisch ansprechenden Landschaftsteil als lokal und regional bedeutsamen Erholungsraum.

Einzelne Bäume der straßenbegleitenden Lindenreihe an der K 7407 sind als Naturdenkmal geschützt. Einer dieser Bäume befindet sich im vorhabenbeeinflussten Bereich an der Einmündung der Zufahrtsstraße (Kreisverkehr).

Im Vorhabengebiet befindet sich die als Biotop Nr. 174244251888 kartierte Fläche „Feldgehölze im Gewann Stockach nordwestlich Merklingen“, geschützt als Feldhecken und Feldgehölze und als Steinriegel. Die Biotopbeschreibung stammt aus dem Jahr 1996, ist aber noch zutreffend:

„Auf flacher bis mäßig steiler, schwach geschwungener Böschung in SO-Exposition stocken zwei mäßig hochwüchsige Feldgehölze mit sehr lockerer Baumschicht aus Feldahorn, Vogelkirsche, Esche u.a. Strauchschicht allgemein sehr dicht, randlich geschlossen, aus dominierenden, hohen, alten Haselsträuchern mit zahlreichen Stockausschlägen und viel Schlehe. Holunder, Weißdorn u.a. beigemischt. Krautschicht im Inneren teils mit Gierschherden und anspruchsvollen Waldarten wie Bingelkraut, Waldmeister, Nelkenwurz u.a. Säumestark nitrophytisch, von Brennessel und Brombeere beherrscht. Weitere Eutrophierungszeiger wie Goldkälberkropf und Klettenlabkraut sowie Fettwiesengräser beigemischt. Im Inneren der Feldgehölze finden sich steile, z.T. steinige Abbruchkanten in der Böschung (ehemalige, Abbaustellen?). Das südwestliche Feldgehölz stockt über zwei kleinen, moosreichen, kaum übererdeten Steinriegeln.“

Vom Vorhaben betroffen ist die südwestliche Hälfte des Lebensraumes. Die nordöstliche Hälfte wurde bereits im Zuge des Bahnneubaus beseitigt.

Das Plangebiet tangiert weder Kernflächen/Kernzonen des Biotopverbundes noch damit verknüpfte Suchräume

4.4.2 Bewertung

Mit Ausnahme des vorhandenen Feldgehölzes mit seinen begleitenden Säumen und den als Naturdenkmal ausgewiesenen Linden als Objekte von besonderer Bedeutung ist das Pangebiet nur von geringer Bedeutung für das Schutzgut und ist durch die zerschneidende Wirkung der gebündelten Bahn- und Autobahntrasse zusätzlich vorbelastet.

4.4.3 Besonderer Artenschutz

Vom BioBüro Schreiber wurde ein Naturschutzfachliches Gutachten zur Prüfung artenschutzrechtlicher Vorschriften des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG als Vorlage für die Untere Naturschutzbehörde für die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung erstellt. Diese Gutachten ist eigenständiger Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens. Die dortigen Ergebnisse werden, soweit für Inhalt und Verständnis des Umweltberichtes in diesem Abschnitt, sowie in der Wirkungsanalyse in Abschnitt 5.4 und, soweit erforderlich, in Abschnitt 9 (Monitoring) zusammenfassend dargestellt.

Die Erfassung der vorkommenden Arten erfolgte zu Verfahrensbeginn von April bis September 2016 durch:

- 3 Begehungen bzgl. Fledermäusen
- 4 Begehungen bzgl. Brutvögel
- 3 Begehungen bzgl. Reptilien
- 5 Begehungen bzgl. Tagfalter- und soweit relevanter Nachtfalter

Ergänzend wurden im November 2016 die Gehölze in unbelaubtem Zustand auf Baumhöhlen o.ä. absucht.

Als Ergebnis der Erfassungen können bei Durchführung des Vorhabens artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für folgende Artengruppen sicher ausgeschlossen werden:

- Säugetiere mit Ausnahme von Fledermausarten
- Kriechtiere
- Lurche, Fische, Libellen, Schnecken und Muscheln und Gefäßpflanzen

Vorhabenbedingte Betroffenheiten sind möglich hinsichtlich:

- Zwergfledermäusen und anderen Baumfledermäusen, deren Vorkommen bzw. Habitate im Feldgehölz und in der alten Linde, die nach letztem Stand der Planung jedoch erhalten werden soll, nicht sicher auszuschließen sind.
- Käferarten bezüglich eines potentiellen Vorkommens des Eremiten in der alten Linde, die nach letztem Stand der Planung jedoch erhalten werden soll.
- Höhlenbrütende Vogelarten, deren Vorkommen bzw. deren Habitate (Baumhöhlen) im zu beseitigenden Feldgehölze nicht sicher ausgeschlossen werden kann.
- Offenlandbrütender Vogelarten, für die räumliche Kulisse verschoben wird.

4.5 Schutzgut Landschaftsbild, Erlebnisqualität und Erholung

4.5.1 Beschreibung

Das Plangebiet liegt im Naturraum der „Mittleren Kuppenalb“ auf fast ebener Fläche vor der nach Westen noch um ca. 100 Höhenmeter ansteigenden Hochfläche bis zum Albtrauf.

Nach Westen und Südwesten begrenzen bewaldeten Hänge (Landschaftsschutzgebiet), nach Norden der Damm zwischen Schnellbahnstrecke und Autobahn und nach Osten die Ortslage von Merklingen den erfassbaren Raum. Nach Süden öffnet sich die Albhochfläche bis zur sanften Kuppe mit der Ortslage von Machtoldsheim. Wesentlich geprägt werden das Plangebiet und dessen engere Umgebung durch die intensive ackerbauliche Bewirtschaftung, lediglich unterbrochen durch das noch vorhandene Feldgehölz am westlichen Plangebietsrand.

Der Landschaftsraum westlich der Ortslage von Merklingen ist Übergang in die für siedlungsnaher Erholung attraktiven anschließenden Landschaftsschutzgebiete (s. oben).

Erholungsrelevante Infrastruktureinrichtungen sind im Plangebiet und dessen unmittelbarer Umgebung nicht vorhanden.

4.5.2 Bewertung

Das Plangebiet ist Bestandteil einer überwiegend ebenen modernen Agrarlandschaft mit wenigen Attraktoren (Lindenreihe, Feldgehölz), technisch bereits stark überformt durch das Infrastrukturband aus Schnellbahn und Autobahn mit Fahrdrähten, Wällen und Beschilderungen. Abwertend im Sinne des Erholungspotentials ist die starke Verlärmung durch die Autobahn.

Der Planungsraum ist für das Schutzgut von geringer bis allgemeiner Bedeutung (Letzteres bedingt durch die Übergangsfunktion zu besonders attraktiven Landschaftsräumen)

4.6 Schutzgut Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Nördlich des Plangebiets wurden während des Bahnbaus bereits archäologische Fundstellen erkundet. Weitere prähistorische Siedlungsspuren sind im Plangebiet nicht unwahrscheinlich. Andere schützenswerte Kulturgüter im Plangebiet oder in unmittelbarer Umgebung sind nicht bekannt.

Mit Ausnahme des Bereiches am Feldgehölz weisen die Flächen im Vorhabengebiet mittlere bis hohe Bodenzahlen (bezogen auf die allgemeine Wertigkeit im Landschaftsraum) auf und sind daher von hoher Bedeutung für die landwirtschaftliche Erzeugung.

4.7 Schutzgut menschliche Gesundheit

Besonders schutzbedürftige Einrichtungen wie z.B. Wohngebiete sind in wirkungsrelevanter Umgebung des Vorhabens nicht vorhanden.

5. Umweltprognose bei Durchführung der Planung unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild.

In die Umweltprognose fließen ausschließlich Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Vorhabengebietes ein. Kompensationsmaßnahmen zur Erzielung einer ausgeglichenen Bilanz im Sinne des Naturschutzrechts werden dargestellt im Abschnitt „Maßnahmen zum Ausgleich von unvermeidbaren Eingriffen in Naturhaushalt und Landschaftsbild außerhalb des Plangebiets“.

5.1 Auswirkung auf den Bodenhaushalt

Baubedingt

- Beseitigung und Minderung der Puffer- und Filterwirkungen, sowie der Wasserrückhaltefähigkeit innerhalb der überbauten, versiegelten und teilversiegelten Flächen.
- Erhöhte Anforderung an die Filter- und Pufferleistung des Bodens in den offenen Sammelgräben zur kontrollierten Retention und Teilversickerung des abfließenden Niederschlagswassers
- Beseitigung des biotischen Ertragspotentials auf den versiegelten und teilversiegelten Flächen, sowie auf den zur Steigerung des Arten- und Biotoppotentials abgemagerten Oberflächen

Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung und zum Ausgleich

- Begrenzung der überbaubaren Flächen
- Oberbodensicherung und Verwendung zur Auskleidung der Sammelgräben sowie zur kompensatorisch wirksamen Bodenmelioration außerhalb des Vorhabengebietes

Fazit: Erheblicher und nachhaltiger Eingriff in das Schutzgut Boden

5.2 Auswirkung auf den Wasserhaushalt

Baubedingt

- Potentielle Gefährdung der Grundwasserschutzfunktion (Wasserschutzgebiet Zone III)
- Erhöhter Oberflächenabfluss und beschleunigte Vorflut durch Versiegelung
- Verringerte Grundwasserneubildungsrate

Betriebsbedingt

- Verschmutzung des Niederschlagswassers auf Verkehrsflächen

Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung und zum Ausgleich

- Verbesserung des Wasserhaushalts durch Sammlung, Teilversickerung und Retention des unverschmutzten oder gering Niederschlagswassers.
- Auskleidung der Regenwassersammelgräben sowie Versickerungs- und Retentionsflächen mit belebtem Oberboden zur Vermeidung von Schadstoffeinträgen durch gering verschmutztes Niederschlagswasser

Fazit: geminderter aber dennoch erheblicher und nachhaltiger Eingriff in den Wasserhaushalt.

5.3 Auswirkung auf den Klimahaushalt

Baubedingt

- Wärmebelastung durch Überbauung und Versiegelung
- Verlust von Kaltluftentstehungsgebieten

Betriebsbedingt

- Emissionen von Wärme und Luftverunreinigungen aus Verkehr

Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung und zum Ausgleich

- Minderung der Treibhausgasemissionen durch Angebotsflächen für Fotovoltaik
- Grünflächen und Pflanzgebote mit klimatischer Ausgleichswirkung

Fazit: Erhöhte Wärmebelastung ausgehend von Verkehrsflächen und überbauten Flächen. Der Verlust des Kaltluftentstehungsgebietes ist angesichts des umfangreichen Flächendargebots der Umgebung für das Lokalklima unerheblich. Eine spürbare Verminderung des Wärmeausgleichs in den benachbarten Siedlungsgebieten ist nicht zu erwarten.

Betriebsbedingte Luftverunreinigungen sind angesichts der allgemeinen emissionsschutzrechtlichen Vorschriften für motorbetriebene Fahrzeuge nicht von erheblicher Bedeutung.

5.4 Auswirkung auf Arten und Biotope

Baubedingt

- Verlust der Biotoptypen Feldgehölz, Einzelbäume (Naturdenkmal), Grasfluren, Ackerrandstreifen zugunsten von Verkehrsflächen.
- Verlust von Feldgehölzen, Grasfluren und Ackerrandstreifen zugunsten großflächiger Äcker.
- Habitatverlust für offenlandbrütende Vogelarten
- Potentieller Habitatverlust für höhlenbrütende Vogelarten, Zwergfledermäuse und andere Baumfledermäuse im Feldgehölz,
- Potentieller Habitatverlust für mulmbewohnende, streng geschützte Käferarten, Zwergfledermaus, sonstige Baumfledermäuse und höhlenbrütende Vogelarten bei Abgängigkeit der Linde an der Kreisstraße

Betriebsbedingt

- Allgemeine potentielle Störung der wildlebenden Fauna durch Verkehr.

Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung und zum Ausgleich

- Erhalt und Sicherung der Linde (Naturdenkmal) an der Kreisstraße – ökologische Baubegleitung wird dringend empfohlen.
- Rodung von Gehölzbeständen ausschließlich von September (s. hierzu nachfolgende Ausführung bez. Baumhöhlen) bis Mitte März.
- Durchführung der notwendigen im Artenschutzgutachten beschriebenen Sicherungsmaßnahmen für die gefährdeten streng bzw. besonders geschützten Arten, in potentiellen Höhlenbäumen. Rodung möglichst im September (gegebenenfalls mit Ausnahmegenehmigung) mit vorausgehender Höhlenkontrolle. Falls dies technisch nichtmöglich ist, muss der Gehölzabbau sukzessiv von oben mit vorsichtigem Ablegen der Stammstücke, nachfolgender qualifizierter Untersuchung und Ersatzverbringung erfolgen.
Oberbodenabtrag und -auftrag (zum Schutz von Offenlandbrütern) ausschließlich von Anfang September bis Mitte März (gilt auch für die Melioration von Kompensationsflächen)
- Ersatz Entfallender mit Vogelnestern besetzter Höhlen sind durch die doppelte Anzahl von Nistkästen – Alternativ Verbringung von Stammstücke mit Höhlen an geeignete Orte zur Wiederbesiedlung
- Ersatz des Feldgehölzes
- Ersatz des Feldgehölzes in 1,3 - facher Größe
- Grünflächen und Pflanzgebote für Magerrasen, artenreiche Wiesen, Feldgehölze und Bäume
- Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (cef – Maßnahmen) für den Verlust von 2 Brutrevieren der Feldlerche (Wiesenschafstelze inbegriffen) im Sinne produktionsintegrierter Kompensation (PIK) durch die Anlage von 20 Lerchenfenstern (nähere Angaben s. Artenschutzgutachten), kombiniert mit 0,4 ha Blüh- und Brachstreifen - oder - 1,0 ha Blüh- und Brachstreifen - oder Bewirtschaftung von 2 ha Ackerland mit erweitertem Saatreihenabstand und Verzicht auf Dünger und Pflanzenschutz.

Fazit: Vorübergehender Verlust von Feldgehölzen mit begleitenden Saumgesellschaften. Aufwertungen durch Baumpflanzungen im Umfeld der Verkehrsanlage und Anlage artenreichen Wiesen und Magerwiesen

5.5 Auswirkung auf Landschaftsbild und Erholungsvorsorge

Baubedingt

- Weitere Überformung des durch Verkehrsinfrastruktur vorbelasteten Übergangsraums zwischen der Ortslage von Merklingen und attraktiven Erholungsräumen
- Vorübergehender Verlust landschaftsbildprägender Feldgehölze
- Zunehmende Monostrukturierung durch große Ackerschläge

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich

- Ersatz des Feldgehölzes
- Prägende Baumstandorte zwischen Parkplatz und Bahnanlage
- Funktionsunterstützende Baumreihe entlang der Zufahrtsstraße
- Anlage artenreicher Wiesen mit Blütenaspekten

Fazit: Funktionsangepasste Neugestaltung des Landschaftsbildes mit vorübergehender Beeinträchtigung (ca. 20 Jahre Dauer bis zur vollständigen Wiederherstellung prägender Strukturen) des tradierten Erscheinungsbildes.

5.6 Auswirkung auf kulturelles Erbe und Sachgüter

Prähistorische Siedlungsspuren können betroffen sein. Verluste können durch Sondierungen, Rettungsgrabungen und Dokumentationen vor Durchführung von Erdarbeiten minimiert bzw. vermieden werden.

Eine funktionsbegleitende und unterstützende Landschaftsgestaltung (Baumreihe) schafft neue zeitgeschichtliche Identität.

Der Verlust landwirtschaftlichen Bewirtschaftungspotentials wird durch Flächenarrondierung und Melioration auf Kompensationsflächen durch Aufwertung der dortigen Ertragsfähigkeit gemindert und teilweise ausgeglichen.

5.7 Umweltbezogene Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen

Baubedingt:

- Lärm-, Staub-, und Abgasemissionen während der Bauzeit

Betriebsbedingt

- Die geplante Anlage dient gezielt der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und reduziert des motorisierten Individualverkehrs mit seinen Unfall- und Gesundheitsrisiken

Fazit: Abgesehen von vorübergehenden Emissionen in großer Entfernung von Siedlungsräumen dient die Maßnahme langfristig der menschlichen Gesundheitsvorsorge

6. Umweltprognose bei Nichtdurchführung der Planung

Die landwirtschaftliche Nutzung der Fläche wird unverändert fortgeführt.
Das Feldgehölz bleibt erhalten.

7. Planungsalternativen

Die bereits im Vorfeld getroffene Entscheidung für die Einrichtung eines Bahnhalts auf der Neubau-
strecke Ulm-Stuttgart am Ortsrand von Merklingen bedingt zwangsläufig den Bedarf eines umfang-
reichen P+R Parkplatzes in unmittelbarer Nachbarschaft des Haltepunktes. Der Standort ist bahn-
technischen Voraussetzungen geschuldet. Alternativen hinsichtlich der Lage des Parkplatzes sind
somit nicht gegeben.

Hinsichtlich der Zufahrt wurde alternativ eine kürzere Anschlussstrecke knapp 700 m weiter westlich
an die Kreisstraße auf einem vorhandenen Feldweg (Flurstück 2567) geprüft. Deren Umsetzung be-
dürfte eines zusätzlichen ca. 500 m langen Radwegs entlang der Kreisstraße.

Der alternative Anschlussbereich läge hier ungünstig zwischen einer Kuppe (westl. Richtung Wid-
derstall) und einer engen Kurve (östl. Richtung Merklingen). Für das Freihalten der Haltesichtweite
von Richtung Merklingen wäre zusätzlicher Grunderwerb (FSt. 4201 und 4202) notwendig.

Die beschriebene Alternative wurde aus den genannten Gründen verworfen.

8. Einschränkungen und Schwierigkeiten bei der Datenerfassung und Wirkungsprognose

Die vorliegenden Daten und die örtliche Verifizierung des aktuellen Zustands erlauben eine umfas-
sende und tiefgreifende Beurteilung des Standortes. Die Wirkungsprognose zur Beurteilung der Vor-
habenauswirkungen erscheint zum gegenwärtigen Kenntnisstand ausreichend sicher.

9. Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring)

Erforderlich ist eine Überwachung der Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Ver-
botstatbestände.

Erforderlich ist eine jährliche Kontrolle der produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen,
eine Erfolgskontrolle der Maßnahmen zur Förderung der Offenlandbrüter im Umfeld von mindes-
tens 100 m der getroffenen Maßnahmen (Überwachungsturnus gemäß Artenschutzgutachten) und
die gegebenenfalls erforderliche Kontrolle von Ersatznisthilfen und deren Wartung (Reinigung.)
Weiterer Bedarf besonderer Überwachungsmaßnahmen (über die Überwachung der baurechtli-
chen Vorschriften und planungsrechtlichen Festsetzungen hinaus) ist gegenwärtig nicht erkennbar.
Die Fachbehörden informieren die Gemeinde, falls ein solcher in Zukunft erkennbar wird.

10. Zusammenfassung des Umweltberichts

s. Anlage2 : „Tabellarische Zusammenfassung des Umweltzustandes mit Wirkungsprognose bei
Durchführung des Planvorhabens“

11. Eingriffs.- / Ausgleichbilanz und Ermittlung des Ausgleichsbedarfs**1. Wertermittlung Bestand - Biotoptyp und Boden**

Fläche	Biotoptyp	Fläche m ²	Boden ÖP / m ²	Bemer- kungen	Fläche x Boden- wert	Biotoptyp ÖP / m ²	Bemerkung	Fläche X Bio- topwert	Gesamt- wert ÖKVO
Acker	37.11	11.770	10,67		125.586	4		47.080	172.666
Acker	37.11	13.550	9,33		126.422	4		54.200	180.622
Acker	37.11	13.410	8,00		107.280	4		53.640	160.920
Acker	37.11	4.900	6,67		32.683	4		19.600	52.283
Feldgehölz	41.10	3.330	16,00		53.280	17		56.610	109.890
Feldgehölz	41.10	430	6,67		2.868	17		7.310	10.178
Fettwiese	33.41	780	16,00		12.480	13		10.140	22.620
vollständig versiegelte Straßen	60.21	2.330	0,00		0	1		2.330	2.330
Schotterwege, teilweise bewachsen	60.24	1.510	1,33	1)	2.008	2		3.020	5.028
Grasweg	60.25	1.270	5,33	2)	6.769	6		7.620	14.389
Bankett	60.23	320	1,33	1)	426	2		640	1.066
Übergangsflächen, Böschungen, Entwässerungsmulden, Ruderales Grasland unterschiedlicher Ausprägung	35.64	1.740	5,33	2)	9.274	9	3)	15.660	24.934
Bäume Summe STU in cm 765 + 75 + 88 = 928 cm	45.30b					6		5.568	5.568
Summe Bestand		55.340			479.076			283.418	762.494

1) AKWA / FIPU / NB = 0,5 / 0,5 / 0

2) AKWA / FIPU / NB = 1,5 / 1,5 / 1,0

3) Zusammengefasste Betrachtung / Reduzierter Wert aus Biotoptyp 35.64

2. Wertermittlung nach Planumsetzung - Biototyp und Boden

Fläche	Biototyp	Fläche m ²	Boden ÖP / m ²	Bemer-	Fläche x Boden- wert	Biototyp ÖP / m ²	Bemer-	Fläche X Bio- topwert	Gesamt- wert ÖKVO
Magerrasen Schotteroberfläche 25% der Fläche aus PFG 1 9540 x 0,25	33.43	2.390	16,00		38.240	21		50.190	88.430
Fettwiese humuslos 75% der Fläche aus PFG 1 9540 x 0,75	33.41	7.150	4,00	1)	28.600	13		92.950	121.550
Grasweg PFG 2	60.25	2.550	5,33	2)	13.592	6		15.300	28.892
Fahrbahnaue Übergangsflächen, Bö- schungen, Entwässerungsmulden, Krei- sel Ruderales Grasland unterschiedli- cher Ausprägung PFG 2	35.64	8.300	5,33	2)	44.239	9	4)	74.700	118.939
Bankette an Fahrbahnrandern, Kleinst- grünflächen auf Verkehrsinseln, Sicher- heitsstreifen zwischen Geh- und Rad- weg und Fahrbahn,	60.23	2.870	1,33	5)	3.817	2		5.740	9.557
Feldgehölz auf umgelagerten Böden (Abgrabungsböschung) PFG 3 und 4	41.10	3.340	6,67	3)	22.278	14		46.760	69.038
Bäume auf mittelwertigen Biotopstan- dorten 80 cm Stamm- umfang nach 25 Jahren 7 Stück je 80cm = 560 cm	45.30b					6		3.360	3.360
Baumreihe auf hochwertigem Biotop- standort 80 cm Stammumfang nach 25 Jahren 37 Stück je 80cm = 2.960 cm	45.30c					4		11.840	11.840
Bäume Bestand Summe STU in cm 765 + 75 + 88 = 928 cm	45.30b					6		5.568	5.568
Schotterwege, Rasenpflaster	60.23	350	1,33	5)	466	2		700	1.166
vollständig versiegelte Straßen und überbaubare Flächen	60.21	24.560	0,00		0	1		24.560	24.560
Acker wie Bestand	37.11	540	9,33		5.038	4		2.160	7.198
Acker auf neu modellierter und rekulti- vierter Fläche	37.11	3.290	6,00	6)	19.740	4		13.160	32.900
Summe Umsetzung		55.340			176.009			346.988	522.997

1) AKWA / FIPU / NB = 1 / 1 / 1

2) AKWA / FIPU / NB = 1,5 / 1,5 / 1,0

3) AKWA / FIPU / NB = 2 / 2 / 1

4) zusammengefasste Betrachtung / Reduzierter Wert aus Biototyp 35.64

5) AKWA / FIPU / NB = 0,5 / 0,5 / 0

6) AKWA / FIPU / NB = 1,5 / 1,5 / 1,5

Die Umsetzung des Vorhabens bedingt innerhalb des Plangebiets einen Ausgleichsbedarf in Höhe von (762.494– 522.997) 239.500 Ökopunkten, der außerhalb des Plangebiets bereitgestellt werden muss.

Grafische Darstellungen der bewerteten Flächen sind den Anlagen 1a und 1b zu entnehmen.

12. Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebiets

Innerhalb des Plangebiets entsteht bedingt durch die Baumaßnahmen ein erheblicher Überschuss kulturfähigen und z.T. hochwertigen Ackerbodens, der zur Melioration hierfür geeigneter Flächen auf dem Flurstück 5529 der Gemarkung Merklingen verwendet werden soll.

Der anfallende Oberboden errechnet sich aus der Flächenveränderung zwischen Bestand und dem Zustand nach Realisierung.

Die Menge des wiederverwendbaren Oberbodens ergibt sich aus der Differenz der mit kulturfähigem Oberboden belegten Flächen vor und nach der Realisierung

Ackerflächen vor Realisierung: 43.665 m² abzüglich des unveränderten Bestands (540 m²) ergibt bei einem mittleren Abtrag von 25 cm eine Abtragsmenge von 10.781 m³.

Aus dem bestehenden und zu beseitigen Feldgehölz lässt sich, da teilweise aus Lesesteinansammlungen entstanden und stark durchwurzelt, kein für den genannten Zweck nutzbarer Oberboden gewinnen.

Zur Kultivierung neu entstehender Ackerflächen und Feldgehölzflächen ergibt sich nach Geländemodellierung und Bodenauftrag in einer Mächtigkeit von 30 cm ein Bedarf in Höhe von $(3.290 + 3.340) \text{ m}^2 \times 0,30 \text{ m} = 1.989 \text{ m}^3$

Für Übergangsflächen und Kleingrünflächen besteht nach Geländemodellierung ein Bedarf in Höhe von $8.300 \text{ m}^2 \times 0,20 \text{ m} = 1.660 \text{ m}^3$

Für Anpassungen, Baumquartiere, Ausgleich von Bearbeitungsschwund wird ein Bedarf von weiteren 500 m³ angenommen, die im Baufeld bevorratet werden, so dass innerhalb des Baufeldes ein Bedarf in Höhe von $(1.989 + 1.660 + 500) \text{ m}^3 = 4.149 \text{ m}^3$ verbleibt

Der Überschussanteil beträgt somit: $(10.781 - 4.149) \text{ m}^3 = 6.632 \text{ m}^3$

Unter Maßgabe eines Auftrags von 20 cm lassen sich die Bodenfunktionen demnach auf einer Fläche 33.161 m² um eine Wertstufe steigern und generieren somit 132.645 für die Kompensation anrechenbare Ökopunkte.

Der noch verbleibende Kompensationsbedarf in Höhe von $(239.500 - 132.645)$

106.850 Ökopunkten wird aus einem noch zu bildenden Guthaben für die Aufforstung des Flurstücks 2746 auf der Gemarkung Westerheim abgebucht.

Aufgestellt am 13.05.2020

Prof. Arno S. Schmid und Manfred Rauh

Landschaftsarchitekten GmbH

Sandstraße 12 / 89231 Neu-Ulm

Tel 0731 / 98099410 / Fax 0731 / 98099415

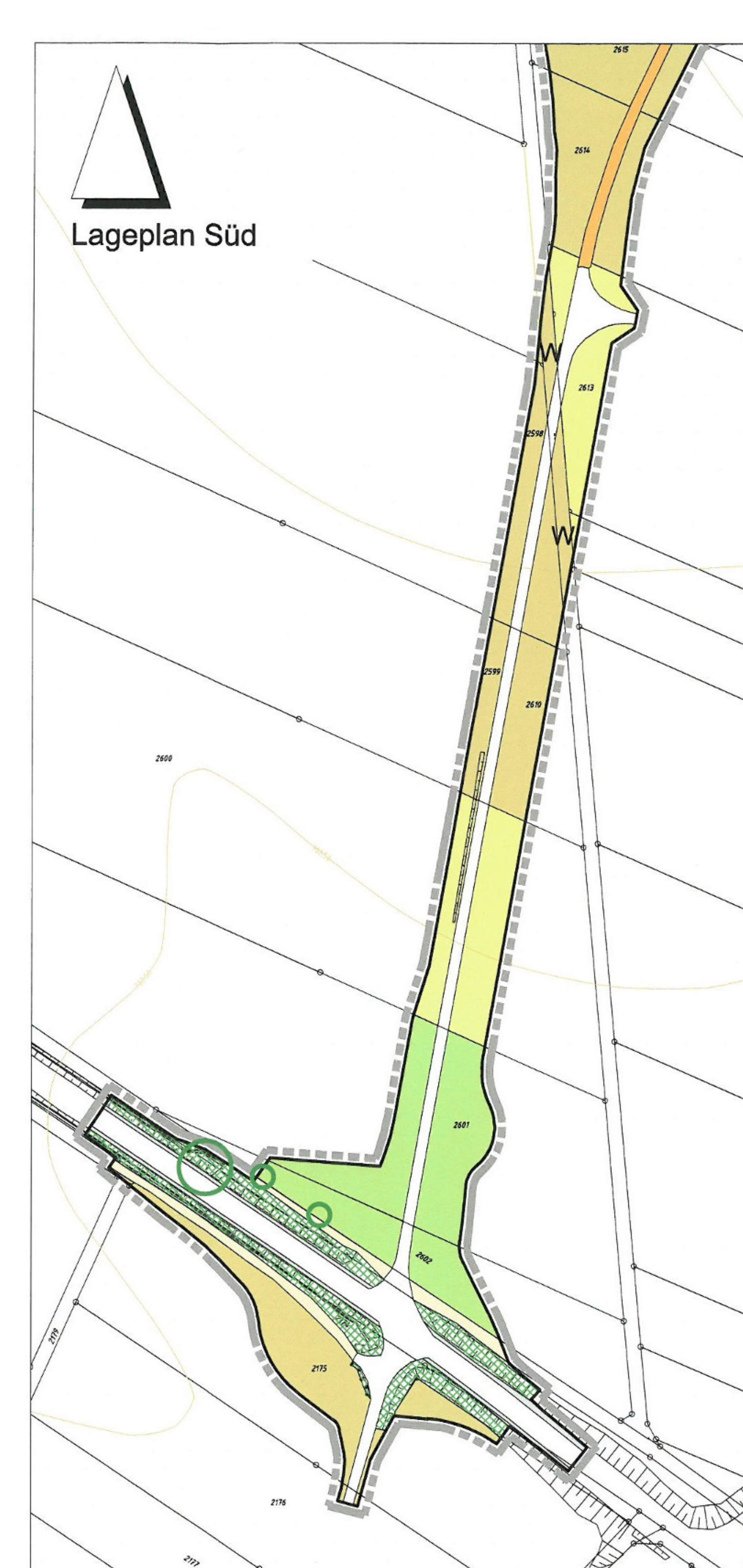
info@schmid-rauh.de

Anlagen:

Anlage 1a: Plan Biotoptypen und Bodenwertung im Bestand

Anlage 1b: Plan Biotoptypen nach Planrealisierung

Anlage 2: „Tabellarische Zusammenfassung des Umweltzustandes mit Wirkungsprognose bei Durchführung des Planvorhabens“



	Plangebietsgrenze
	Bestandsbäume
	0,376 ha Feldgehölz Biotop Nr. 174244251888
	0,078 ha Fettwiese
	0,380 ha Bodenbewertung ÖKVO: 16 Ökopunkte
	1,177 ha Acker - Bodenbewertung ÖKVO: 10,67 Ökopunkte
	1,355 ha Acker - Bodenbewertung ÖKVO: 9,33 Ökopunkte
	1,341 ha Acker - Bodenbewertung ÖKVO: 8,00 Ökopunkte
	0,490 ha Acker - Bodenbewertung ÖKVO: 6,67 Ökopunkte
	W Wegegrundstücke als Ackerfläche bewirtschaftet, Bodenbewertung analog geringwertigstem Nachbargrundstück
	0,127 ha Graswege mit eingeschränkter Bodenfunktion
	0,032 ha Bankette
	0,127 ha Übergangsflächen, Böschungen, ruderales Grasland, Entwässerungsmulden
	0,151 ha Schotterweg
	0,233 ha Vollständig versiegelte Straßenfläche

Prof. Arno S. Schmid
Manfred Rauh

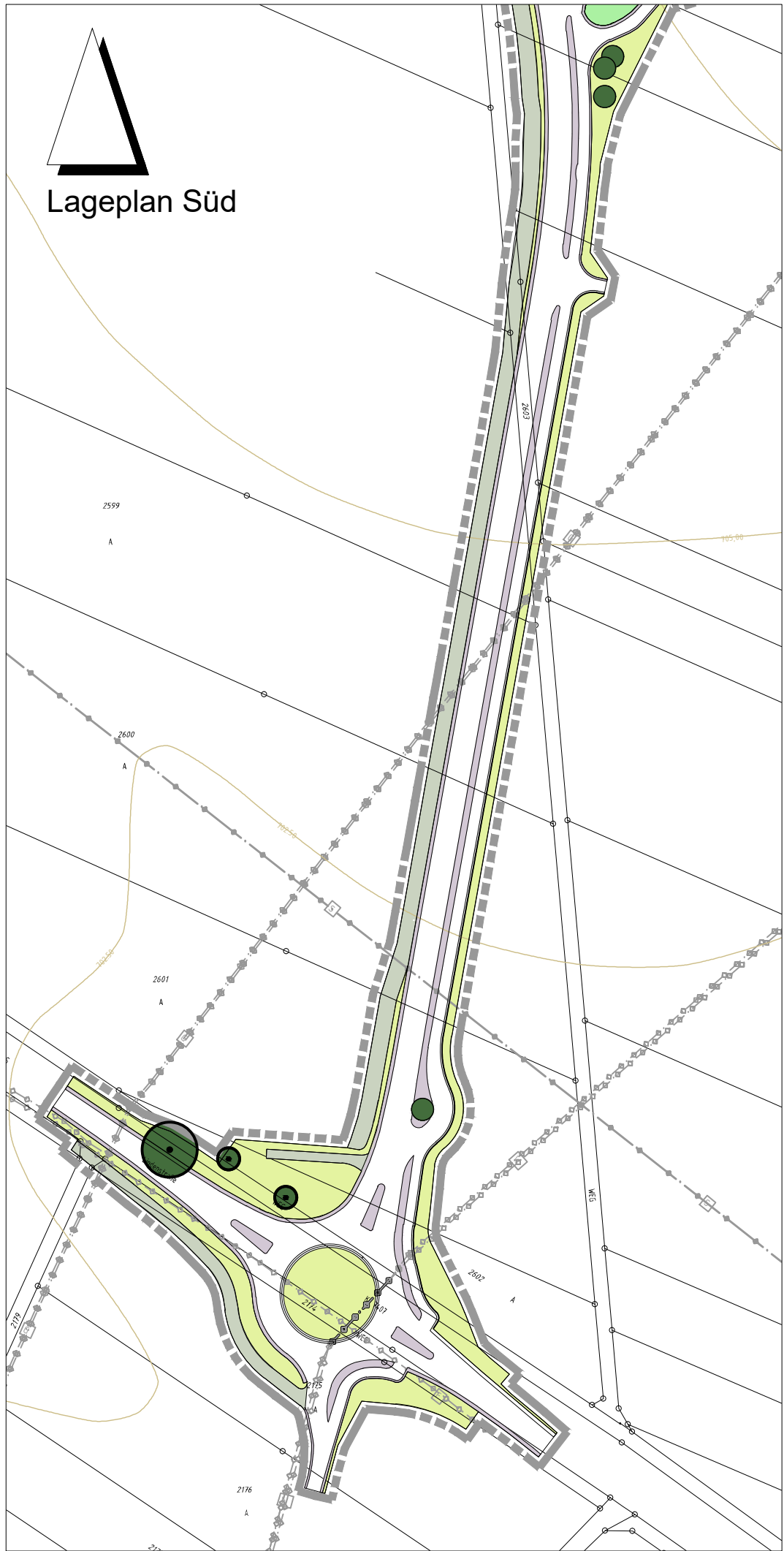
Bebauungsplan
"Bahnhof Merklingen"
(Schwäbische Alb)

Anlage 1a zum Umweltbericht
Biotoptypen und Bodenwertung im Bestand
M 1: 1.500

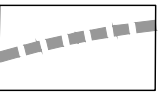
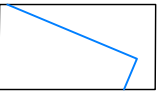

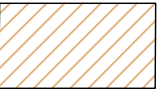
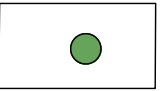
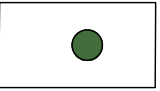
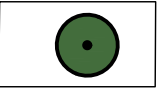

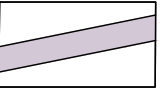




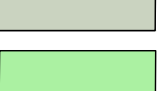
23. März 2020

Prof. Arno S. Schmid
Manfred Rauh
Landschaftsarchitekten GmbH
Sandstraße 12
89231 Neu-Ulm

Telefon 07 31/98 09 94-10
Telefax 07 31/98 09 94-15
info@schmid-rauh.de
www.schmid-rauh.de



Zeichenerklärung

-  Plangebietsgrenze
-  Grenze der überbaubaren Flächen (Baufenster)
-  Vollständig versiegelte Verkehrsflächen oder überbaubare Flächen
-  Teilversiegelte Verkehrsflächen (Schotter, Schotterrasen, Pflasterrasen)
-  Baum Biotoptyp 35.30 b
-  Baum Biotoptyp 35.30 c
-  Baum - Bestand, Biotoptyp 35.30.b
-  Feldgehölz
-  Bankette, Kleinstgrünflächen
-  Ruderales Grünland unterschiedlicher Ausprägung, fahrbahnnahe Übergangsflächen, Böschungen, Entwässerungsmulden, Kreisel, Sickermulde
-  Ackerflächen wie Bestand
-  Ackerflächen auf neu modellierter und kultivierter Fläche
-  Graswege
-  Fettwiese / Magerrasen

Bebauungsplan
"Bahnhof Merklingen"
(Schwäbische Alb)

Anlage 1b zum Umweltbericht
Biotoptypen nach Planrealisierung

M 1: 1.500
23. März 2020

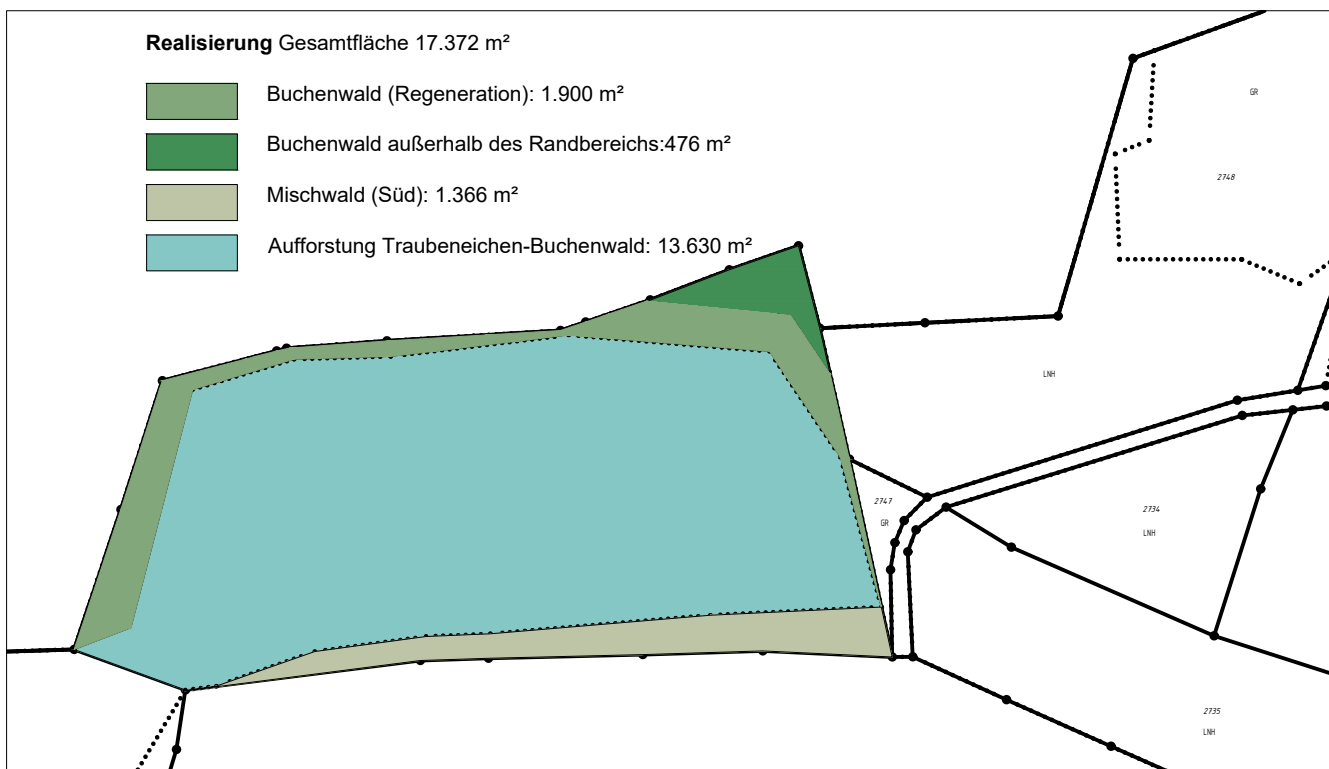
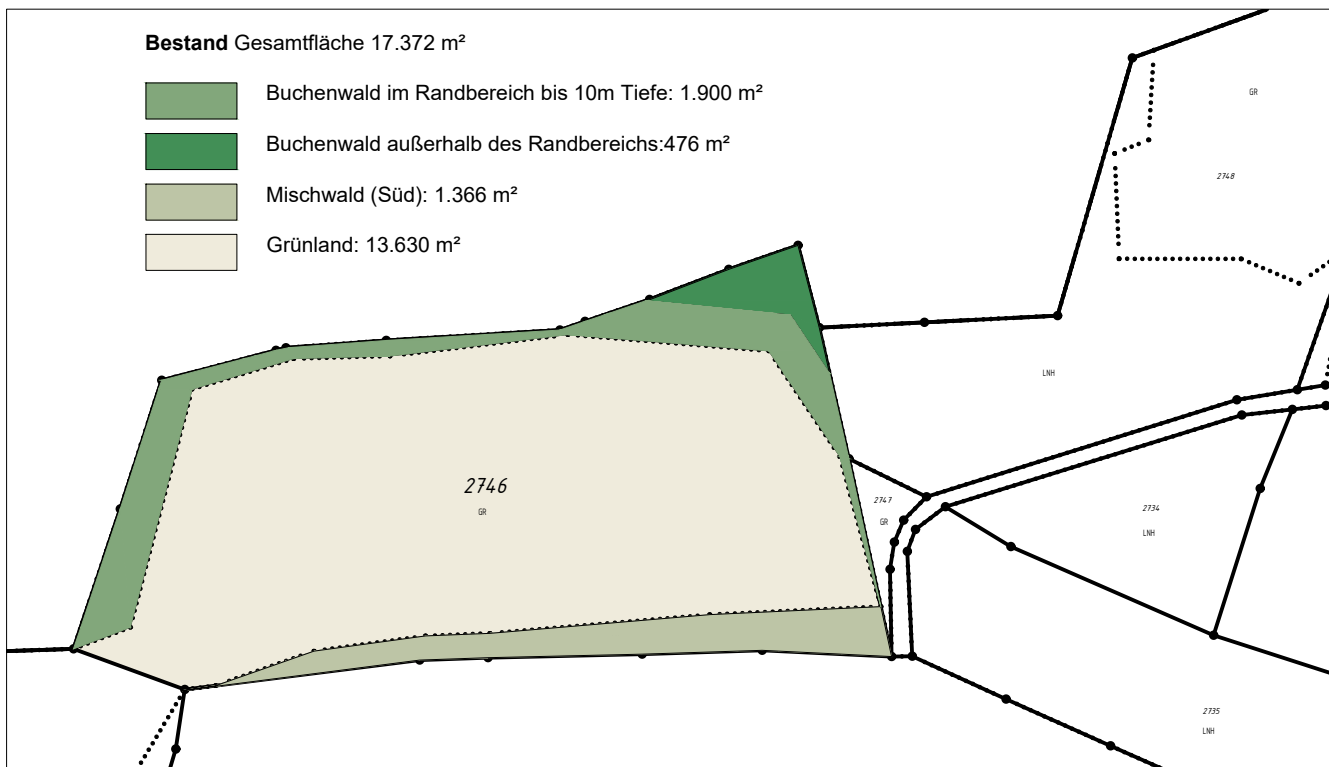
Prof. Arno S. Schmid
Manfred Rauh

Prof. Arno S. Schmid
Manfred Rauh
Landschaftsarchitekten GmbH
Sandstraße 12
89231 Neu-Ulm
Telefon 07 31/98 09 94-10
Telefax 07 31/98 09 94-15
info@schmid-rauh.de
www.schmid-rauh.de

Anlage 2 zum Umweltbericht zum Bebauungsplan park & ride Anlage Bahnhof Merklingen „Gemeinde Merklingen“

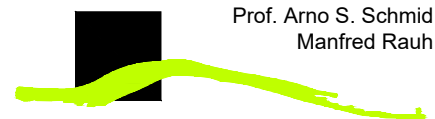
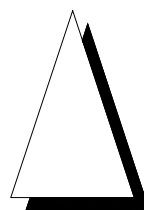
Tabellarische Zusammenfassung des Umweltzustandes mit Wirkungsprognose bei Durchführung des Planvorhabens

Schutzgut	Bedeutung, Vorbelastungen	Minderung, Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen	Wirkung der vorgesehenen Maßnahmen	Wechselwirkungen
Boden	Mit Ausnahme des Bereichs am Feldgehölz mittlere bis hohe Bedeutung der Bodenfunktionen	Begrenzung der überbaubaren Flächen, Oberbodensicherung	Erheblicher Eingriff durch Verlust der Bodenfunktionen	Wasserhaushalt Arten und Biotope
Oberflächen- gewässer	nicht vorhanden			
Grundwasser	Wasserschutzgebiet Zone III Karstwasserleiter von hoher Bedeutung und Empfindlichkeit	Rückhaltung und Teilversickerung von Niederschlagswasser,	Erheblicher Eingriff durch reduzierte Grundwasserneubildung und beschleunigte Vorflut	Boden
Klima	Freilandklimatop von allgemeiner Bedeutung	Begrenzung der Versiegelung, Grünflächen und Pflanzgebote, Potential für regenerative Energieerzeugung	Eingriff unerheblich Angebotsfläche für regenerative Energiegewinnung	
Arten und Biotope	Überwiegend Ackerflächen von geringer Bedeutung, Feldgehölz mit Saum- und Wiesengesellschaften als Geschütztes Biotop von hoher Bedeutung. Naturdenkmal Lindenbestand an der Kreisstraße Potentielles Vorkommen geschützter Fledermaus- und Käferarten sowie offenlandbrütender Vogelarten	Erhalt des Lindenbestands Ersatz des Feldgehölzes (Faktor 1,3) Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 NatSchG durch Schutz- und cef Maßnahmen, Grünflächen und Pflanzgebote für Magerrasen, artenreiche Wiesen, Feldgehölze und Bäume	Vorübergehender Verlust (20 Jahre) von Feldgehölzen Verlust von ackerflächenspezifischen Lebensräumen zugunsten von Flächen ohne Biotoppotential und zugunsten von artenreichen Wiesenflächen und Baumstandorten	Boden, Landschaftsbild
Landschaftsbild	Durchgangsraum zwischen Siedlungsbereich und attraktiven Naherholungsflächen ohne besondere Prägung. Vorbelastet durch Schnellbahntrasse und Autobahn mit entsprechender Verlärmung	Ersatz des Feldgehölzes, Identitätsstiftende Baumpflanzungen, Anlage artenreicher Wiesen mit Blütenaspekten	Weitere technische Überformung des bereits vorbelasteten Landschaftsraumes Vorübergehender Verlust (20 Jahre) von Feldgehölzen Funktionsangepasste Neuordnung des Landschaftsbildes	
Kultur- und Sachgüter	Möglicher Fundort prähistorischer Siedlungsfunde. Sonst keine Kulturgüter Böden gemessen am Landschaftsraum von hoher Produktivität	Sondierungen, Rettungsgrabungen und Dokumentation im Bedarfsfall	Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche hoher Ertragsfähigkeit Potentielle Gefährdung von Bodendenkmälern	
Mensch	Keine besonderer Schutzbedarf			



"Bahnhof Merklingen" (Schwäbische Alb)

Kompensationsmaßnahme Aufforstung
Bestands- und Realisierungsplan
Flurstück 2746 Westerheim
M 1: 1.500
26.05.2020 Bischoff/Rauh



Prof. Arno S. Schmid
Manfred Rauh

Landschaftsarchitekten GmbH
Sandstraße 12
89231 Neu-Ulm

Telefon 07 31/98 09 94-10
Telefax 07 31/98 09 94-15
info@schmid-rauh.de
www.schmid-rauh.de

Flurstück 2746 in Westerheim

Bewertung der naturschutzrechtlichen Kompensationswirkung durch Aufforstung

Ausgangssituation (s. Bestandsplan)

Die überwiegende Fläche des Flurstücks wurde bis vor 1-2 Jahren als Acker bewirtschaftet und ist inzwischen als Grünland eingesät. In der Flurkarte wird die betreffende Fläche als Grünland (GR) geführt und demgemäß mit 6 ÖP je m² bewertet



Fotos: Grünland im nordwestlichen und nordöstlichen Teil des Flurstücks

Von Süden ragt der benachbarte Buchenwald bis zu einer Breite von 6 bis 13 m in das Flurstück. Es handelt sich um einen Hochwald mit dort hohem Anteil an Fichten und Eschen.



Foto: Wald in südlicher Nachbarschaft

Letztere wurden im vergangenen Winter in Abstimmung mit dem zuständigen Forstrevier als vorbereitende Maßnahme für eine nördlich angrenzende Aufforstung entfernt. Die vorzeitige Beseitigung des erkrankten Baumbestands ermöglicht eine günstigere Belichtung der Neupflanzungen und vermeidet absehbare Rückeschäden im künftigen Neubestand. Ferner entsteht innerhalb des ausgelichteten Bestands eine Rückegasse, die der künftigen Waldbewirtschaftung zur Verfügung steht. Innerhalb der genannten Fläche befinden sich derzeit nur noch vereinzelt hochwüchsige Bäume. Die betreffende Fläche wird dem Biototyp 59.20 (Mischbestand aus Laub- und Nadelbäumen) mit einer Wertigkeit von 14 ÖP je m² zugeordnet.

Ein ca. 10m breiter Streifen im Westen, ein schmaler 3-5m breiter Streifen im Norden und eine ca. 30 m tiefe dreieckige Fläche im Nordosten des Grundstücks sind Bestandteil des sich großflächig

anschließenden naturnah ausgeprägten Buchenwaldes. Die dortige Waldbodenflora ist rel. artenarm und fast ausschließlich geprägt von *Anemone nemorosa* mit vereinzelt Gräsern und Labkräutern. (Frühjahrsaspekt).



Foto: Waldmantel und Saum am Nordrand



Foto: ungestörter Buchenwald

Am Rand dieser Waldfläche entwickelt sich derzeit ein Waldmantel aus Himbeere, rotem Holunder, Eschen, Ahorn und vor allem Buchensämlingen.

Brennesselbewuchs in der Krautschicht am Waldrand deutet auf entsprechenden Stickstoffeintrag in der jüngeren Vergangenheit hin.

Der Buchenwald entspricht dem Biotoptyp 55.20 (Buchenwald basenreicher Standort) mit einem Normalwert von 33 ÖP je m². Die randlichen Beeinträchtigungen durch vorausgegangenen Biozid- und Stickstoffeintrag bedingen eine reduzierte Bewertung der Randbereiche bis 10 m Tiefe mit 25 ÖP je m². Die von der landwirtschaftlichen Nutzung weitgehend unbeeinflussten Flächen in der Tiefe des Waldes (nordöstliches Dreieck) werden dem Normalwert mit 33 ÖP je m² zugeordnet.

Die Kompensationsfläche liegt in der Hydrogeologische Einheit des Oberjura (Schwäbische Fazies)

Die Bodenwerte für das Flurstück 2746 werden vom Fachdienst Landwirtschaft wie folgt angegeben:

AKWA (Funktion als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf): 1,
FIPU (Filter- und Pufferfunktion gegenüber Schadstoffen): 3,
NB (Natürliche Bodenfruchtbarkeit): 2,
ergibt in der Gesamtheit 2 Wertpunkte (= 8 ÖP)

Wertermittlung Bestand - Biotoptyp und Boden

Fläche	Biotoptyp	Fläche m ²	Boden ÖP / m ²	Fläche x Bodenwert	Biotoptyp ÖP / m ²	Fläche x Biotopwert	Gesamtwert ÖKVO
Intensivgrünland/Grünlandansaat	33.60	13.630	8,00	109.040	6	81.780	190.820
Basenreicher Buchenwald Nordrand, beeinträchtigter 10 m breiter Randstreifen	55.20	1.900	8,00	15.200	25	47.500	62.700
Basenreicher Buchenwald ohne Beeinträchtigung	55.20	476	8,00	3.808	33	15.708	19.516
Mischwald Südrand	59.20	1.366	8,00	10.928	14	19.124	30.052
Summe Bestand		17.372		138.976		164.112	303.088

Geplante Aufforstung

Bestockungsziel ist ein naturnaher Traubeneichen-Buchenwald (Biotoptyp 55.50), dem gemäß Ökokontoverordnung im Planungsmodul als Maximalwert 24 ÖP je m² zugeordnet sind, bereinigt auf 22 ÖP je m² aufgrund der Nährstoffanreicherung aus vorausgegangener Nutzung

Aufgrund der Baumartenzusammensetzung bleibt der südliche Waldanteil in seiner Wertigkeit mit 14 ÖP je m² (= Normalwert im Bestand) unverändert. Ebenso unverändert bleibt der beeinträchtigungsfreie Buchenwald im Nordosten mit 33 ÖP je m².

Aufgrund der Nutzungsextensivierung mit künftig fehlender Beeinträchtigung und der Einbindung in den Gesamtbestand ist die künftige Entwicklung des 10m breiten Randstreifens zu einem naturnahen, dem benachbarten Biotoptyp entsprechenden Buchenwald absehbar und kann mit dem Normalwert von 33 ÖP je m² angerechnet werden.

Die Wertstufe des Bodens bleibt unverändert bei 2. Für die Entlastung des Grundwasserhaushalts durch Nutzungsextensivierung im Bereich der Neuaufforstung wird die Wertigkeit auf der Grundlage von Abschnitt 3.2 der ÖKVO von 8 auf 10 ÖP erhöht. (Hydrogeologische Einheit des Oberjura).

Wertermittlung nach Planumsetzung - Biotoptyp und Boden

Fläche	Biotoptyp	Fläche m ²	Boden ÖP / m ²	Fläche x Bodenwert	Biotoptyp ÖP / m ²	Fläche X Biotopwert	Gesamtwert ÖKVO
Traubeneichen-Buchenwald	55.50	13.630	10,00	136.300	24	327.120	463.420
Basenreicher Buchenwald Nordrand, bisher nutzungsbeeinträchtigter 10 m breiter Randstreifen	55.20	1.900	8,00	15.200	33	62.700	77.900
Basenreicher Buchenwald ohne Veränderung	55.20	476	8,00	3.808	33	15.708	19.516
Mischwald Südrand	59.20	1.366	8,00	10.928	14	19.124	30.052
Summe Umsetzung		17.372		166.236		424.652	590.888

Kompensationswirkung

Die Kompensationswirkung beträgt (590.888 – 303.088) 287.800 ÖP

Manfred Rauh / 26. Mai 2020

**Gemeinde Merklingen:
Bebauungsplan
„Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)
[Park & Ride-Anlage]“**

**Naturschutzfachliches Gutachten
zur Prüfung artenschutzrechtlicher Vorschriften
des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG
(Artenschutzbeitrag)**


als Vorlage für die Untere Naturschutzbehörde
für die
spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)

Auftraggeber:

Büro Wassermüller

Bearbeitung:

Dipl.-Biol. Ralf Schreiber

BIO - BÜRO SCHREIBER	
	Dipl.-Biol. Ralf Schreiber Washingtonallee 33 89231 Neu-Ulm Tel. 0731 / 72 90 651 Fax 032/123 928 946 mobil 0163 / 71 69 073 bio.buero@gmx.de



Inhalt

1	EINLEITUNG	3
1.1	Anlass	3
1.2	Aufgabenstellung.....	4
2	METHODIK, DATENGRUNDLAGE UND BESTANDSAUFNAHMEN.....	5
2.1	Allgemeine Methodik	5
2.2	Untersuchungsumfang und vorhandene Daten	5
3	ERGEBNISSE.....	7
3.1	Strukturen (Abb. 2)	7
3.2	Nachgewiesene Tierarten	8
4	WIRKUNG DER VORHABENS	11
4.1	Konflikt Überbauung (Flächenentzug und Arbeiten selber)	11
4.2	Konflikt Struktur- und Nutzungsänderung	11
4.3	Konflikt Veränderung abiotischer Faktoren	11
4.4	Konflikt Mortalität durch Barriere- / Fallen-Wirkung.....	12
4.5	Konflikt Störungen / Emissionen	12
4.6	Landwirtschaftliche Nutzung	12
4.6	Vorbelastungen aus Artenschutz-Sicht.....	12
4.7	Positive Wirkungen	12
5	VORPRÜFUNG / RELEVANZPRÜFUNG	13
5.1	Europäischer Artenschutz – Anhang IV FFH-RL.....	13
5.1.1	Fledermäuse und übrige Säugetiere.....	13
5.1.2	Kriechtiere (Reptilien).....	13
5.1.3	Lurche (Amphibien), Fische, Libellen, Schnecken und Muscheln	13
5.1.4	Käfer.....	14
5.1.5	Tag- und Nachtfalter,.....	14
5.1.6	Gefäßpflanzen	14
5.2	Europäischer Artenschutz – Vögel nach Art. 1 Vogelschutz-Richtlinie	14
6	MAßNAHMEN ZUR VERMEIDUNG UND ZUR WAHRUNG DER KONTINUIERLICHEN ÖKOLOGISCHEN FUNKTIONALITÄT	16
6.1	Vermeidungsmaßnahmen.....	16
6.2	CEF-Maßnahmen (zur Wahrung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität).....	16
7	PRÜFUNG DER BEEINTRÄCHTIGUNGEN UND VERBOTSTATBESTÄNDE	19
7.1	Gesetzliche Grundlagen und fachliche Definitionen.....	19
7.1.1	Spezieller Artenschutz im BNatSchG.....	19
7.1.2	Lokale Populationen und räumlicher Zusammenhang.....	20
7.1.3	Erhaltungszustände	20
7.2	Prüfung der Verbotstatbestände	20
7.2.1	Schädigungsverbot Individuen – Art. 44 (1) 1 BNatSchG	20
7.2.2	Störungsverbot – Art. 44 (1) 2 BNatSchG	20
7.2.3	Schädigungsverbot Habitats – Art. 44 (1) 3 BNatSchG	21
8	ÖKOLOGISCHE BEGLEITUNG UND MONITORING.....	22
9	ABSCHLIEßENDE BEWERTUNG – GUTACHTLICHES FAZIT	22
10	LITERATUR	23



1 EINLEITUNG

1.1 Anlass

Da es auf Höhe der Gemeinde Merklingen an der Bahn-Neubaustrecke Ulm-Stuttgart einen Haltepunkt geben wird, ist ein ausreichend groß dimensionierter Pendler-Parkplatz erforderlich (Abb. 1). Er soll fünf Bussteige, Taxistände, 5 Kurzzeitparkstände sowie ca. 420 Stellplätze enthalten. Die erforderliche Zufahrt zur neuen Park & Ride-Anlage erfolgt über einen Kreisverkehr an der K 7407 und einen auf 6,5 m Breite auszubauenden Feldweg, der in den letzten Jahren bereits als Baustellenzufahrt für die Großbaustelle A8-Ausbau / Bahn-Neubaustrecke genutzt wurde. Parallel dazu wird ein 2,5 m breiter, durch einen Seitentrennstreifen abgesetzter Geh- und Radweg bis zur überdachten Fahrradabstellanlage am Bahnhof mitgeführt. Im östlichen Bereich wird dieser Weg als Wirtschaftsweg mit einer Breite von 3,0 m ausgebaut.

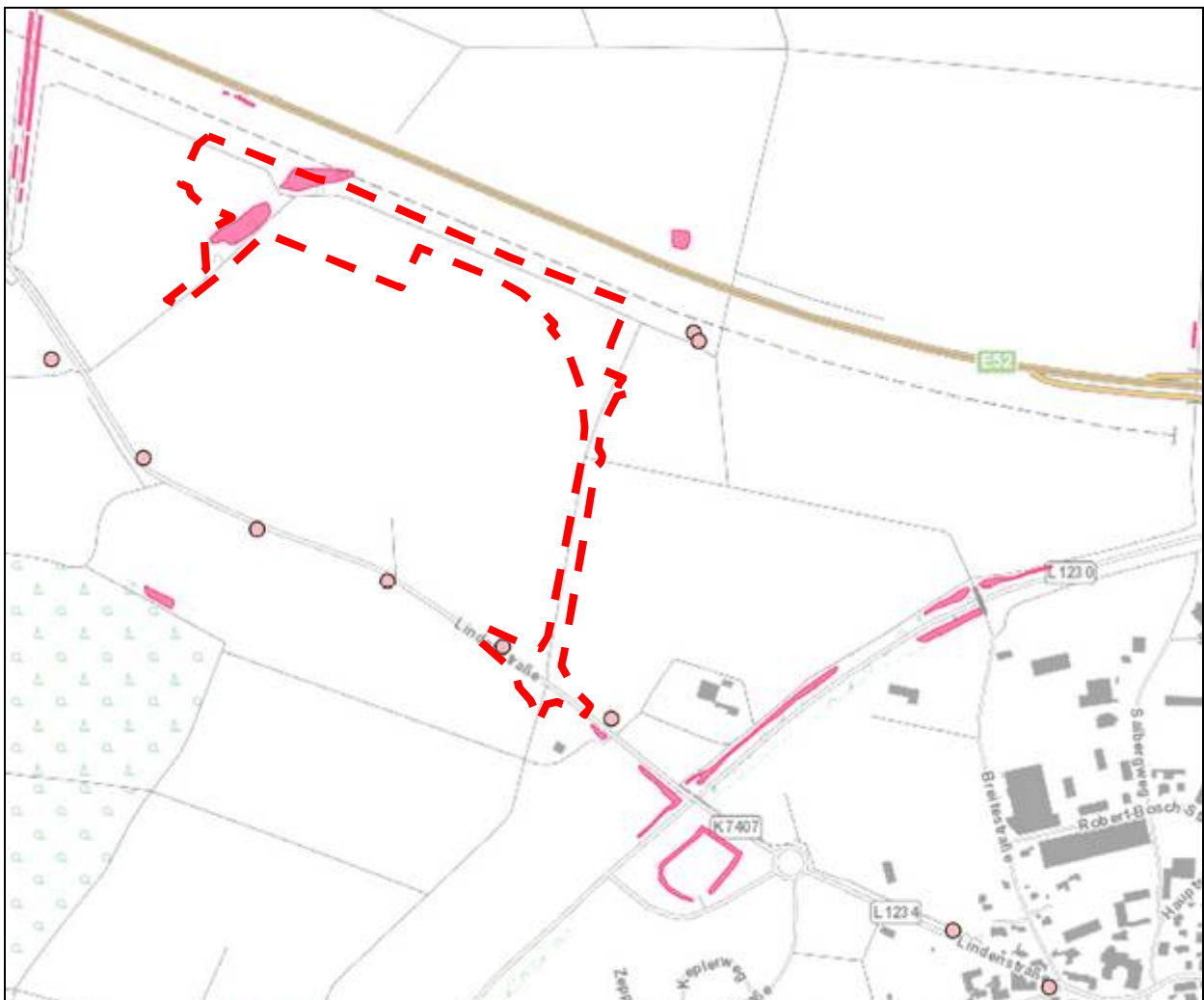


Abb. 1: Lage des Pendlerparkplatzes im Nordwesten von Merklingen mit Zufahrt von der K 7407 / Lindenstraße.
Rosa Flächen: Biotope; Kreise: Naturdenkmäler.
Karte: RIPS der LUBW.

Die Querung der K 7407 von Laichingen her (Wirtschaftsweg Flurstück 4255-2) erfolgt über den Fahrbahnteiler des Kreisverkehrsplatzes. Die Anbindung für Fußgänger und Radfahrer von Merklingen (Weg Flurstück 4262) erfolgt ungefähr auf halber Strecke an den Geh- und Radweg.



Die Fläche der Park & Ride-Anlage beträgt ca. 1,2 ha. Die Länge der Baustrecke an der Kreisstraße beträgt ca. 220 m; die Länge der Zufahrtsstraße zur Park & Ride-Anlage ca. 700 m.

Das anfallende Niederschlagswasser wird vor Ort zur Versickerung gebracht.

Als bauliche Anlagen in Form von Gebäuden sind zwei Buswartehallen, eine WC-Anlage und eine Fahrradabstellanlage sowie eine Trafostation geplant.

Der Eigentümer der betroffenen landwirtschaftlichen Flächen hat sich diese im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens zuteilen lassen. Für ein gut bewertetes Ackergrundstück, in nahezu ebener Lage, gutem Zuschnitt mit einer Größe von ca. 10 ha mussten hierfür Zugeständnisse und Abstriche bei anderen Zuteilungen gemacht werden. Der Landwirt war zunächst nicht bereit, ca. 3,2 ha Ackerfläche in bester Lage und Qualität für den Bau des Bahnhofes auf freiwilliger Basis abzutreten. In umfangreichen Grunderwerbsverhandlungen kam man zum Ergebnis, dass die entstehenden agrarstrukturellen Nachteile durch die neuen Missformen auszugleichen sind. Der Grundstückseigentümer hat deshalb angeregt, das bestehende noch verbleibende Biotop auf dem Flst. 4197 zu entfernen, damit ein zusammenhängendes Grundstück aus den Flurstücken 4194 und 4199 gebildet werden kann. Dadurch kann das neue Grundstück über die Gesamtlänge von West nach Ost bewirtschaftet werden.

Diese Anregung wurde geprüft und mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Die UNB stimmt der Beseitigung zu, sofern ein Ausgleich im Verhältnis 1 : 1,3 an anderer Stelle geschaffen wird. Die Ersatzmaßnahme findet östlich des Parkplatzes statt.

1.2 Aufgabenstellung

Aufgrund der strukturellen Ausstattung war anzunehmen, dass im überplanten Gebiet nach § 7 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) streng geschützte Arten vorkommen. Beeinträchtigungen dieser Arten bzw. Veränderungen der Lebensräume durch die Planungen – auch wenn diese außerhalb des überplanten Bereichs wirken – müssen geprüft werden.

Im Folgenden werden deshalb

- die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG bezüglich der geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie, national streng geschützte Arten*), die durch das Vorhaben erfüllt werden können, ermittelt und dargestellt, sowie
- die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme von den Verboten gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG geprüft.

Damit kann dieser Text als sog. „Artenschutzbeitrag“ der Naturschutzbehörde als Grundlage zur Prüfung des gesamten speziellen Artenschutzes nach § 44 BNatSchG dienen.

* Bisher liegt jedoch noch keine entsprechende Verordnung des Bundesumweltministeriums nach § 54 Abs. 2 BNatSchG vor, d. h. dieser Teil entfällt.



2 METHODIK, DATENGRUNDLAGE UND BESTANDSAUFNAHMEN

Art und Umfang der Ermittlung bestimmt die zuständige Behörde. Der in Kap. 2.2 aufgeführte Untersuchungsrahmen wurde deshalb Anfang 2016, vor Beginn der Untersuchungen, nach einer naturschutzfachlichen Voreinschätzung und unter der Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips (der u. a. keine „Ermittlung ins Blaue hinein“ vorgibt) mit der UNB abgestimmt. Damals war allerdings noch nicht bekannt, dass das Gehölz im Nordwesten komplett entfallen soll, und die Ackerflächen waren noch durch die Bahnbaustelle stark gestört. Insofern wird für diese Strukturen jetzt eine „Worst-case-Betrachtung“ vorgenommen.

2.1 Allgemeine Methodik

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme der prüfrelevanten – und anderer – Arten/-gruppen (Kap. 2.2 und 2.3) werden in Kap. 3 aufgeführt. Nach einer Beschreibung der Wirkfaktoren, also der zu erwartenden Konflikte (Kap. 4) erfolgte eine Relevanzprüfung (Kap. 5). Die tatsächliche Betroffenheit der nachgewiesenen oder sehr wahrscheinlich vorkommenden Arten wird dabei durch Überlagerung von bekannten oder modellierten Lebensstätten der jeweiligen lokalen Vorkommen der Arten mit der Reichweite der Vorhabenswirkungen ermittelt.

Unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und ggf. vorgezogenen funktionserhaltenden Ausgleichsmaßnahmen – sog. CEF-Maßnahmen (Kap. 6) wird die Beeinträchtigung dieser Arten (Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG) durch das Vorhaben in Kap. 7 geprüft. In Kap. 8 werden die Erfordernisse einer ökologischen Begleitung der Maßnahmen und eines Monitorings dargelegt. Kap. 9 zieht ein gutachterliches Fazit, Kap. 10 schließt mit Angaben zur verwendeten Literatur.

Begrifflichkeiten und Definitionen richten sich nach den in Fachkreisen allgemein anerkannten „Hinweisen“ des ständigen Ausschusses "Arten- und Biotopschutz" der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung zum Artenschutz (LANA 2009).

Mit „Betroffenheit“ ist im Folgenden eine Betroffenheit der jeweiligen Arten (-gruppe) entsprechend der einschlägigen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG gemeint.

Wenn im Text von „Arten“ die Rede ist, dann handelt es sich ab Kap. 4 nur um Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder europäische Vogelarten. Die meisten Artengruppen beinhalten darüber hinaus natürlich noch zahlreiche weitere Arten, die aber nicht Gegenstand dieses Gutachtens sind.

2.2 Untersuchungsumfang und vorhandene Daten

Untersuchungsgebiet (UG) war der überplante Bereich und die unmittelbare Umgebung, für Ackervogel bis ca. 100 m. Die Flächen wurden 2016 begangen zur Suche nach:

- Fledermäusen (3 Begehungen – ursprünglich waren 5 geplant, aber mangels Nachweisen wurde reduziert);
- Brutvögeln (4 Begehungen, Verhören und Sicht/Fernglas 10x40);
- Reptilien (3 Begehungen, Sicht und Kontrolle potenzieller Versteckmöglichkeiten);
- Tagfaltern und relevanten Nachtfaltern (5 Begehungen, Sicht, Käscherfang) sowie für die Eingriffsregelung parallel auch nach Heuschrecken (Verhören, Sicht, Käscherfang).

Nach Reptilien wurde gezielt an luftkühlen, sonnigen Tagen in den späten Morgenstunden gesucht. Dies ist nach eigenen, knapp 30-jährigen Erfahrungen sowie nach Angaben von BLANKE (2010) besonders im Frühjahr sehr erfolgversprechend, da sich die Tiere dann aufwärmen



müssen und noch relativ langsam sind, sodass sie beim langsamen Abgehen geeignet exponierter Strukturen gut nachweisbar sind.

Datum	Zeit & Witterung	F	B	R	TNH
21.4.2016	nachmittags, 17°C, sonnig, fast windstill		x	x	x
5.5.2016	Abenddämmerung bis nachts, 15-13°C, windig	x			
25.5.2016	morgens, 7-9°C, leicht bewölkt, leicht windig		x	x	
13.6.2016	vormittags, 21°C, sonnig, leicht windig		x	x	x
	Abenddämmerung bis nachts, 18-17°C, fast windstill	x			
2.7.2016	morgens, 13°C, sonnig, leicht windig		x		x
2.8.2016	nachmittags, 30°C, sonnig, fast windstill				x
	Abenddämmerung bis nachts, 24-22°C, windstill	x			
14.9.2016	vormittags, 19°C, sonnig, fast windstill			x	x

F = Fledermäuse; B = Brutvögel; R = Reptilien; TNH = Tagfalter, relevante Nachtfalter, Heuschrecken.

Beim ersten Kartierdurchgang wurden alle relevanten Strukturen erfasst. Baumhöhlen wurden später, im unbelaubten Zustand, am 19.11.2016 überprüft.

Bei BUND, NABU und Unterer Naturschutzbehörde wurden Kenntnisse zum Gebiet und der Umgebung abgefragt; es lagen keine vor. Auch die zugänglichen Informationen der Planungen zur DB-Neubaustrecke + A 8Ausbau sowie der LUBW zu den Biotopen und anderen geschützten Flächen der Umgebung im Umkreis von ca. 1 km (vgl. Abb. 1) enthalten zwar einzelne relevante, aber nicht mehr aktuelle Art-Vorkommen.



3 ERGEBNISSE

3.1 Strukturen (Abb. 2)

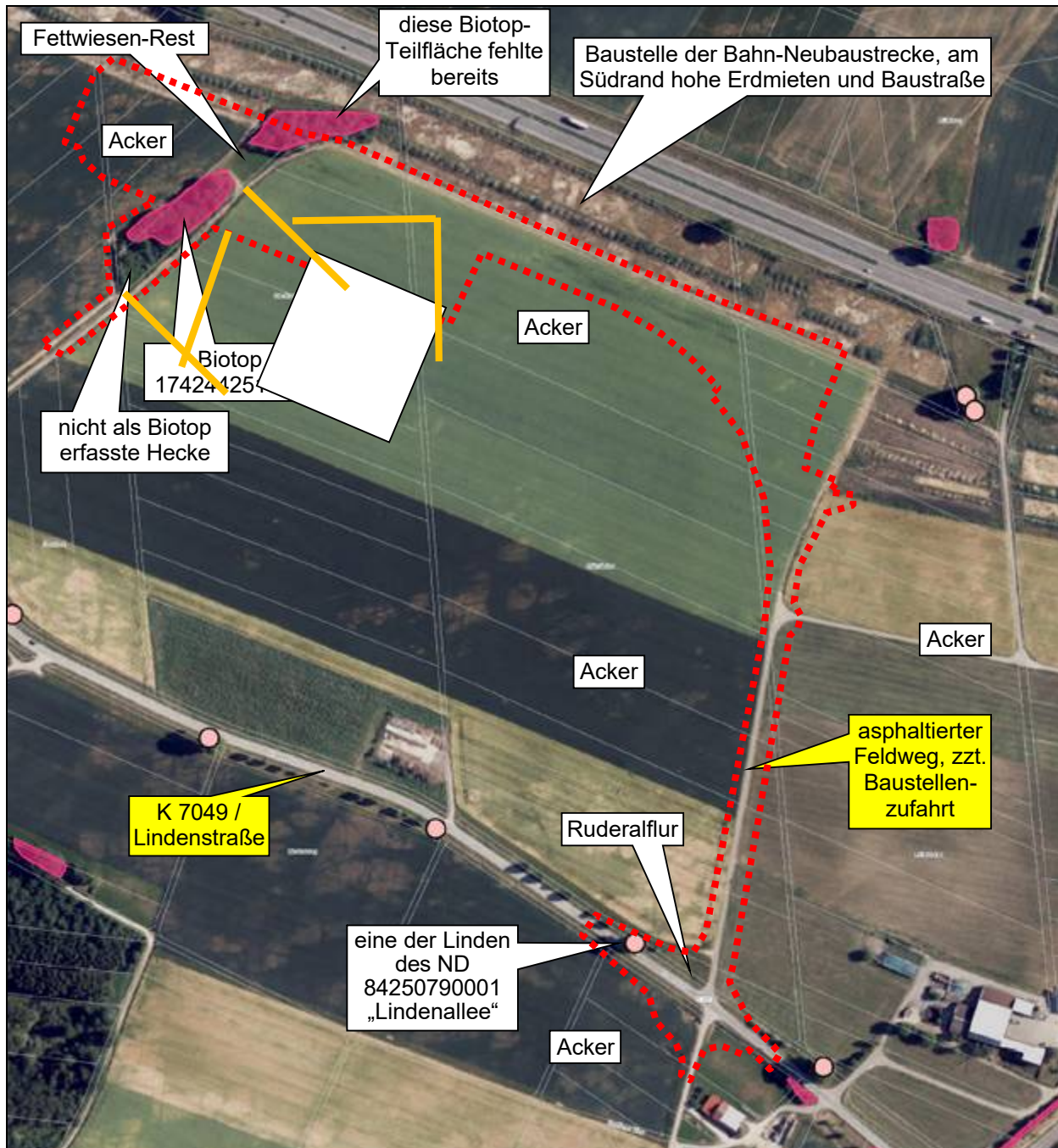


Abb. 2: Für den Artenschutz relevante Strukturen.
Quelle: RIPS der LUBW.

Das überplante Areal besteht überwiegend aus landwirtschaftlichen Flächen, am Nordwestrand liegt ein überwiegend biotopkartiertes Feldgehölz (Nr. 174244251888), das aber durch die Bahn-Neubaustrecke bereits dezimiert wurde (Abb. 3).

Im Bereich des neu geplanten Kreisverkehrs an der Lindenstraße waren beidseits der Straße leinflächige Ruderalfluren vorhanden, die teilweise blütenreicher waren. Die ebenfalls hier noch stehende alte Linde, die Bestandteil des Naturdenkmals „Lindenallee“ ist, wies im Kronenbe-

Der in der Biotopbeschreibung des Feldgehölzes erwähnte Neuntöter, eine relativ störungsempfindliche Art, war nicht mehr nachzuweisen, da das Gehölz zum Kartierzeitpunkt durch die Bauarbeiten der Neubaustrecke massiv beeinträchtigt wurde. Da die Arbeiten inzwischen weitestgehend beendet wurden, ist eine Wiederbesiedlung möglich. Auch Ansiedlungen von Großvögeln, die ihre Horste mehrjährig nutzen, sind nicht auszuschließen.



Im offenen Gelände (Acker) kamen – ebenfalls bedingt durch die permanenten Störungen des Baubetriebs, zuletzt noch des Bahnhofs Merklingen, mit zusätzlicher Beanspruchung von Flächen (Abb. 3) – kaum Ackervögel vor, erst recht keine gefährdeten Arten, einige Arten außerdem nur als Nahrungsgäste. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass insbesondere Feldlerchen und Wiesenschafstelzen, die in der Region weit verbreitet sind, die landwirtschaftlichen Flächen schnell wieder besiedeln.



Abb. 3: In den letzten Jahren wurde ein breiter Streifen entlang der DB-Neubaustrecke als Baustraße und für Oberbodenmieten in Anspruch genommen; dieser ist inzwischen wieder zurückgebaut und der Acker wurde wiederhergestellt.

Quelle: RIPS der LUBW.

Reptilien:

Weder Zauneidechsen noch andere Reptilien-Arten konnten trotz gründlicher Suche nachgewiesen werden.

Tagfalter:

Art	Status	RL	BW	Bemerkung
Kleiner Fuchs (<i>Aglaia urticae</i>)	mb	-		
Kleiner Heufalter (<i>Coenonympha pamphilus</i>)	wb	-		in Ruderalfläche am Kreisverkehr
Kleiner Kohlweißling (<i>Pieris napi</i>)	mb	-		
Rapsweißling (<i>Pieris rapae</i>)	mb	-		
Tagpfauenauge (<i>Inachis io</i>)	mb	-		

Entlang der Straße und der Feldwege konnten nur wenige kommune Arten nachgewiesen werden. Naturschutzfachlich wertgebende, insbesondere saP-relevante Arten, fehlten mangels geeigneter Habitate.

Heuschrecken:

Art	Status	RL	BW	Bemerkung
Nachtigall-Grashüpfer (<i>Chorthippus biguttulus</i>)	wb	-	-	
Gemeiner Grashüpfer (<i>Chorthippus parallelus</i>)	wb	-	-	
Roesels Beißschrecke (<i>Roeseliana roeslii</i>)	sb	-	-	
Grünes Heupferd (<i>Tettigonia viridissima</i>)	sb	-	-	

Da in den Untersuchungen zur Neubaustrecke Bahn/A8 in der Nähe Nachweise des seltenen Gebirgsgrashüpfers (*Stauroderus scalaris*) gemacht wurden, wurde – über die saP-Arten hinaus – zur allgemeinen Eingriffsbewertung auch nach Heuschrecken gesucht. Allerdings konnten ebenfalls nur wenige, kommune Arten nachgewiesen werden.



4 WIRKUNG DER VORHABENS

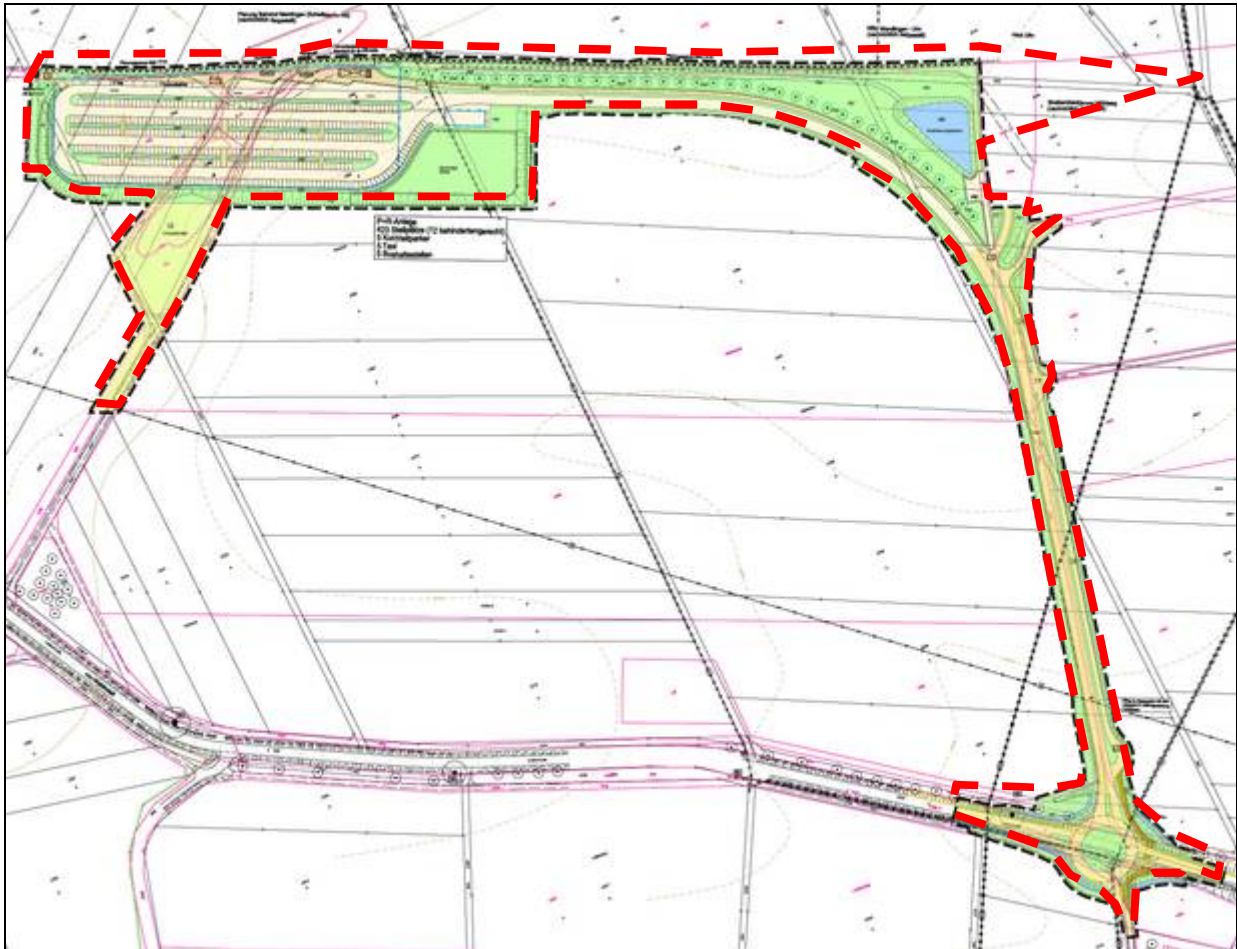


Abb. 4: Übersicht über die Planung.
Karte: Büro Wassermüller (Ausschnitt, nicht genordet!)

Im Folgenden werden die bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen der Planung (Abb. 4) auf Pflanzen und Tiere beschrieben.

4.1 Konflikt Überbauung (Flächenentzug und Arbeiten selber)

Durch Parkplatz und Zufahrt werden (potenzielle) Lebensräume relevanter Arten überbaut. Durch die Baumaßnahmen könnten Tiere gestört, verletzt oder getötet werden.

4.2 Konflikt Struktur- und Nutzungsänderung

Durch Eingrünungen, Regenrückhaltebecken und andere Gestaltungsmaßnahmen werden (potenzielle) Teil-Lebensräume von Arten entfernt bzw. so verändert, dass sie hinterher für diese Arten nicht mehr nutzbar sind. Dies betrifft primär Äckervögel, die durch „Kulissen“ und Störungen aus Offenland verdrängt werden, aber auch die Bewohner des Feldgehölz-Rests.

4.3 Konflikt Veränderung abiotischer Faktoren

Der anstehende Boden wird abgedeckt. Im Umfeld der zu asphaltierenden Flächen entstehen xerotherme Standorte. Durch die Regenwassersammlung und -versickerung entstehen kleinflächig wechselfeuchte Bereiche.



4.4 Konflikt Mortalität durch Barriere- / Fallen-Wirkung

Da im überplanten Areal keine Wander- bzw. Leitlinien erkennbar sind (bzw. diese bereits beim Bau der DB-Neubaustrecke in Verbindung mit der Verbreiterung der A 8 unterbrochen wurden, ist dieser Konflikt von untergeordneter Bedeutung.

Das Versickerbecken kann sich als Falle für Amphibien auswirken, da das eingeleitete Oberflächenwasser relativ schnell verschwindet; aus dem Umfeld von Merklingen sind Kreuzkröten bekannt, deren Aktionsradius ohne weiteres bis hierher reicht.

4.5 Konflikt Störungen / Emissionen

Durch Bau und Betrieb werden auf bzw. neben den Flächen lebende und/oder vorbeiwandernde Tiere durch Lärm, künstliches Licht u. ä. gestört.

4.6 Landwirtschaftliche Nutzung

Der verhältnismäßig hohe Flächenverlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche wirkt sich durch neue Missformen am beanspruchten Grundstück nachteilig auf den betroffenen Landwirt aus. Die Nachteile werden durch die Verlagerung des Biotops verringert.

4.6 Vorbelastungen aus Artenschutz-Sicht

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der A 8 und dem Bau der Schnellbahnstrecke parallel dazu wurde u. a. auch schon – natürlich genehmigt – ein Teil des Gehölzbiotops im Nordwesten entfernt.

Auch die (nach der Flurbereinigung sehr) großflächige, konventionelle landwirtschaftliche Nutzung ist aus Artenschutz-Sicht als Störung und damit Vorbelastung zu werten.

Durch den Verlauf der Bahntrasse im Einschnitt und den Schutzwall, hinter dem die Autobahn verläuft, entstehen durch diese Verkehrslinien relativ geringe Störungen.

4.7 Positive Wirkungen

Für wenig störungsempfindliche Gehölzvögel ergeben sich durch die neuen Biotope auch neue Habitate.



5 VORPRÜFUNG / RELEVANZPRÜFUNG

In Baden-Württemberg sind derzeit fast 500 Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie bzw. europäische Vogelarten zu berücksichtigen. Der saP brauchen jedoch nur die Arten unterzogen werden, die durch das jeweilige Projekt tatsächlich betroffen sind (sog. Relevanzschwelle). Eine entsprechende Abschichtung zur Vorauswahl möglicherweise betroffener Arten wurde deshalb nach folgenden Kriterien vorgenommen:

1. Die Art ist entsprechend den Roten Listen Baden-Württembergs ausgestorben oder verschollen (RL 0) oder kommt nicht vor;
2. der Wirkraum (Definition siehe Kap. 4) liegt außerhalb des bekannten bzw. anzunehmenden Verbreitungsgebiets der Art;
3. der erforderliche Lebensraum / Standort der Art kommt im Wirkraum des Vorhabens nicht vor (mit Erfassung der vorhandenen Strukturen im Gelände; so genannte Gastvögel wurden nicht berücksichtigt, da das Gebiet zu klein ist);
4. die Wirkungs-Empfindlichkeit der Art ist vorhabensspezifisch so gering, dass mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass keine Verbotstatbestände ausgelöst werden können (relevant für mobile, euryöke, weit verbreitete, ungefährdete Arten bzw. allg. geringe, unerhebliche Wirkungsintensität).

Zur Beschreibung von Verbreitung und Ökologie der Arten siehe die Internet-Seiten der LUBW.

5.1 Europäischer Artenschutz – Anhang IV FFH-RL

5.1.1 Fledermäuse und übrige Säugetiere

Die überplante Fläche wird nur episodisch von Fledermäusen der Region als Jagd- bzw. Nahrungshabitat genutzt.

Mit der Zwergfledermaus wurde grundsätzlich eine Baumhöhlen-Bewohnerin nachgewiesen.. Im Feldgehölz waren 2016 noch keine Höhlenbäume vorhanden, dies könnte sich inzwischen jedoch geändert haben.

Ein weiteres potenzielles Quartier ist die Linde am neuen Kreisverkehr. Da die Höhlen zu hoch für eine konventionelle Leiter lagen, konnten sie nicht mit einem Endoskop inspiziert werden. Einflugspuren oder Ausflugbeobachtungen konnten nicht gemacht werden, letztere sind jedoch ohne konkreten Verdacht äußerst schwierig zu erbringen.

Insofern ist eine **Betroffenheit der Zwergfledermaus** – sowie anderer möglicherweise vorkommender **Baumfledermäuse** – zu prüfen.

Für die anderen relevanten Säuger-Arten gibt es im UG entweder keine geeigneten Habitate, oder das UG liegt außerhalb der bekannten und derzeit anzunehmenden Verbreitungsgebiete bzw. Wanderkorridore dieser Arten (z. B. Biber, Wildkatze, Wolf). Insofern sind Vorkommen sonstiger Säuger-Arten und damit erhebliche Beeinträchtigungen mit Sicherheit auszuschließen.

5.1.2 Kriechtiere (Reptilien)

Mangels Vorkommen ist eine Betroffenheit aller Arten dieser Artengruppe mit hinreichender Sicherheit auszuschließen.

5.1.3 Lurche (Amphibien), Fische, Libellen, Schnecken und Muscheln

Mangels geeigneter Habitate kann eine Betroffenheit aller Arten dieser Artengruppe mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.



5.1.4 Käfer

Die Linde könnte rein theoretisch größere Mulmhöhlen enthalten, in denen Juchtenkäfer (oder Eremiten) (*Osmoderma eremita*) leben könnten. Insofern ist eine **Betroffenheit des Juchtenkäfers zu prüfen**.

Vorkommen und damit verbotstatbeständliche Betroffenheiten aller übrigen Arten dieser Artengruppe sind mangels geeigneter Habitate mit hinreichender Sicherheit auszuschließen.

5.1.5 Tag- und Nachtfalter,

Mangels Vorkommen und geeigneter Habitate ist eine Betroffenheit aller Arten dieser Artengruppe kann mit hinreichender Sicherheit auszuschließen.

5.1.6 Gefäßpflanzen

Vorkommen der Dicken Trespe sind aufgrund der konventionellen Nutzung der Äcker auszuschließen. Auch für alle anderen streng geschützte Gefäßpflanzen gibt es im UG keine geeigneten Habitate, d. h. Vorkommen und verbotstatbeständliche Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sind sicher auszuschließen.

5.2 Europäischer Artenschutz – Vögel nach Art. 1 Vogelschutz-Richtlinie

Folgende Vogel-Arten sind grundsätzlich saP-relevant:

- RL-Arten Deutschland (neu 2016) und Baden-Württemberg (2015) ohne RL-Status "0" (ausgestorben oder verschollen) und RL-Status "V" (Arten der Vorwarnliste),
- Arten nach Anhang I der Vogelschutz-Richtlinie,
- Zugvogelarten nach Art. 4 Abs. 2 VS-RL,
- streng geschützt nach BArtSchVO,
- Koloniebrüter,
- Arten, für die Deutschland oder Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung tragen,

Bei weit verbreiteten Arten ("Allerweltsarten") reicht jedoch regelmäßig eine vereinfachte Betrachtung aus. Sie wären nur dann in die weitere Prüfung einzubeziehen, wenn im konkreten Einzelfall aufgrund einer besonderen Fallkonstellation ausnahmsweise eine größere Anzahl von Individuen oder Brutpaaren dieser weitverbreiteten und häufigen Art von einem Vorhaben betroffen sein kann; dies ist hier nicht der Fall. Aus folgenden Gründen sind keine relevanten Beeinträchtigungen dieser Arten zu erwarten:

- Hinsichtlich des Lebensstättenschutzes im Sinn des § 44 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5 BNatSchG kann für diese Arten im Regelfall davon ausgegangen werden, dass die ökologische Funktion der von einem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.
- Hinsichtlich des Tötungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) werde durch „Standard“-Vermeidungsmaßnahmen, primär Abschieben des Oberbodens bzw. Entfernung von Gehölzen außerhalb der Brutzeit – im Sinne von § 39 (5) 2 BNatSchG –, Schädigungen von Individuen oder Entwicklungsformen ausgeschlossen.
- Hinsichtlich des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) kann für diese Arten grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.

Vogel-Brutvorkommen wurden ausschließlich im Feldgehölz nachgewiesen, sind aber inzwischen auch wieder in der Ackerfläche zu erwarten (vgl. Kap. 3.2). Die meisten Arten sind (relativ) häufig und ungefährdet, es gibt aber auch einzelne gefährdete oder Vorwarnliste-Arten.



Bei den frei brütenden Gehölzvögeln können Betroffenheiten ausgeschlossen werden, da bei der Rodung der Gehölze sowieso die üblichen Vermeidungsmaßnahmen (Durchführung außerhalb der Brutzeit) erforderlich sind.

Grundsätzlich können inzwischen **Höhlenbrüter** im Feldgehölz nicht ausgeschlossen werden. Deshalb **ist eine Betroffenheit zu prüfen**.

Ebenso geht Fläche für **Offenlandbrüter** verloren, zusätzlich gibt es einen Verdrängungseffekt durch die neue, weiter nach Süden ins Offenland vorrückende Kulisse und die Störungen durch Zufahrt und Parkplatz, deshalb sind auch für die Artengruppe **Betroffenheiten zu prüfen**.

Diverse weitere Vogelarten können die Flächen selber oder den Luftraum darüber (weitere Greifvögel, Eulen, Mauersegler, Schwalben) regelmäßig zur Nahrungssuche nutzen. Weitere episodische Nahrungsgäste (Rastvögel) beispielsweise zur Zugzeit sind denkbar. Für dies sind Betroffenheiten auszuschließen, da ihnen regional weiterhin sehr große Flächen zur Verfügung stehen.



6 MAßNAHMEN ZUR VERMEIDUNG UND ZUR WAHRUNG DER KONTINUIERLICHEN ÖKOLOGISCHEN FUNKTIONALITÄT

6.1 Vermeidungsmaßnahmen

Offenlandbrüter:

Der Oberboden darf nur zwischen Anfang September und Mitte März abgeschoben werden. Dadurch können individuenbezogene Beeinträchtigungen am Boden brütender Vogel-Arten ausgeschlossen werden. Auch beim Aufbringen auf Ackerflächen in der Nähe ist darauf zu achten, dass dies nicht während der Brutzeit erfolgt.

Gehölzvögel und Baumfledermäuse:

Individuenbezogene Beeinträchtigungen der (möglicherweise) betroffenen Fledermaus- und Vogel-Arten können dadurch ausgeschlossen werden, dass die Gehölze außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeiten entfernt wird, also von September bis Februar, sodass Individuen ausweichen oder abwandern können.

Speziell für Fledermäuse bzw. entsprechende Quartierbäume wird empfohlen, die Rodung bereits im September durchzuführen, da dann die Außentemperaturen noch so hoch sind, dass evtl. in Höhlen oder Spalten vorhandene Fledermäuse selbstständig flüchten könnten. Die Naturschutzbehörde sollte dazu eine Ausnahme vom Verbot des § 39 (5) 2 BNatSchG erteilen. Kurz vor der Baufeldfreimachung müssen die Höhlen nochmals kontrolliert werden. Wenn sie von außen bzw. mit einem Endoskop nicht eindeutig auf eine Besiedlung mit Fledermäusen geprüft werden können, sind die Äste bzw. Stammstücke entweder sukzessiv von oben her abzutragen oder mit einem Bagger o. ä. mehr oder weniger aufrecht zu entnehmen bzw. langsam um- und abzulegen; der Baum darf nach dem Absägen auf alle Fälle nicht einfach umfallen, da dadurch Tiere in den Höhlen verletzt oder getötet werden können..

Die Stammabschnitte mit den Höhlen sind unmittelbar nach der Entnahme durch eine fach- bzw. artenkundige Person (Förster, Biologe o. ä.) auf Fledermäuse, Vögel oder Totholzkäfer zu inspizieren (ggf. unter Zuhilfenahme eines Endoskops). Eventuell vorhandene Fledermäuse müssen dann vorübergehend umquartiert werden; hierzu sind umgehend untere und höhere Naturschutzbehörde zu informieren. Zuvor sind die Höhleneingänge im September / Oktober mit einer Folie so zu verschließen, dass Fledermäuse (oder Vögel) die Höhle verlassen, aber nicht wieder besiedeln können. Stammstücke mit besiedelten Höhlen sollten anschließend wieder an anderen Bäume verkehrssicher befestigt werden, sodass die Höhlen weiter genutzt werden können.

Eremit:

Die Linde kann nach einer Umplanung stehen bleiben. Nichtsdestotrotz ist darauf zu achten, dass sie bei den Baumaßnahmen nicht beschädigt wird, d. h. um den Traufbereich der Krone +1,5 m ist ein massiver Bauzaun aufzustellen.

6.2 CEF-Maßnahmen (zur Wahrung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität¹)

Offenlandbrüter:

Bei geschätzten 4-5 ha Überbauung oder Störung ist von ca. zwei Feldlerchen-Revieren² auszugehen, die verloren gehen.

¹ „CEF“ ist die Abkürzung für den englischen Begriff „continued ecological functionality“, auf Deutsch „ununterbrochene ökologische Funktionsweise“; CEF-Maßnahmen werden auch als „vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen“ bezeichnet.

² Mögliche Betroffenheiten von Wiesenschafstelzen sind hier enthalten und werden im Rahmen der folgenden Maßnahmen mit kompensiert.



Für den Verlust dieser Reviere sind geeignete (Acker-) Flächen während Bau und Betrieb des Parkplatzes – also dauerhaft – so zu optimieren und zu bewirtschaften, dass darauf mehr Feldlerchen als sonst brüten können und dieses qualitative „Mehr“ den quantitativen Verlust an geeigneter Fläche kompensiert.

Damit gemäß § 15 (3) BNatSchG keine landwirtschaftlichen Flächen verloren gehen, sind PIK-Maßnahmen³ anzuwenden. Gut geeignet hierzu ist eine Kombination aus Brache- bzw. Blühstreifen und so genannten Lerchenfenstern⁴. Nach Vorgaben des LRA Alb-Donau-Kreis ist je verloren gehendem Feldlerchen-Revier eines der folgenden drei („Maßnahmen-Pakete“ [MP] nach SCHLUMPRECHT (2017) nötig:

- MP1: 10 Lerchenfenster + 0,2 ha Blüh- und Brachestreifen
- MP 2: 0,5 ha Blüh- und Brachestreifen
- MP 3: 1 ha erweiterter Saatzeilenabstand und Verzicht auf Dünger oder Pflanzenschutzmittel

Im vorliegenden Fall – zwei Feldlerchen-Reviere gehen verloren – ergeben sich folgende Größenordnungen:

	Lerchenfenster	Blüh-/Brachestreifen	erweit. Saatzeilenabstand, keine Dünger, keine PSM	Fläche gesamt	Kosten geschätzt
MP 1	20	0,4 ha	-	0,44 ha	gering
MP 2	-	1,0 ha	-	1,0 ha	mittel
MP 3	-	-	2,0 ha	2,0 ha	hoch

Jedes Lerchenfenster sollte ca. 20-30 m² groß sein, bei einer Sämaschinen-Breite von 3 m beispielsweise ca. 7-10 m lang. Die Lerchenfenster dürfen nicht an oder in Fahrgassen liegen und sollten auf einer Fläche von ca. 10 ha (am besten in mind. drei verschiedenen Schlägen) gut verteilt sein. Sie müssen mindestens 100 m von aufragenden "Kulissen" (Bäume, Gebäude o. ä.) entfernt sein; zu kleineren Einzelbäumen oder niedrigeren, dauerhaft nur wenige Meter hohen Hecken oder Büschen kann ein etwas geringerer Abstand (bis ca. 50 m) eingehalten werden.

Da Feldfrüchte normalerweise jährlich wechseln, sollten auch Brachestreifen und Lerchenfenster jedes Jahr in einem andere Schlag bzw. Feldstück liegen. Geeignete Grundstücke sind in einer Gebietskulisse innerhalb der „lokalen Population“ – d. h. auf den zusammenhängenden Offenlandflächen im Umkreis von 2-3 km um den Eingriffsort – festzulegen. Diese Kulisse muss im Plan explizit für Artenschutz Zwecke dargestellt und die Nutzung nach § 15 (4) BNatSchG dauerhaft (also so lange, wie der Eingriff besteht) gesichert werden. Insofern wird empfohlen, mit einem Landwirt einen langfristigen Vertrag oder eine Grunddienstbarkeit abzuschließen, damit er regelmäßig diese Lerchenfenster anlegt. Als konkreter Flächenbezug („Pfand“ zur rechtlichen Sicherung) sind entsprechende Flächen eines landwirtschaftlich genutzten Flurstücks zu benennen und beispielsweise mit einer Grunddienstbarkeit zu belegen. Wenn möglich, kann hierzu eine Ackerfläche herangezogen werden, die bereits der Gemeinde gehört.

Gehölzvögel und Baumfledermäuse:

Sofern die Kontrolle beim Fällen von Höhlenbäumen ergibt, dass regelmäßig genutzte Fledermaus-Quartiere vorhanden sind, sind diese Stammabschnitte zu erhalten, eventuell oben abzudecken und wieder an stehen bleibenden Bäumen der Umgebung (bzw. am Waldrand im Süden) anzubringen.

Als Ersatz für alle entfallenden Höhlen, die tatsächlich Vogel-Nester enthalten, ist kurz nach der Rodung im Herbst/Winter, auf alle Fälle aber rechtzeitig vor der neuen Brutzeit, die doppelte

³ PIK = Produktionsintegrierte Kompensation zur Berücksichtigung agrarstruktureller Belange

⁴ Lücken in Wintergetreide oder Winterraps; Näheres siehe unter <http://baden-wuerttemberg.nabu.de/projekte/lerchenfenster/mitmachen/>.



Anzahl an Nistkästen in der näheren Umgebung (wiederum im Wald im Süden) oder im neu anzulegenden Feldgehölz (dann erst einmal auf Stangen) aufzuhängen. Die endgültige Zahl ergibt sich wiederum erst durch die Kontrolle vor bzw. bei der Fällung der Bäume. Alternativ könnten – analog den Fledermäusen – auch ganze Stammstücke mit Höhlen an geeigneten verbleibenden Bäumen befestigt werden.

Die Nistkästen müssen ebenfalls regelmäßig gereinigt und gewartet werden, die Besiedlung ist ebenfalls zu dokumentieren (vgl. Monitoring).

Eremit:

Nichts erforderlich.



7 PRÜFUNG DER BEEINTRÄCHTIGUNGEN UND VERBOTSTATBESTÄNDE

Nach Abschluss der Relevanzprüfung könnten folgende nachgewiesenen Arten (-gruppen) beeinträchtigt werden:

- nach Anhang IV FFH-RL streng geschützte baumbewohnende Fledermäuse sowie
- europäische Vogelarten der Gilde der Höhlenbrüter,

da sie vorkommen (können) oder davon auszugehen ist, dass sie aufgrund geeigneter Habitatstrukturen schnell einwandern (können).

7.1 Gesetzliche Grundlagen und fachliche Definitionen

7.1.1 Spezieller Artenschutz im BNatSchG

Die so genannten „Zugriffsverbote“ sowie eine „Relativierung auf funktionaler Ebene“ sind im § 44 BNatSchG wie folgt definiert:

§ 44, Absatz 1 [Zugriffsverbote]

Es ist verboten,

- 1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
[Schädigungsverbot Individuen]
- 2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
[Störungsverbot]
- 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
[Schädigungsverbot Habitate]
- 4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören*
[hier nicht relevant]

§ 44, Absatz 5 [Relativierung auf funktionaler Ebene]

Für nach § 15 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 7 Absatz 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

- 1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Abs. 1 Nr. 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung gebotener, fachlich anerkannter Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann.*
- 2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Abs. 1 Nr. 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung und Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,*
- 3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.*



Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 u. 3 entsprechend ...

7.1.2 Lokale Populationen und räumlicher Zusammenhang

Gemäß LANA (2009) richtet sich die Abgrenzung von „lokalen“ Populationen bei punktuell oder kleinräumig-zerstreut verbreiteten Arten oder solchen mit lokalen Dichtezentren an kleinflächigen Landschaftseinheiten (Waldgebiet, Offenlandkomplex, Gewässer/-system), oder – bei großflächig verbreiteten oder agierenden Arten – an größeren naturräumlichen Landschaftseinheiten, eventuell auch an planerischen oder administrativen Grenzen.

Die in § 44 (1) und (5) genannten Beurteilungsgrundlagen – „lokale Populationen“ und „räumlicher Zusammenhang“ – werden für die betroffenen Arten projektspezifisch folgendermaßen definiert:

Die lokale Populationen des Juchtenkäfers dürfte auf die Linde bzw. die übrigen Bäume des Naturdenkmals beschränkt sein. Der räumliche Zusammenhang erstreckt sich damit auf den Bestand entlang der Straße.

Die lokalen Populationen der Höhlenbrüter und der Baumfledermäuse beinhalten Wälder und Gehölze der weiteren Umgebung, in mehreren Kilometern Umkreis. Der räumliche Zusammenhang für Gehölzarten erstreckt sich dabei primär auf die Wälder im Süden, auch da diese Tiere die Straße über den Luftraum queren können.

7.1.3 Erhaltungszustände

Nach Angaben des BFN (2019) und der LUBW (2019) sind die aktuellen Erhaltungszustände auf Ebene der kontinentalen biogeografischen Region sowie auf Ebene des Bundeslands für den Eremiten ungünstig-schlecht, für die Baumfledermäuse günstig bis ungünstig.

Für die Vogel-Arten liegen keine solchen großflächigen Einstufungen vor, auch da die Vogelschutz-Richtlinie dies bisher nicht vorsieht.

Auf Ebene der lokalen Populationen müssen die Erhaltungszustände der betroffenen Arten mangels Informationen zuerst einmal als unbekannt eingestuft werden, dürften aber aufgrund des Rückgangs bzw. der Gefährdung der meisten Arten eher schlecht sein.

7.2 Prüfung der Verbotstatbestände

7.2.1 Schädigungsverbot Individuen – Art. 44 (1) 1 BNatSchG

Seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 14.9.2011 zur Ortsumgehung Freiberg (BVERWG 2011) hat sich diese Vorgabe so verschärft, dass jetzt tatsächlich auf praktisch jedes Individuum zu achten ist. D.h. der sog. „Zugriffstatbestand“ wird bereits dann erfüllt, wenn „einzelne Tiere“ durch eine Maßnahme getötet werden (können) – sofern dies nicht im Rahmen des allgemeinen Lebensrisikos dieser Arten stattfindet (sog. Colbitz-Urteil, BVERWG 2014).

Durch die in Kap. 6.1 genannten Vermeidungsmaßnahmen kann ausgeschlossen werden, dass alle in Frage kommenden Arten zu Schaden kommen.

7.2.2 Störungsverbot – Art. 44 (1) 2 BNatSchG

Nicht jede störende Handlung löst das Störungsverbot aus, sondern nur erhebliche Störungen, die den Erhaltungszustand der „lokalen Population“ verschlechtern. Der Erhaltungszustand verschlechtert sich immer dann, wenn sich Größe oder Fortpflanzungserfolg der „lokalen Population“ signifikant und nachhaltig verringern. (vgl. LANA 2009)



Durch die in Kap. 6.1 genannten Vermeidungsmaßnahmen kann ausgeschlossen werden, dass die relevanten Arten erheblich gestört werden.

7.2.3 Schädigungsverbot Habitate – Art. 44 (1) 3 BNatSchG

Beim Schädigungsverbot von Habitaten ist eine Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von nicht standorttreuen Tierarten, die ihre Lebensstätten regelmäßig wechseln, außerhalb der Nutzungszeiten kein Verstoß gegen den Artenschutz. Das gilt jedoch nicht für Vogelarten, die zwar ihre Nester, nicht aber ihre Brutreviere regelmäßig wechseln; ein Verstoß läge dann vor, wenn dieses Revier aufgegeben würde. Bei standorttreuen Tierarten, die regelmäßig zu einer Lebensstätte zurückkehren, ist diese auch dann geschützt, wenn sie gerade nicht bewohnt wird. (vgl. LANA 2009)

Essenzielle Jagd- bzw. Nahrungshabitate für Fledermäuse oder Vögel sind im UG derzeit mit Sicherheit nicht vorhanden.

Verluste von Quartieren bzw. Nistplätzen können durch den Erhalt von Baumquartieren und ggf. rechtzeitiges Aufhängen von Ersatzquartieren vorgezogen kompensiert werden, Verluste von Offenland als Brutplatz durch geeignete PIK-Maßnahmen (vgl. Kap. 6.2). Damit kann dann deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang gemäß § 44 (5) BNatSchG weiterhin erfüllt werden.



8 ÖKOLOGISCHE BEGLEITUNG UND MONITORING

Zur Umsetzung der Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen ist eine ökologische Baubegleitung (ÖBB) durch jeweilige Artkenner erforderlich.

Der Erfolg der CEF-Maßnahmen ist gemäß EU-Leitfaden (KOM 2007) im Rahmen eines Monitorings nachzuweisen, u. a. auch damit bei Bedarf rasch nachgesteuert und z. B. Reparaturen bzw. Korrekturen durchgeführt oder die Nutzungsbedingungen geändert werden können, ebenso die FCS-Maßnahme für den Eremiten. Die entsprechenden Begehungen sind zu dokumentieren.

Folgender ÖBB- und Monitoring-Umfang wird vorgeschlagen:

- Koordination und Kontrolle der Vermeidungs- und der CEF-Maßnahmen.
- Monitoring der gesicherten Stammstücke und der Ersatzbäume: jährliche Kontrolle bis zum Nachweise der Besiedlung.
- Ggf. Monitoring der Kästen: jährliche Kontrolle (am besten in Verbindung mit der Reinigung), bis eine Besiedlung nachgewiesen ist.
- Monitoring der PIK-Maßnahmen in der landwirtschaftlichen Flur: jährliche Kontrolle.
- Großräumige Erfassung der Feldlerchen mind. 100 m um die PIK-Fläche(n) herum im Frühjahr des 1., 2., 4., 6. und 10. Jahres nach Beginn der Bebauung.
- Jeweils am Ende des Jahres ist der Unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert ein Ergebnisbericht (Kurzdokumentation) vorzulegen.

9 ABSCHLIEßENDE BEWERTUNG – GUTACHTLICHES FAZIT

Durch den geplanten Pendlerparkplatz einschließlich Verkehrsanbindung nordwestlich von Merklingen sind die meisten lokalen Populationen der (nachgewiesenermaßen oder potenziell) vorkommenden streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten bzw. ihre Lebensstätten nicht oder nur unerheblich betroffen. Für einige Arten – Gehölzbrüter und Ackervögel – sind spezifische Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, um nicht gegen die artenschutzrechtlichen Verbote zu verstoßen.

Insgesamt ist das Vorhaben letztlich aus Sicht des strengen Artenschutzes genehmigungsfähig.



10 LITERATUR

- BAUER, H.-G., M. BOSCHERT, M. I. FÖRSCHLER, J. HÖLZINGER, M. KRAMER & U. MAHLER (2016): Rote Liste und kommentiertes Verzeichnis der Brutvogelarten Baden-Württembergs. 6. Fassung. Stand 31.12.2013. – Naturschutz-Praxis Artenschutz 11; 241 S. (pdf).
- BFN = BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (2014): Zustand der Tier- und Pflanzenarten (FFH-Bericht 2019). – Download von Homepage.
- BRAUN, M. & F. DIETERLEN (Bearb.) (2003): Die Säugetiere Baden-Württembergs, Band 1: Allgemeiner teil, Fledermäuse (Chiroptera). – Ulmer, Stuttgart; 687 S.
- BVERWG = BUNDESVERWALTUNGSGERICHT (2011): Urteil vom 14.9.2011 zur Ortsumgehung Freiberg (9 A 12.10).
- BVERWG = BUNDESVERWALTUNGSGERICHT (2014): Urteil vom 8.1.2014 zum Neubau der Bundesautobahn A 14 im Abschnitt B 189 nördlich Colbitz bis Dolle/ L 29 einschließlich Streckenabschnitt 1.2N (VKE 1.3/1.2N) (9 A 4.13)..
- GRÜNEBERG, C., H.-G. BAUER, H. HAUPT, O. HÜPPOP, T. RYSLAVY & P. SÜDBECK (2016): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 5. Fassung, 30. November 2015. – Ber. Vogelschutz 52/2015: 19-67.
- KOM = EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007): Leitfaden zum strengen Schutzsystem für Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse im Rahmen der FFH-Richtlinie 92/43/EWG.
- LANA = Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung, ständiger Ausschuss (stA) "Arten- und Biotopschutz": (2009): Hinweise zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes. – unveröff. Dokument (pdf, 25 S.).
- LUBW = LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2019): FFH-Arten in Baden-Württemberg – Erhaltungszustand 2019 der Arten in Baden-Württemberg. – pdf, 5 S.
- SCHLUMPRECHT, H. (2017): Relevanzprüfung, Erfassung und Maßnahmen bei Betroffenheit der Feldlerche. [Kurzfassung von "Entwicklung methodischer Standards zur Ergänzung der saP-Internet-Arbeitshilfe des bayer. Landesamts für Umwelt am Beispiel von Zauneidechse, Feldlerche, Kiebitz und Rebhuhn", Augsburg, 2016.] - Vortrag im Rahmen der saP-Tagung der ANL am LfU, Augsburg; pdf, 28 S.

NatSchG = Naturschutzgesetz Baden-Württemberg

BNatSchG = Bundesnaturschutzgesetz

FFH-RL = Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie; Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992.



Auszug aus der **öffentlichen** Niederschrift
über die Verhandlungen **des Gemeinderates**

Sitzung vom 13.10.2020
Vorsitzender: Bürgermeister Sven Kneipp
Stimmberechtigte: 11 (Normalzahl 11)
Schriftführer/in: Kerstin Mutschlerl

2. **Bebauungsplan Bahnhof Merklingen - Abwägung und
Satzungsbeschluss**

GR 040/2020

Im Jahr 2008 erfolgte die Planfeststellung für die Ausbau- und Neubaustrecke Stuttgart - Ulm. Im weiteren Planungsverlauf wurden die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit eines ursprünglich in der Planung nicht vorgesehenen Bahnhaltes im Bereich der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm aufgezeigt, sodass sich der Kreistag im Juli 2015 für die Realisierung des Bahnhaltes ausgesprochen hat.

Eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses ist erfolgt. Am 18. Mai fand der Spatenstich für den Bahnhof statt. Zwischenzeitlich wurde der Bahnhof zum Großteil bereits fertiggestellt. Die Inbetriebnahme ist zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022 geplant.

Um die Anbindung des Bahnhaltes und der NBS an den örtlichen Regionalverkehr und deren Nutzen für die umliegenden Kommunen und den ländlichen Raum sicherzustellen, ist die neue Erschließung des Bahnhaltes und die Erstellung einer Park- & Ride-Anlage folgerichtig und notwendig. Der geplante Bahnhof und die Erstellung einer Park & Ride-Anlage sind für die zukünftige Entwicklung der umliegenden Kommunen von immenser Bedeutung.

Die geplante Park & Ride-Anlage umfasst ca. 420 Parkplätze, 5 Kurzzeitparkstände, 5 Taxistände sowie 5 Bushaltestellen mit überdachter Wartehalle sowie einen überdachten Fahrradparkplatz.

Die Zufahrt zur geplanten Park & Ride-Anlage erfolgt über einen neuen Anschluss an die K 7407. Der Anschluss ist als Kreisverkehrsplatz geplant.

Die vorgesehene Entwässerung wurde bereits mit dem LRA Alb-Donau-Kreis abgesprochen und erfolgt über eine kleinere Sedimentationsanlage mit anschließendem Versickerungsbecken. Das Oberflächenwasser der Verkehrsflächen in der Park & Ride-Anlage wird über Straßeneinläufe und Rohrleitungen der Sedimentationsanlage sowie anschließend dem Versickerungsbecken zugeführt.

Das Oberflächenwasser der Zufahrtsstraße einschl. des begleitenden Radweges sowie der Kreisstraße werden breitflächig über das Bankett und das anstehende Gelände versickert (Oberbodenauftrag 20 cm).

Das Plangebiet ist in dem genehmigten Flächennutzungsplan (5. Fortschreibung, GVV Laichinger Alb) enthalten. Der Bebauungsplan wird somit aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt.

Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderates vom 13.10.2020

Am 11.07.2019 fand in der Mehrzweckhalle in Merklingen eine umfangreiche Informationsveranstaltung über den geplanten Regionalbahnhof Merklingen statt. Dabei wurden Workshops und Diskussionsrunden mit den ca. 200 anwesenden Bürgern abgehalten. Von vielen Bürgern wurde die Anregung geäußert den Parkplatz zu überdachen und mit einer Photovoltaikanlage auszustatten. Somit könnten weitere Ackerflächen für die Nutzung durch PV-Freianlagen vermeiden werden. Deshalb wurde im Bebauungsplan eine überbaubare Grundstücksfläche ausgewiesen innerhalb dieser baulichen Anlagen bis zu einer Höhe von 6,5 m zugelassen sind.

Im Falle, dass, die Nachfrage nach Parkraum größer wird als das geplante Angebot, hat sich der Gemeinderat Merklingen dafür ausgesprochen, keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch nehmen zu wollen. Deshalb wurde im westlichen Bereich des Parkplatzes eine Fläche für ein Parkhaus mit bis zu 4 Geschossen und einer Höhe von maximal 13,50 m über Parkplatzniveau ausgewiesen.

Aufgrund der Größe der geplanten Park & Ride-Anlage im Außenbereich ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Gemäß § 1 a und § 2 Abs. 4 BauGB wurde im Laufe des Verfahrens ein Umweltbericht erstellt und die voraussichtlichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet wurden. Der Umweltbericht liegt als Anlage bei. Der Eingriff ist innerhalb der Vorhabenfläche nicht ausgleichbar und bedingt ein Defizit von **-239.500** Ökopunkten.

Als Ausgleich des zu erwartenden Eingriffs sind folgende Ersatzmaßnahmen außerhalb des Plangebiets erforderlich:

1. Oberbodenauftrag auf Flst. 5529, Gemarkung Merklingen
2. Teilaufforstung des Flst. 2746, Gemarkung Westerheim

Artenschutz:

Im Laufe des Verfahrens wurde ein Artenschutzgutachten erstellt. Der Gutachter kommt zum Ergebnis, dass die meisten lokalen Populationen der (nachgewiesenermaßen oder potenziell) vorkommenden streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten bzw. ihre Lebensstätten nicht oder nur unerheblich betroffen sind. Für einige Arten sind spezifische Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, um nicht gegen die artenschutzrechtlichen Verbote zu verstoßen.

Verfahrensstand:

Der Gemeinderat von Merklingen hat am 23.02.2016 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ gefasst. Um das Baurecht für die Verkehrsanlage zu erlangen, ist es notwendig, einen qualifizierten, rechtskräftigen Bebauungsplan für das Gebiet „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ zu erstellen. Der Bebauungsplan ersetzt ein Planfeststellungsverfahren. Die Gemeinde Merklingen führt im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit das Bebauungsplanverfahren durch.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit wurde vom 14.03.2016 bis 31.03.2016 durchgeführt. Die eingegangenen Anregungen wurden entsprechend der Abwägungstabelle zur frühzeitigen Beteiligung im Entwurf des Bebauungsplans berücksichtigt. Der Entwurf des Bebauungsplans lag vom 07.08.2020 bis 18.09.2020 öffentlich aus. Im selben Zeitraum wurden auch die Behörden und Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt.

Für die während der Auslegung eingegangenen Anregungen liegt ein Abwägungsvorschlag bei.

Mit dem Satzungsbeschluss wird das Verfahren abgeschlossen.

Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderates vom 13.10.2020

Anlagen:

- 1 Lageplan - Bebauungsplanentwurf „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“
- 1 Zeichenerklärung
- 1 Textliche Festsetzungen;
- 1 Begründung zum Bebauungsplan
- 1 Umweltbericht; Bewertung Ausgleichsfläche
- 1 Artenschutzprüfung
- 1 Abwägungsvorschlag
- 1 Satzungsausfertigung

BM Kneipp reicht nach einer kurzen Einführung das Wort an Dipl.-Ing. Roland Schmuck vom Ing.-Büro Wassermüller weiter.

Herr Schmuck teilt mit, dass der Verband letzte Woche den Baubeschluss gefasst hat. Der Satzungsbeschluss sollte daher zeitnah gefasst werden, damit sich das Projekt nicht verzögert.

Der Bebauungsplan wurde, wie im Juni vorgestellt, erneut besprochen. Auf dem Parkplatzgelände wurde die Möglichkeit der Errichtung eines Parkhauses dargestellt, um dem Flächenverbrauch entgegenwirken. Eine Fläche wurde im Bebauungsplan ausgewiesen, um später ein Parkhaus mit bis zu 3 Parkdecks zu erstellen. Die Anregung des Gemeinderates zu einer PV-Anlage wurde vom Verband unterstützt, es wurde eine Ausschreibung veranlasst. Es gab dazu Bewerber, die alle vom Verband eine Kostenbeteiligung bei einer PV-Anlage vorsehen und daher hat der RSA Abstand genommen. Eine Carport-Lösung wäre noch denkbar bzw. möglich.

GRin Burghardt erkundigt sich, ob es sich um eine richtige Ausschreibung gehandelt hat. Die Zielsetzung der Ausschreibung war, so Dipl.-Ing. Schmuck, die Interessenslage herauszufinden, es war keine formelle Ausschreibung. GRin Burghardt erfragt die Resonanz darauf. Es haben sich sechs Anbieter mit verschiedenen Vorschlägen zurückgemeldet.

Der ökologische Ausgleich für das Defizit von 239.500 Ökopunkten, findet über

1. einen Oberbodenauftrag auf Fls. 5529, auf der Gemarkung Merklingen
2. und eine Teilaufforstung des Flst. 2746, auf der Gemarkung Westerheim statt.

Herr Schmuck erläutert ausführlich die eingegangenen Stellungnahmen während der Behörden-/Öffentlichkeitsbeteiligung vom 07.08.2020 bis 18.09.2020 (siehe hierzu die Anlage zur Sitzungsvorlage).

Der Verkehrsbehörde war wichtig, dass Busse unabhängig voneinander an- und abfahren können, ebenso wird eine Verbindungsrampe angeregt. Die Polizei und ÖPNV begrüßen die Maßnahme der Verbindungsrampe.

Herr Schmuck äußert seine Verwunderung darüber, dass das Regierungspräsidium Tübingen massive Bedenken zum Projekt mitgeteilt hat. Wie bekannt ist, wurde das Verfahren über eine Machbarkeitsstudie abgeklärt. BM Kneipp ist ebenfalls verwundert darüber, dass sich eine untergeordnete Behörde derart kritisch zu diesem Projekt äußert. Da es eng mit dem Verkehrsministerium abgestimmt wurde. Die Hinweise wurden zurückgewiesen.

Seitens des Gaswerks, des Albwerks, der Telekom und der IHK besteht eine Zustimmung zu dem Vorhaben.

Die Hinweise der Deutschen Bahn werden berücksichtigt.

Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderates vom 13.10.2020

Der Einwand einer Anwaltskanzlei, als Vertreter eines Anliegers, bemängelt, dass das landwirtschaftliche Grundstück mit der Flurstück-Nr. 4200, nicht mehr ausschließlich über die Wirtschaftswege erreicht werden kann. Laut Herr Schmuck wurden die eingegangene Einwände zur Kenntnis genommen bzw. entsprechend umgesetzt.

GR Schuler erkundigt sich, ob von der Zufahrtstraße rechts ein Wirtschaftsweg entsteht. Laut Herr Schmuck bleibt dieser bestehen. Für GR Salzmann war aus dem Plan nicht ersichtlich, wie von der Zufahrtsstraße die Weiterführung auf den Mühlweg zur Überführung läuft.

BM Kneipp fragt den Gemeinderat, ob es Einwände gibt über den Beschlussvorschlag a) bis c) gemeinschaftlich abzustimmen. Es gibt keine Einwände, deshalb bittet BM Kneipp um die Abstimmung.

Beschluss:

- a) Der Behandlung der vorgetragenen Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behördenbeteiligung entsprechend der Zusammenstellung des Ing.-Büros WASSERMÜLLER ULM GmbH vom 29.09.2020 wird zugestimmt.
- b) Die Satzung des Bebauungsplanes „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ in der Fassung vom 13.10.2020 des Ing. Büros WASSERMÜLLER ULM GmbH wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.
- c) Der Satzungsbeschluss des Gemeinderates wird gem. § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Diesen Protokoll-Auszug aus der Niederschrift
Merklingen beglaubigt.
Merklingen, den 22.10.2020



SATZUNG

über den Bebauungsplan für das Gebiet „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“

Nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587) und § 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) i. d. F. vom 24.07.2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.05.2020 (GBl. S. 259) hat der Gemeinderat der Gemeinde Merklingen in seiner öffentlichen Sitzung vom 13.10.2020 den Bebauungsplan für das Gebiet „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ als **Satzung** beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist der Lageplan des Ingenieurbüros WASSERMÜLLER ULM GmbH vom 23.02.16 / 23.06.20 / 13.10.20 maßgebend. Er ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2

Bestandteile der Satzung

Der Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ besteht aus:

- 1) Lageplan des Ingenieurbüros WASSERMÜLLER ULM GmbH vom 23.02.16 / 23.06.20 / 13.10.20
- 2) Textliche Festsetzungen – planungsrechtlicher Teil vom 23.02.16 / 23.06.20 / 13.10.20
- 3) Begründung vom 23.02.16 / 23.06.20 / 13.10.20
- 4) Umweltbericht von Prof. Arno S. Schmid und Manfred Rauh Landschaftsarchitekten GmbH vom 13.05.2020
- 5) Artenschutzgutachten vom Bio-Büro Schreiber von März 2020

§ 3

Inkrafttreten

Der Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Ausgefertigt:

Merklingen, 14.10.2020

Kneipp
Bürgermeister



Hinweise:

Dieser Bebauungsplan mit Begründung und Satzungsbeschluss wird ab dem 16.11.2020 im Rathaus der Gemeinde Merklingen, Hauptstraße 31, 89188 Merklingen zu den ortsüblichen Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über deren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in § 39 - 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres gestellt ist, wird verwiesen.

Unbeachtlich werden

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplans und
- nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung des Bebauungsplanes bzw. der Satzung gegenüber der Gemeinde Merklingen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der aktuellen Fassung oder der auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften ist nach § 4 Abs. 4 GemO in dem dort bezeichneten Umfang unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Gemeinde Merklingen geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder ein Dritter die Verfahrensverletzung gerügt hat.

Merklingen, 14.10.2020

Kneipp
Bürgermeister

GEMEINDE: MERKLINGEN

GEMARKUNG: MERKLINGEN

KREIS: ALB-DONAU-KREIS



ZUSAMMENFASSENDE ERKLÄRUNG DES BEBAUUNGSPLANES

„Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“

vom 14.10.2020

1 Rechtsgrundlage

Dem in Kraft getretenen Bebauungsplan ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und über die Gründe, aus denen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde (§ 10a BauGB).

2 Berücksichtigung der Umweltbelange

Die Umweltbelange wurden ermittelt. Die Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Schutzgut	Bedeutung, Vorbelastungen	Minderung, Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen	Wirkung der vorgesehenen Maßnahmen	Wechselwirkungen
Boden	Mit Ausnahme des Bereiches am Feldgehölz mittlere bis hohe Bedeutung der Bodenfunktionen	Begrenzung der überbaubaren Flächen, Oberbodensicherung	Erheblicher Eingriff durch Verlust der Bodenfunktionen	Wasserhaushalt, Arten und Biotope
Oberflächengewässer	Nicht vorhanden			
Grundwasser	Wasserschutzgebiet Zone III Karstwasserleiter von hoher Bedeutung und Empfindlichkeit	Rückhaltung und Teilversickerung von Niederschlagswasser	Erheblicher Eingriff durch reduzierte Grundwasserneubildung und beschleunigte Vorflut	Boden
Klima	Freilandklimatop von allgemeiner Bedeutung	Begrenzung der Versiegelung, Grünflächen und Pflanzgebote, Potential für regenerative Energieerzeugung	Eingriff unerheblich Angebotsfläche für regenerative Energiegewinnung	
Arten und Biotope	Überwiegend Ackerflächen von geringer Bedeutung, Feldgehölz mit Saum- und Wiesengesellschaften als Geschütztes Biotop von hoher Bedeutung. Naturdenkmal Lindenbestand an der Kreisstraße Potentielles Vorkommen geschützter Fledermaus- und Käferarten sowie offenland-brütender Vogelarten	Erhalt des Lindenbestandes Ersatz des Feldgehölzes (Faktor 1,3) Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 NatSchG durch Schutz- und cef Maßnahmen, Grünflächen und Pflanzgebote für Magerrasen, artenreiche Wiesen, Feldgehölze und Bäume	Vorübergehender Verlust (20 Jahre) von Feldgehölzen Verlust von ackerflächenspezifischen Lebensräumen zugunsten von Flächen ohne Biotoppotential und zugunsten von artenreichen Wiesenflächen und Baumstandorten	Boden, Landschaftsbild

Landschaftsbild	Durchgangsraum zwischen Siedlungsbereich und attraktiven Naherholungsflächen ohne besondere Prägung. Vorbelastet durch Schnellbahntrasse und Autobahn mit entsprechender Verlärmung	Ersatz des Feldgehölzes, Identitätsstiftende Baumpflanzungen, Anlage artenreicher Wiesen mit Blütenaspekten	Weitere technische Überformung des bereits vorbelasteten Landschaftsraumes Vorübergehender Verlust (20 Jahre) von Feldgehölzen Funktionsangepasste Neuordnung des Landschaftsbildes	
Kultur- u Sachgüter	Möglicher Fundort prähistorischer Siedlungsfunde. Sonst keine Kulturgüter Böden gemessen am Landschaftsraum von hoher Produktivität	Sondierungen, Rettungsgrabungen und Dokumentation im Bedarfsfall	Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche hoher Ertragsfähigkeit Potentielle Gefährdung von Bodendenkmälern	
Mensch	Kein besonderer Schutzbedarf			

3 Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

3.1 Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Beteiligung der Öffentlichkeit wurde entsprechend den Vorschriften des BauGB durchgeführt. Die eingegangenen Äußerungen wurden ausgewertet und intensiv im Gemeinderat beraten und abgewogen. Die Anregungen wurden entsprechend der Abwägung des Gemeinderats im Bebauungsplan berücksichtigt.

3.2 Behördenbeteiligung

Die Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden entsprechend den Vorschriften des BauGB durchgeführt. Die eingegangenen Äußerungen wurden ausgewertet und intensiv im Gemeinderat beraten und abgewogen. Die Anregungen wurden entsprechend der Abwägung des Gemeinderats im Bebauungsplan berücksichtigt.

4 Abwägung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten

In der Machbarkeitsstudie vom 19.07.2015 von Obermeyer Planen + Beraten und Ramboll Transport Germany IMS Ingenieurgesellschaft mbH wurden für den Bahnhof die beiden nächstgelegenen geeigneten Standorte, einer westlich und einer östlich von Merklingen, untersucht. Im Hinblick auf eine geringer Längsneigung der Bahntrasse in diesem Bereich sowie eine attraktive Anbindung des Individualverkehrs, der hauptsächlich aus Südwesten kommt, ergeben sich leichte Vorteile für die Westlösung. Es entfallen in der Westlösung keine Flächen für das im Osten der Gemeinde Merklingen geplante Gewerbegebiet, und es ergibt sich eine geringere Verkehrsbelastung für die Gemeinde. Im Ergebnis wurde aus beiden Standorten die Westlösung für die weitere Planung ausgewählt und der vorliegenden Planung zu Grunde gelegt. Daraus resultiert die Lage des vorliegenden Vorhabens. Ein Bahnhof ohne Parkplatz und Zufahrtsstraße oder ein Parkplatz ohne Bahnhof macht keinen Sinn. Für die Umsetzung einer solch bedeutenden Maßnahme muss von den Zielen des Landesentwicklungs- und Regionalplans abgewichen werden. Im Rahmen der Vorplanung wurde eine Vielzahl von Varianten für die Anordnung der Parkplätze (Senkrechtaufstellung, Sägezahnauaufstellung, separate Busumfahrung etc.). untersucht. Die vorliegende Variante hat sich als die Variante mit dem geringsten Flächenverbrauch herausgestellt und wurde deshalb auch favorisiert.

Sowohl von der Bevölkerung, wie auch von der Raumordnung beim Regierungspräsidium Tübingen, wurde ein Parkhaus als flächensparende Alternative zur vorliegenden Planung angeregt. Der Bau und die Unterhaltung eines Parkdecks-/Parkhauses ist wirtschaftlich absolut nicht darstellbar. Ein Parkhaus (Hochgarage) kostet für ca. 400 Stellplätze mindestens 3,5 - 4,0 Mio. €. Für die bisherige Parkplatzplanung wurden Kosten von ca. 1,5 Mio. € ermittelt. An dem Bau des Bahnhofes tragen die Verbandsgemeinden insgesamt 13 Mio. € zur Finanzierung bei. Dies ist eine Herkulesaufgabe. Eine weitere Belastung mit 2 - 2,5 Mio. € ist nicht leistbar.

Aufgestellt:

Ulm, den 14.10.2020

**WASSERMÜLLER ULM GMBH
INGENIEURBÜRO**

Hörvelsinger Weg 44, 89081 Ulm

Merklingen, den 14.10.2020

**Bürgermeisteramt Merklingen
Sven Kneipp, Bürgermeister**



GEMEINDE: MERKLINGEN
GEMARKUNG: MERKLINGEN
KREIS: ALB-DONAU-KREIS

Bebauungsplan

„Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“

Satzung vom 13.10.2020

Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB

1. Erfordernis zur Planaufstellung

1.1 Städtebauliche Begründung und Art der Planung

Im Jahr 2008 erfolgte die Planfeststellung für die Ausbau- und Neubaustrecke Stuttgart - Ulm. Im weiteren Planungsverlauf wurden die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit eines ursprünglich in der Planung nicht detailliert vorgesehenen Bahnhaltes im Bereich der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm aufgezeigt, sodass sich der Kreistag, die Kommunen des Gemeindeverwaltungsverband Laichinger Alb sowie Berghülen, Drackenstein und Hohenstadt im Juli 2015 für die Realisierung des Bahnhaltes ausgesprochen haben.

Eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses ist erfolgt. Am 18. Mai fand der Spatenstich für den Bahnhof statt. Zwischenzeitlich wurde der Bahnhof zum Großteil bereits fertiggestellt. Die Inbetriebnahme ist zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022 geplant.

Um die Anbindung des Bahnhaltes und der NBS an den örtlichen Regionalverkehr und deren Nutzen für die umliegenden Kommunen und den ländlichen Raum sicherzustellen, ist die neue Erschließung des Bahnhaltes und die Erstellung einer Park- & Ride-Anlage folgerichtig und notwendig.

Um das Baurecht für die Verkehrsanlage zu erlangen, ist es notwendig, einen qualifizierten, rechtskräftigen Bebauungsplan für das Gebiet „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ zu erstellen. Der Bebauungsplan ersetzt ein Planfeststellungsverfahren. Die Gemeinde Merklingen führt im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit das Bebauungsplanverfahren durch.

1.2 Ziele und Zwecke der Planung

Die Gemeinde Merklingen befindet sich gemäß dem Landesentwicklungsplan im ländlichen Raum im engeren Sinne. Der Planbereich liegt im Umfeld des Mittelzentrums Blaubeuren/Laichingen, außerhalb einer Landesentwicklungsachse.

Mit der Realisierung des Albbahnhofes werden die Voraussetzungen für die Entwicklung des ländlichen Raums auf der gesamten Laichinger Alb und den angrenzenden Gemeinden deutlich verbessert. Durch den Bahnhof soll eine Raumschaft mit über 22.000 Einwohnern an den Schienenpersonennahverkehr angebunden werden.

Das Land Baden-Württemberg, der Alb-Donau-Kreis und die Kommunen des Gemeindeverwaltungsverbands Laichinger Alb sowie Berghülen, Hohenstadt und Drackenstein (letztere beiden Landkreis Göppingen) sowie die zwischenzeitlich dem Verband beigetretenen Gemeinden Dornstadt, Wiesensteig, Mühlhausen und Bad Ditzenbach wollen den Bahnhof gemeinsam realisieren.

Der geplante Bahnhof und somit auch die als Folge notwendige Herstellung einer Park & Ride-Anlage sind für die zukünftige Entwicklung der umliegenden Kommunen und der Raumschaft auf der Achse zwischen Stuttgart und Ulm von immenser Bedeutung.

1.3 Verfahrensstand

Der Gemeinderat von Merklingen hat am 23.02.2016 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ gefasst. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit wurde vom 14.03.2016 bis 31.03.2016 durchgeführt. Vom 07.08.2020 bis 18.09.2020 wurde der Bebauungsplanentwurf öffentlich ausgelegt.

2. Räumlicher Geltungsbereich

2.1 Beschreibung des Geltungsbereiches

Das Plangebiet liegt im Bereich des westlich von Merklingen neu geplanten Bahnhofs Merklingen (Schwäbische Alb), auf der südlichen Seite der Neubaustrecke der Bahn von Wendlingen nach Ulm.

Die neue Anschlussstraße an die weiter südlich verlaufende K 7407 sichert die Erschließung des Plangebietes und bildet die Begrenzung nach Osten.

Im Westen und Süden schließt die freie Landschaft an.

Vollständig im Geltungsbereich des Plangebietes liegen folgende Flurstücke: 4196, 4193/2 und 4197. Teilweise im Geltungsbereich des Plangebietes befinden sich die Flurstücke: 4188/2, 4193, 4194, 4195, 4198, 4199, 4201;4203, 4204, 4207,4255/2, 4256, 4257; 4257/2, 4260; 4261, 4262, 4264;

(Die angegebenen Flurstücksnummern - im Lageplan rot dargestellt- entsprechen dem seit 15.01.2019 rechtskräftigen Flurbereinigungsverfahren. Die schwarz dargestellte Katastersituation entspricht dem Katasterzustand vor der Flurbereinigung).

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 5,7 ha.

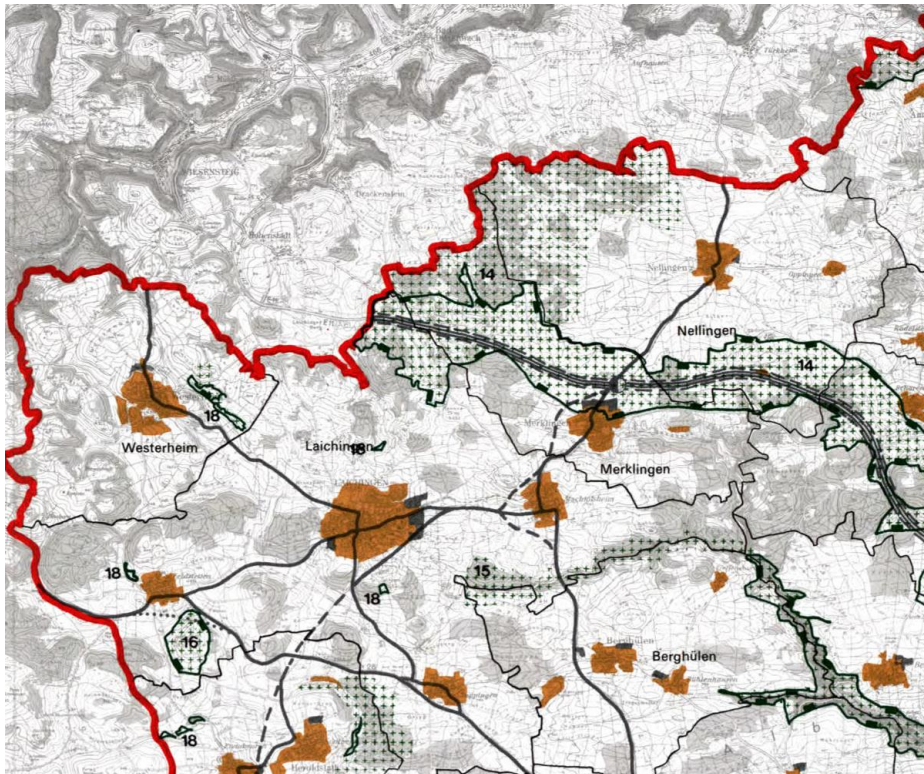
2.2 Topographie

Der Planungsbereich befindet sich auf ca. 700,00 bis 720,00 m ü. NN. mit einem Gefälle von West nach Ost sowie im Bereich der Zuwegung von Nord nach Süd.

3. Einordnung in die übergeordnete Planung

3.1 Regionalplan

Ausschnitt Regionalplan Fassung 1987:

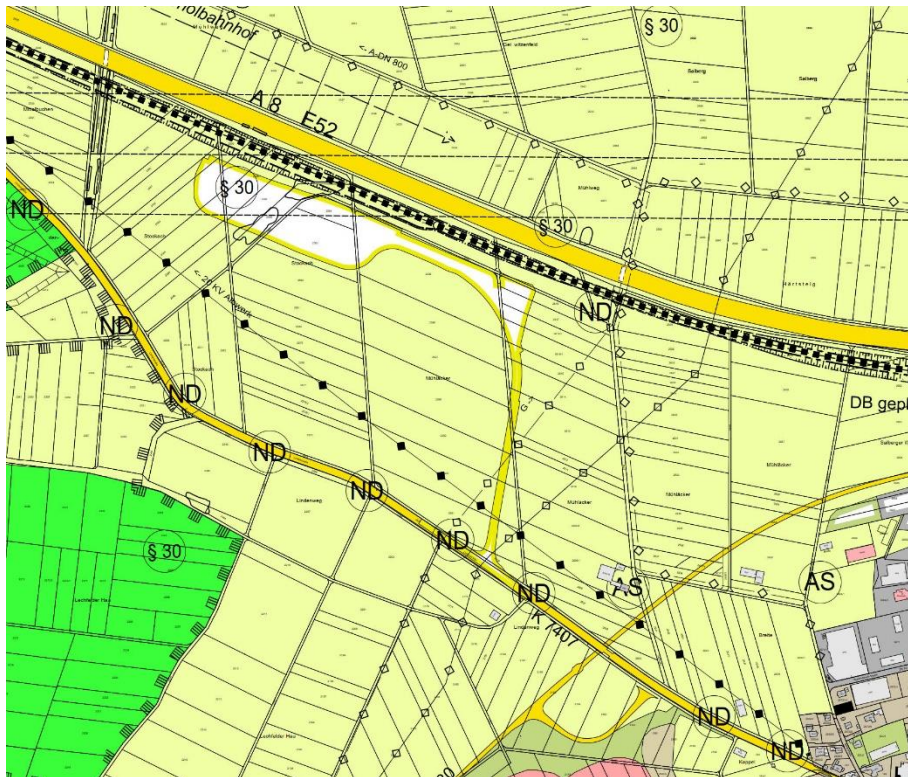


Der Regionalplan weist innerhalb des Plangebietes das Vorbehaltsgebiet Nr. 14 - Landschaftsteile an der Autobahn bei Merklingen, Waldgebiet nordwestlich von Nellingen aus. In dem laufenden Fortschreibungsverfahren wurde das Vorbehaltsgebiet aufgegeben. Im östlichen Bereich sind stattdessen Vorbehaltsflächen für die Landwirtschaft aufgenommen worden. Der wirksame Flächennutzungsplan ist hier nicht berücksichtigt worden.

3.2 Flächennutzungsplan

Das Plangebiet ist in dem genehmigten Flächennutzungsplan (5. Fortschreibung, GVV Laichinger Alb) enthalten. Der Bebauungsplan wird aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt.

Ausschnitt Flächennutzungsplan:



4. Bestehende Rechtsverhältnisse, Schutzgebiete

4.1 Planungsrecht

Das gesamte Plangebiet befindet sich im unbeplanten Außenbereich: Im Norden grenzt der Geltungsbereich der Planfeststellung der NBS Wendlingen – Ulm an.

4.2 Eigentumsverhältnisse

Alle Flurstücke wurden von der Gemeinde bereits erworben.

4.3 Flurbereinigungsverfahren

Das Plangebiet befindet sich innerhalb des laufenden Flurbereinigungsverfahrens.

4.4 Wasserschutzgebiet

Das Planungsgebiet liegt im festgesetzten Wasserschutzgebiet 101 Lautern, ZV WV Ulmer Alb.

4.5 Naturschutzrechtliche Schutzgebiete

Im Bereich des Parkplatzes ist das Biotop Feldgehölze im Gewann Stockach nordwestlich Merklingen; Biotopnummer 174244251888 (Quelle LUBW) betroffen. Eine Ausnahmegenehmigung der unteren Naturschutzbehörde liegt vor. Für den Eingriff in das Biotop wird eine Ersatzmaßnahme hergestellt.

4.6 Sonstige Schutzgebiete

Weitere Schutzgebiete (z. B. Überschwemmungsgebiet etc.) sind von der Planung nicht betroffen.

5. Bestand innerhalb und außerhalb des Geltungsbereiches

Das gesamte Plangebiet wird mit Ausnahme des Feldgehölzes als intensives Ackerland bewirtschaftet.

Luftbild des Plangebietes:



6. Erschließung und Versorgung

Die Anbindung der neuen Park & Ride-Anlage an der K 7407 erfolgt über einen Kreisverkehrsplatz. Die Trasse der 6,5 m breiten Zufahrtsstraße verläuft von der Kreisstraße weg nach Norden parallel zu den Feldweggrenzen der Flurbereinigung in Richtung Neubaustrecke und schwenkt im Bereich des Rampenbauwerkes der Straßenquerung Mühlweg (über NBS und BAB) nach Westen ab und bindet die Park & Ride-Anlage an der östlich liegenden Seite an. Kurz vor der Park & Ride-Anlage teilt sich die Zufahrtsstraße in eine eigene Fahrgasse (Einrichtungsverkehr) zu den fünf Bussteigen, den Taxiständen sowie 5 Kurzzeitparkstände direkt neben dem Bahnhof und eine verschwenkte Zufahrt zu den ca. 420 Stellplätzen auf.

Parallel zur Zufahrtsstraße wird ein 2,5 m breiter, durch einen Seitentrennstreifen abgesetzter Geh- und Radweg bis zur überdachten Fahrradabstellanlage am Bahnhof mitgeführt. Im östlichen Bereich wird dieser Weg als Wirtschaftsweg mit einer Breite von 3,0 m ausgebaut. Zur Gewährleistung der Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen ist auf der Westseite der Zufahrtsstraße ein 4 m breiter Erdweg (Treppweg) geplant. Der Weg wird mit einem Landschaftsrasen angesät. Der Eigentümer des Flst. 4200 hat darum gebeten im Bereich seines Flurstücks den Weg auszusparen.

Die innerhalb der Park & Ride Anlage geplante Abtrennung von ÖPNV, Taxi und Kurzparkerständen von den restlichen Parkplätzen ermöglicht eine ungehinderte Zufahrt für Bus und Taxi ohne Behinderungen durch Einparkvorgänge. Die Ausfahrt für Busse, Taxi und Kurzparker erfolgt über die südlichste Fahrgasse des Parkplatzes.

Die Querung der K 7407 von Laichingen her (Wirtschaftsweg Flurstück 4255-2) erfolgt über den Fahrbahnteiler des Kreisverkehrsplatzes. Die Anbindung für Fußgänger und Radfahrer von Merklingen (Weg Flurstück 4262) erfolgt ungefähr auf halber Strecke an den Geh- und Radweg.

Die Fläche der Park & Ride-Anlage beträgt ca. 1,2 ha. Die Länge der Baustrecke an der Kreisstraße beträgt ca. 220 m; die Länge der Zufahrtsstraße zur Park & Ride-Anlage ca. 700 m.

Das anfallende Niederschlagswasser wird vor Ort zur Versickerung gebracht. Das aus der WC-Anlage anfallende Schmutzwasser wird über eine Druckleitung an die Kanalisation von Merklingen angeschlossen. Auf der gleichen Trasse wird die notwendige Wasserleitung auf das Gelände geführt. Über diese Wasserleitung kann **kein Löschwasser** zur Verfügung gestellt werden.

Die Versorgung mit elektrischer Energie für die Straßenbeleuchtung und den Betrieb (z. B. auch von E-Bike- und E-Car-Ladestationen) erfolgt über die Albwerk GmbH.

Als bauliche Anlagen in Form von Gebäuden sind zwei Buswartehallen, eine WC-Anlage und eine Fahrradabstellanlage sowie eine Trafostation geplant.

7. Begründung der Plankonzeption

7.1 Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise

Art und Maß der baulichen Nutzung wird nicht festgelegt, da es sich um eine Verkehrsanlage (Parkplatz mit Zufahrtsstraßen) mit den entsprechenden Nebenanlagen handelt.

Die Park & Ride-Anlage umfasst ca. 420 Parkplätze, 5 Kurzzeitparkstände, 5 Taxisstände sowie 5 Bushaltestellen mit zwei Wartehalle und einen überdachten Fahrradparkplatz.

Die Zufahrt zur geplanten Park & Ride-Anlage erfolgt über einen neuen Anschluss an die K 7407.

Am 11.07.2019 fand in der Mehrzweckhalle in Merklingen eine umfangreiche Informationsveranstaltung über den geplanten Regionalbahnhof Merklingen statt. Dabei wurden Workshops und Diskussionsrunden mit den ca. 200 anwesenden Bürgern abgehalten. Von vielen Bürgern wurde die Anregung geäußert den Parkplatz zu überdachen und mit einer Photovoltaikanlage auszustatten. Somit könnten weitere Ackerflächen für die Nutzung durch PV-Freianlagen vermeiden werden.

Deshalb wurde im Bebauungsplan eine überbaubare Grundstücksfläche ausgewiesen innerhalb dieser baulichen Anlagen bis zu einer Höhe von 6,5 m zugelassen sind.

Durch den Ausbau der BAB 8 und der NBS Wendlingen-Ulm wurde den Landwirten auf der Laichinger Alb enorme landwirtschaftliche Flächen entzogen. Durch das geplante interkommunale Gewerbegebiet mit einer geplanten Größe von 50 ha setzt sich dieser Trend fort. Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs wurde von Seiten der Landwirtschaft, aus Teilen der Bevölkerung und dem Regierungspräsidium Tübingen ein Parkhaus anstelle eines Parkplatzes gefordert. Aufgrund der Finanzierbarkeit wurde davon Abstand genommen (s. auch Nr. 8).

Im Falle, dass, die Nachfrage nach Parkraum größer wird als das geplante Angebot, hat sich der Gemeinderat von Merklingen dafür ausgesprochen, keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch nehmen zu wollen. Deshalb wurde im westlichen Bereich des Parkplatzes eine Fläche für ein Parkhaus mit bis zu 4 Geschossen und einer Höhe von maximal 13,50 m über Parkplatzniveau ausgewiesen.

7.2 Verkehrsflächen

Auf der Grundlage der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg, der DB Netze AG, der DB Station & Service, der DB Energie GmbH und dem Zweckverband Region Schwäbische Alb vom 02.12.2016 hat der Zweckverband Region Schwäbische Alb (ZV RSA) die Aufgabe übernommen, die Parkplatz- und Verkehrsflächen herzustellen. Aufgrund dessen wurden diese Flächen im Bebauungsplan als private Verkehrsflächen ausgewiesen. Der Zweckverband RSA sieht für die Nutzung dieser Flächen für die Allgemeinheit keine Einschränkungen oder Behinderungen vor. Es gibt auch keine baulichen Beschränkungen (Abschränkung etc.)

7.3 Entwässerung

Das Planungsgebiet liegt im festgesetzten Wasserschutzgebiet 101 Lautern, ZV WV Ulmer Alb (Wasserschutzzone III und IIIA).

Gemäß RiStWag i. V. mit den ergänzenden Festlegungen in Baden-Württemberg muss die Oberbodenstärke in der Wasserschutzzone III und IIIA bei geringer bis mittlerer Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckung bei breitflächiger Versickerung oder in Mulden im Versickerungsbereich mind. 20 cm betragen. Notwendigen Versickerungsbecken sind Absetzanlage vorzuschalten.

Die vorgesehene Entwässerung wurde bereits mit dem Landratsamt Alb-Donau-Kreis vorabgestimmt. Für den Parkplatz ist ein Regenklärbecken nicht notwendig, es reicht eine kleinere Sedimentationsanlage mit anschließendem Versickerungsbecken.

Das Oberflächenwasser der Verkehrsflächen in der Park & Ride-Anlage wird über Straßeneinläufe und Rohrleitungen der Sedimentationsanlage sowie anschließend dem Versickerungsbecken zugeführt.

Das Oberflächenwasser der Zufahrtsstraße einschl. des begleitenden Radweges sowie der Kreisstraße werden breitflächig über das Bankett und das anstehende Gelände versickert (Oberbodenauftrag 20 cm).

Da das Oberflächenwasser in der Park & Ride-Anlage gesammelt abgeleitet wird, sind grundsätzlich Randeinfassungen vorgesehen.

Die Regelquerneigung der Verkehrsflächen beträgt 2,5 %.

7.4 Landwirtschaftliche Fläche

Dem Eigentümer des Flst. 4194 und 4199 hat sich diese Flurstücke im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens zuteilen lassen. Für ein gut bewertetes Ackergrundstück, in nahezu ebener Lage, gutem Zuschnitt mit einer Größe von ca. 10 ha mussten hierfür Zugeständnisse und Abstriche bei anderen Zuteilungen gemacht werden. Der Landwirt war zunächst nicht bereit ca. 3,2 ha Ackerfläche in bester Lage und Qualität für den Bau des Bahnhofes auf freiwilliger Basis abzutreten.

In umfangreichen Grunderwerbsverhandlungen kam man zum Schluss zum Ergebnis, dass die entstehenden agrarstrukturellen Nachteile durch die neuen Missformen auszugleichen sind. Der Grundstückseigentümer hat deshalb angeregt, das bestehende noch verbleibende Biotop auf dem Flst. 4197 zu entfernen damit ein zusammenhängendes Grundstück aus den Flurstücken 4194 und 4199 gebildet werden kann. Dadurch kann das neue Grundstück über die Gesamtlänge von West nach Ost bewirtschaftet werden.

Diese Anregung wurde geprüft und mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Die UNB stimmt der Beseitigung zu, sofern ein Ausgleich im Verhältnis 1 : 1,3 an anderer Stelle geschaffen wird. Die Ersatzmaßnahme findet östlich des Parkplatzes statt.

8. **Alternativen zur vorliegenden Planung, Abweichung zu den Zielen der Raumordnung gemäß LEP und dem Regionalplan**

8.1 Ausgangssituation

In der Machbarkeitsstudie vom 19.07.2015 von Obermeyer Planen + Beraten und Ramboll Transport Germany IMS Ingenieurgesellschaft mbH wurden für den Bahnhof die beiden nächstgelegenen geeigneten Standorte, einer westlich und einer östlich von Merklingen, untersucht.

Im Hinblick auf eine geringer Längsneigung der Bahntrasse in diesem Bereich sowie eine attraktive Anbindung des Individualverkehrs, der hauptsächlich aus Südwesten kommt, ergeben sich leichte Vorteile für die Westlösung. Es entfallen in der Westlösung keine Flächen für das im Osten der Gemeinde Merklingen geplante Gewerbegebiet, und es ergibt sich eine geringere Verkehrsbelastung für die Gemeinde.

Im Ergebnis wurde aus beiden Standorten die Westlösung für die weitere Planung ausgewählt und der vorliegenden Planung zu Grunde gelegt. Daraus resultiert die Lage des vorliegenden Vorhabens. Ein Bahnhof ohne Parkplatz und Zufahrtsstraße oder ein Parkplatz ohne Bahnhof macht keinen Sinn. Für die Umsetzung einer solch bedeutenden Maßnahme muss von den Zielen des Landesentwicklungs – und Regionalplans abgewichen werden.

Im Rahmen der Vorplanung wurde eine Vielzahl von Varianten für die Anordnung der Parkplätze (Senkrechtaufstellung, Sägezahnauaufstellung, separate Busumfahrung etc.). untersucht. Die vorliegende Variante hat sich als die Variante mit dem geringsten Flächenverbrauch herausgestellt und wurde deshalb auch favorisiert.

Sowohl von der Bevölkerung wie auch von der Raumordnung beim Regierungspräsidium Tübingen wurde ein Parkhaus als flächensparende Alternative zur vorliegenden Planung angeregt. Der Bau und die Unterhaltung eines Parkdecks- /Parkhauses ist wirtschaftlich absolut nicht darstellbar. Ein Parkhaus (Hochgarage) kostet für ca. 400 Stellplätze mindestens 3,5 - 4,0 Mio €. Für die bisherige Parkplatzplanung wurden Kosten von ca. 1,5 Mio € ermittelt. An dem Bau des Bahnhofes tragen die Verbandsgemeinden insgesamt 13 Mio € zur Finanzierung bei. Dies ist eine Herkulesaufgabe. Eine weitere Belastung mit 2 - 2,5 Mio € ist nicht leistbar.

9. Umweltschutz und Umweltverträglichkeit

Bei dem geplanten Bauvorhaben handelt es sich gemäß Anlage 1 der Liste "UVP-pflichtige Vorhaben" des UVP-Gesetzes um den Bau eines Parkplatzes, für den im bisherigen Außenbereich im Sinne des § 35 des Baugesetzbuches ein Bebauungsplan aufgestellt wird. Der Parkplatz hat eine Größe von ca. 1,5 ha. Ab einer Größe von 1 ha ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Gemäß § 1 a und § 2 Abs. 4 BauGB wurde im Laufe des Verfahrens ein Umweltbericht erstellt und die voraussichtlichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet wurden. Der Umweltbericht liegt als Anlage bei. Der Eingriff ist innerhalb der Vorhabenfläche nicht ausgleichbar und bedingt ein Defizit von **-239.500** Ökopunkten.

Als Ausgleich des zu erwartenden Eingriffs sind folgende Ersatzmaßnahmen geplant:

1. Oberbodenauftrag auf Flst. 5529, Gemarkung Merklingen

Innerhalb des Plangebiets entsteht bedingt durch die Baumaßnahmen ein erheblicher Überschuss kulturfähigen und z.T. hochwertigen Ackerbodens, der zur Melioration hierfür geeigneter Flächen auf dem Flurstück 5529 der Gemarkung Merklingen verwendet werden soll. Dadurch werden ca. 132.645 Ökopunkte generiert.

2. Teilaufforstung des Flst. 2746, Gemarkung Westerheim

Der als Grünland eingetragene Teil des Flst. 2746, Gemarkung Westerheim wird aufgeforstet. Bestockungsziel ist ein naturnaher Traubeneichen-Buchenwald (Biotoptyp

55.50). Dadurch können 287.800 Ökopunkte erzeugt werden, davon werden **106.850** Punkte auf das vorliegende Verfahren angerechnet.

Artenschutz:

Im Laufe des Verfahrens wurde ein Artenschutzgutachten erstellt. Der Gutachter kommt zu folgendem Ergebnis:

Durch den geplanten Pendlerparkplatz einschließlich Verkehrsanbindung nordwestlich von Merklingen sind die meisten lokalen Populationen der (nachgewiesenermaßen oder potenziell) vorkommenden streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten bzw. ihre Lebensstätten nicht oder nur unerheblich betroffen. Für einige Arten sind spezifische Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, um nicht gegen die artenschutzrechtlichen Verbote zu verstoßen.

Insgesamt ist das Vorhaben letztlich aus Sicht des strengen Artenschutzes genehmigungsfähig.

10. Bodenschutz

Der Bereich gehört zum Naturraum „Mittlere Kuppenalb“. Die Böden sind überwiegend echte Rendzinen und Braunerden aus Kalkverwitterungslehm. Diese mittel- bis tiefgründigen Böden basieren auf lösshaltigen Fließerden über Kalksteinverwitterungslehm auf Weißjura.

Sie erreichen in allen Bodenfunktionen überwiegend mittlere Werte (LGRB: GeoLa BK 50) und in kleinen Teilbereichen, in denen eine Deckschicht aus humosen Kolluvium über Braunerde vorherrscht, werden hohe Bewertungszahlen erreicht (Gesamt: 3,17).

Die Verkehrsanlage wurden so geplant, dass der gesamte anfallende Erdaushub innerhalb des Plangebietes wieder eingebaut werden kann.

Der anfallende Oberboden wird als Ausgleichsmaßnahmen auf ein benachbartes, geeignetes Grundstück wieder aufgetragen.

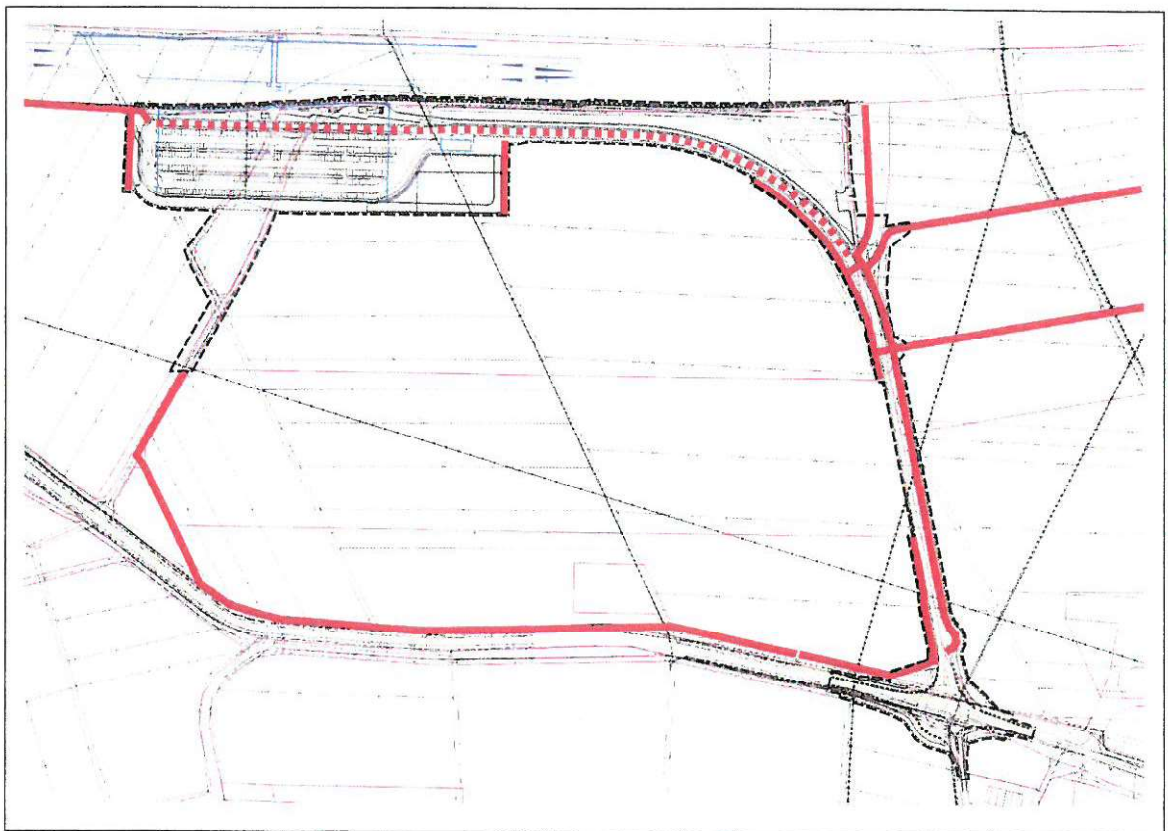
11. Nachteile auf Dritte durch die Planverwirklichung

Der verhältnismäßig hohe Flächenverlust für die landwirtschaftliche Nutzung wirkt sich nachteilig auf die betroffenen Landwirte aus. Die Nachteile durch neue Missformen an den Grundstücken werden durch die Verlagerung des Biotops verringert.

Landwirtschaftliches Wegenetz:

Die Erschließung und Anfahrbarkeit der landwirtschaftlichen Grundstücke bleiben weiterhin uneingeschränkt erhalten. Entlang der Zufahrtsstraße zum Bahnhof werden beidseitige landwirtschaftliche Wege angelegt. Auf der Ostseite wird der Weg als Wirtschaftsweg bitumiös ausgebaut. Auf diesem Weg werden auch die Radfahrer und Fußgänger geführt. Auf der Westseite wird ein Erdweg als Treppweg angelegt. Dieser Weg wird mit Landschaftsrassen eingesät. Durch die Parallelwege sollen Nachteile bei der Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen vermieden werden. (Wendemöglichkeit außerhalb des Straßenraums, keine Verschmutzung der Fahrbahn etc). Die Höhenlage der Zufahrtsstraße orientiert sich an dem Gelände-niveau. Somit kann auch von der Zufahrtsstraße direkt auf die angrenzende Felder gefahren werden. Der Eigentümer des Flst. 4200 hat darum gebeten im Bereich seines Flurstücks den Weg auszusparen. Dieser Anregung wurde gefolgt.

Übersicht über das zukünftige landwirtschaftliche Wegenetz:



Aufgestellt:

Ulm, den 23.02.16 / 23.06.20 / 13.10.20 Merklingen, den 23.02.16 / 23.06.20 / 13.10.20

**WASSERMÜLLER ULM GMBH
INGENIEURBÜRO**

**Bürgermeisteramt Merklingen
Kneipp, Bürgermeister**



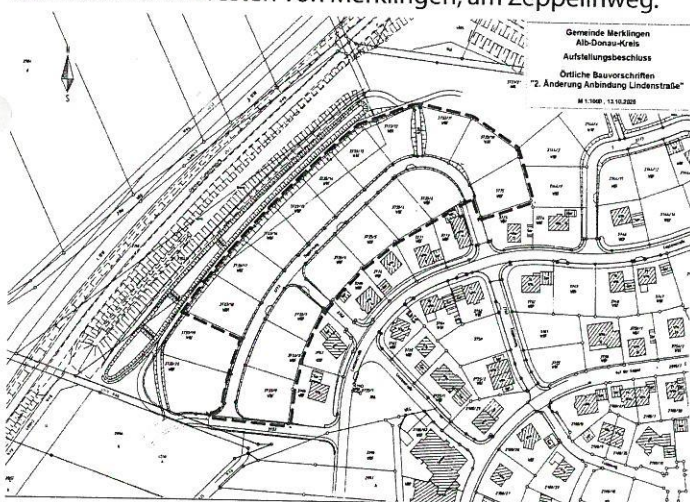
Öffentliche Bekanntmachungen

Gemeinde Merklingen
Gemarkung Merklingen
Kreis Alb-Donau-Kreis



Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss für die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „2. Änderung Anbindung Lindenstraße“ in Merklingen

Der Gemeinderat der Gemeinde Merklingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 13.10.2020 beschlossen, die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „2. Änderung Anbindung Lindenstraße“ in Merklingen nach dem Verfahren für den Bebauungsplan nach § 74 der Landesbauordnung in Verbindung mit § 2 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Das Plangebiet befindet sich im Westen von Merklingen, am Zeppelinweg.



Für den Planbereich ist der Lageplan des Ingenieurbüros WAS-SERMÜLLER ULM GmbH vom 13.10.2020 maßgebend. Er ergibt sich aus folgendem Kartenausschnitt:

Lageplan „2. Änderung Anbindung Lindenstraße“ vom 13.10.2020, unmaßstäblich, genordet

Ziel und Zweck der Planung:

Die 2. Änderung für die örtlichen Bauvorschriften „Anbindung Lindenstraße“ wird aufgrund der für den 4. Bauabschnitt nicht ausreichenden Höhe der Aufschüttungen erforderlich. In der vorliegenden Änderung wurde für den 4. Bauabschnitt gemäß Lageplan die Höhe der Aufschüttungen auf max. 0,3 m über dem angrenzenden Straßenniveau angepasst. Dies ist aufgrund der neu geschaffenen, topographischen Verhältnisse für eine sinnvolle Bebauung erforderlich. Des Weiteren gelten die Festsetzungen der Örtlichen Bauvorschriften „1. Änderung Anbindung Lindenstraße“ sowie die Festsetzungen des Bebauungsplanes „1. Änderung Anbindung Lindenstraße“ unverändert.

Herausgeber:

Bürgermeisteramt, 89188 Merklingen, Hauptstraße 31

Verantwortlich für den amtlichen Teil:

Bürgermeister Kneipp oder sein Vertreter im Amt
Beiträge an silke.lamparter@merklingen.de

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Fink GmbH, Druck und Verlag,
Sandwiesenstraße 17 · 72793 Pfullingen
Telefon 0 71 21/97 93-0 · Telefax 0 71 21/97 93 93

Die Änderung erfolgt im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB. Die Grundzüge der Planung werden durch die Änderung nicht berührt. Von einer Umweltprüfung wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Der Aufstellungsbeschluss des Gemeinderates wird hiermit nach § 2 Abs. 1 des BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Auslegung – Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB

Der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 13.10.2020 einschließlich der Begründung wird **von Freitag, 30.10.2020 bis einschließlich Montag, 30.11.2020 im Rathaus der Gemeinde Merklingen, Hauptstraße 31, 89188 Merklingen** öffentlich ausgelegt.

Während der Auslegungsfrist besteht für jedermann innerhalb der üblichen Öffnungszeiten die Gelegenheit sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung zu unterrichten. Sämtliche Unterlagen können eingesehen werden. Zudem besteht die Möglichkeit Stellungnahmen schriftlich oder zur Niederschrift vorzubringen. Die Unterlagen können zudem über die Homepage der Gemeinde Merklingen (www.merklingen.de) während der Auslegungszeit eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

Bürgermeisteramt Merklingen, den 22.10.2020

Sven Kneipp, Bürgermeister

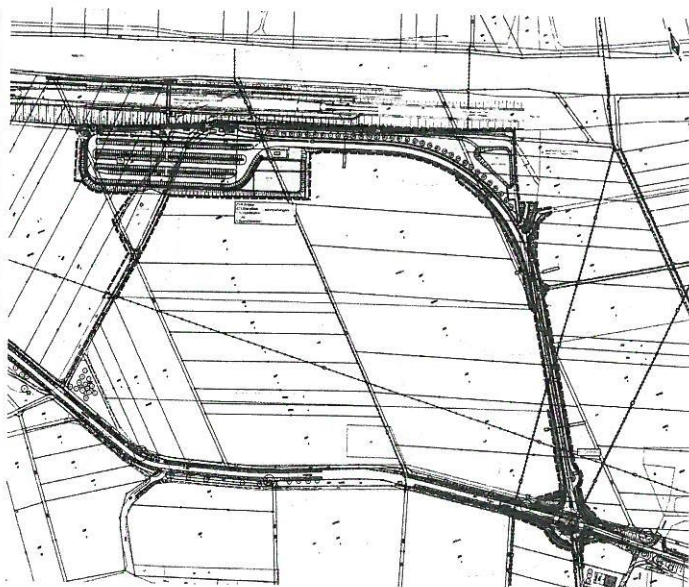
Gemeinde Merklingen
Gemarkung Merklingen
Kreis Alb-Donau-Kreis



Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ in Merklingen

Der Gemeinderat der Gemeinde Merklingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 13.10.2020 den Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ in Merklingen nach § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich ist gemäß Aufstellungsbeschluss vom 23.02.2016 in dem Lageplan des Ing.-Büros Wassermüller Ulm GmbH vom 23.02.2016 / 23.06.2020 / 13.10.2020 festgelegt.





Ausschnitt Bebauungsplan „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ vom 23.02.2016 / 23.06.2020 / 13.10.2020, unmaßstäblich

Im Einzelnen gelten für den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften die Planzeichnung, die textlichen Festsetzungen (planungsrechtlicher Teil) und die örtlichen Bauvorschriften des Ing.-Büros WASSERMÜLLER ULM GmbH mit dem Datum vom 23.02.2016 / 23.06.2020 / 13.10.2020 einschließlich Begründung, zusammenfassender Erklärung sowie der Umweltbericht von Prof. Arno S. Schmid und Manfred Rauh Landschaftsarchitekten GmbH vom 13.05.2020 und die Artenschutzprüfung (saP) vom Bio-Büro Schreiber von März 2020. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)“ i. d. F. vom 23.02.2016 / 23.06.2020 / 13.10.2020 treten mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Der Bebauungsplan mit Begründung, Umweltbericht, Artenschutzprüfung und Satzungsbeschluss wird ab dem 16.11.2020 im Rathaus der Gemeinde Merklingen, Hauptstraße 31, 89188 Merklingen zu den ortsüblichen Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über deren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in § 39 - 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres gegenüber der Gemeinde Merklingen gestellt ist, wird verwiesen.

Unbeachtlich werden

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis der Ergänzungssatzung und des Flächennutzungsplanes und
- nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,

wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung des Bebauungsplanes bzw. der Satzung gegenüber der Gemeinde Merklingen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der aktuellen Fassung oder der auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften ist nach § 4 Abs. 4 GemO in dem dort bezeichneten Umfang unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Gemeinde Merklingen geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen.

Dies gilt nicht, wenn

die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder ein Dritter die Verfahrensverletzung gerügt hat.

Bürgermeisteramt Merklingen, den 22.10.2020

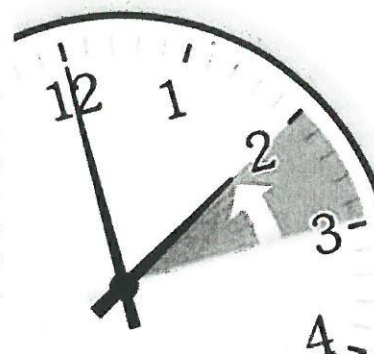
Sven Kneipp, Bürgermeister

Gemeindeinformationen

Wichtige Informationen

Achtung! Winterzeit beginnt!

Am **Sonntag, 25. Oktober 2020** endet die mitteleuropäische Sommerzeit. Es beginnt somit die Winterzeit. Denken Sie daran, Ihre Uhren um eine Stunde von 3 Uhr auf 2 Uhr zurückzustellen.



Pandemistufe 3 Verschärfte Corona-Maßnahmen

Seit Montagnacht hat das Land Baden-Württemberg auf die exponentiellen Anstieg der Fallzahlen reagiert und die Corona-Verordnung fortgeschrieben- damit gelten nun landesweit nachfolgende Regelungen:

Es greift die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in den „für den Publikumsverkehr eröffneten Bereichen öffentlicher Einrichtungen“ – somit auch für einen Besuch im Rathaus oder sonstigen gemeindlichen Einrichtungen.

Die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wird ausgeweitet und greift nunmehr auch in Fußgängerzonen, es sei denn, dass die Einhaltung des Mindestabstands sichergestellt werden kann. Von dieser Pflicht ausgenommen sind sportliche Betätigungen. Beachten Sie dies bei Besuchen in Ulm, Stuttgart oder anderen Kommunen mit Fußgängerzonen.

Ansammlungen von **mehr als zehn Personen sind untersagt**. Ausnahmen von dieser Höchstgrenze gelten, wenn die Personen in gerader Linie verwandt, Geschwister und deren Nachkommen sind oder höchstens zwei Haushalten angehören, jeweils einschließlich der Ehegatten und Partner. Private Veranstaltungen mit mehr als zehn Teilnehmenden sind untersagt. Ausnahmen von dieser Höchstgrenze gelten, wenn die Personen in gerader Linie verwandt, Geschwister und deren Nachkommen sind oder höchstens zwei Haushalten angehören, jeweils einschließlich der Ehegatten und Partner.

• Sonstige Veranstaltungen mit über 100 Teilnehmenden sind nach der Verordnung nun gänzlich untersagt. Die Verordnung regelt aber Ausnahmen im Einzelfall.

Bitte beachten Sie die Vorgaben des Landes auch in sonstigen Räumlichkeiten und Einrichtungen (zum Beispiel Hütten und Bauwägen, Vereinsräumen oder ähnliches).

Blieben Sie gesund !!!

Ihr Rathaus-Team

Aktuelle Entwicklung in Merklingen

In der Gemeinde Merklingen ist zum 20.10.2020 eine Person positiv auf COVID-19 getestet und 9 Personen befinden sich in häuslicher Quarantäne, da sie Kontakt zu einer positiv getesteten Person hatten. Die Kontakte waren vielfältig sowohl am Arbeitsplatz, Schule oder Familie. Die Entwicklung ist sehr dynamisch und nur eine Momentaufnahme.

